

# Planung, Bauwesen und öffentliche Einrichtungen

Mit Entschließung des Bürgermeisters vom 13. Dezember 1971, der die Genehmigung des Gemeinderates vom 9. Dezember 1971, Pr.Z. 3894 (MD-3223/71), vorausgegangen war, wurde die Stadtbauamtsdirektion mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1972 aus der Geschäftsgruppe VIII, Tiefbau, der sie seit dem Jahre 1969 angehört hatte, herausgelöst und in die Geschäftsgruppe VI, Planung, aufgenommen; gleichzeitig wurde die Magistratsabteilung für Stadt- und Landesplanung der Oberaufsicht des Stadtbaudirektors unterstellt. Die Geschäfte des Stadtbaudirektors wurden sodann mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 30. Dezember 1971, MD-4136/71, mit Beginn des Jahres 1972 in 6 Gruppen aufgeteilt, und zwar in die Gruppen Allgemeines, Baupolizei, Stadt- und Landesplanung, Baukoordinierung, Hoch- und Tiefbau. Ab 1. April 1972 wurden zwei der dem Stadtbauamt angehörenden Magistratsabteilungen, deren Aufgabengebiete für die Besorgung in jeweils einer Abteilung zu umfangreich geworden waren, mit Entschließung des Bürgermeisters vom 27. März 1972 auf Grund der Genehmigung des Gemeinderates vom 24. März 1972, Pr.Z. 858 (MD-921/72), geteilt: aus der bisherigen Magistratsabteilung für Stadt- und Landesplanung entstanden die Magistratsabteilungen für Stadtstrukturplanung sowie für Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, von der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau wurde die Magistratsabteilung für U-Bahn-Bau abgespalten. Von den neu geschaffenen Magistratsabteilungen wurde mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 5. Juni 1972, MD-1767/72, die Magistratsabteilung für Flächenwidmungs- und Bebauungsplan der Gruppe Stadt- und Landesplanung und die Magistratsabteilung für U-Bahn-Bau der Gruppe Tiefbau der Stadtbauamtsdirektion unterstellt. Als letzte, das Stadtbauamt betreffende organisatorische Maßnahme wurde mit Entschließung des Bürgermeisters vom 11. Juli 1972 auf Grund der Genehmigung des Gemeinderates vom 7. Juli 1972, Pr.Z. 2073 (MD-1975/72), die Magistratsabteilung für Baustoffbeschaffung mit Wirksamkeit vom 1. August 1972 aufgelöst; ihre Agenden wurden dem Beschaffungsamts übertragen. Die

## Stadtbauamtsdirektion

koordinierte daher ab Beginn des Jahres 1972 die Tätigkeit von 24 Magistratsabteilungen, die in den Geschäftsgruppen VI bis IX — Planung, Hochbau, Tiefbau und Öffentliche Einrichtungen — zusammengefaßt waren, und führte die technische Aufsicht über die Magistratsabteilungen für Baustoffbeschaffung, Wohnhäusererhaltung und Wäschereien, die geschäftsordnungsmäßig den Geschäftsgruppen XII, Wirtschaftsangelegenheiten, und XI, Wohnungswesen, zugeordnet waren; die Magistratsabteilungen für wirtschaftliche Planung und Koordinierung und Statistisches Amt der Stadt Wien, die der Geschäftsgruppe VI, Planung, angehören, unterliegen der Dienstaufsicht der Magistratsdirektion, Amtsinspektion. Am 31. Dezember 1972 führte die Stadtbauamtsdirektion die Aufsicht über 26 Magistratsabteilungen, die in den vier von Amtsführenden Stadträten geführten Bau-Geschäftsgruppen zusammengefaßt waren, sowie über die beiden technischen Abteilungen (Wohnhäusererhaltung und Wäschereien) der Geschäftsgruppe Wohnungswesen.

Der Dienstaufsicht der Stadtbauamtsdirektion unterstanden am 31. Dezember 1972 insgesamt 8.041 technische Bedienstete, 542 Bedienstete des Verwaltungsdienstes und 1.356 Saisonarbeiter. Während der Sommermonate waren 19 inländische Feriapraktikanten beschäftigt.

Als Dienstaufsichtsstelle für das technische Personal hatte die Stadtbauamtsdirektion im Laufe des Jahres 26.747 Dienststücke allgemeiner und individueller Art zu behandeln und an deren Erledigung entscheidend mitzuwirken. Außerdem wurden für Bedienstete des Stadtbauamtes 272 Anträge auf Genehmigung von Dienstreisen im Inland und 190 Anträge auf Genehmigung von Auslandsdienstreisen an die Magistratsdirektion gestellt. Für diese Reisen sowie für 2.059 von der Magistratsdirektion routinemäßig genehmigten Inlandsdienstreisen wurden die formellen Erfordernisse sowie die Reisekostenrechnungen überprüft; nach Genehmigung wurden die Rechnungen dem Besoldungsamt zur Anweisung der zustehenden Beträge zugeleitet. Desgleichen wurden 3.580 Theater-, Reserve- und Permanenzdienste vorgeschrieben; davon wurden 2.710 verrechnet.

Im Mai 1972 wurde mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung eine Vorschau auf die Budgetbelastung durch bauliche Investitionen in den Jahren 1973 bis 1975 erstellt. Damit konnte ein wesentliches Hilfsmittel für die Erstellung des Voranschlags in den kommenden Jahren geschaffen werden.

Auch für das Straßenbauprogramm der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau wurden die Gesamtkosten, einschließlich des Aufwandes für Einbautenarbeiten, die von Abteilungen des Stadtbauamtes und der Wiener Stadtwerke vorzunehmen sind, erarbeitet. Diese Zusammenfassung wurde für den Bau von Gemeindestraßen und von Bundesstraßen erstellt.

Die Bedeutung der Bautätigkeit der Stadt Wien für die Wiener Bauwirtschaft ist aus der nachstehenden Tabelle über die während des Jahres 1972 auf Baustellen des Stadtbauamtes Beschäftigten zu ersehen.

Monate	Im Durchschnitt beschäftigte Arbeitskräfte		insgesamt
	im Hochbau	im Tiefbau	
Jänner	7.994	2.214	10.208
Februar	8.089	2.321	10.410
März	8.644	2.529	11.173
April bis November	9.136	2.911	12.047
Dezember	8.389	2.559	10.948

Um die Bauarbeiten auch in den Wintermonaten fortführen zu können, wurden erhebliche finanzielle Mittel aufgewendet. Es war dies ein wesentlicher Beitrag der Stadtverwaltung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. In den Monaten Jänner bis März waren im Hochbau durchschnittlich 8.242 und im Tiefbau 2.355 Arbeitskräfte beschäftigt, im Dezember 1972 hatten im Hochbau 8.389 und im Tiefbau 2.559 Personen Arbeit gefunden. Allein auf den U-Bahn-Baustellen Karlsplatz und Favoritenstraße konnten während der Wintermonate bis zu 280 Arbeitskräfte beschäftigt werden.

Die Auftragslage der Wiener Bauhaupt- und Baunebengewerbe war während des ganzen Jahres infolge der regen Bautätigkeit der Stadtverwaltung sehr gut. Außerordentlich günstig war die Entwicklung auf dem Tiefbausektor, was vor allem auf die städtischen Großbauvorhaben U-Bahn, Verbessertes Donauhochwasserschutz und Hauptkläranlage zurückzuführen war.

Die Vergabe sämtlicher Bauaufträge, die in die Kompetenz eines Gemeinderatsausschusses fällt, wird von der Stadtbauamtsdirektion vorbereitet. Dadurch besteht Gelegenheit, etwa vorhandene Mängel in den Vergabeakten festzustellen und diese im Einvernehmen mit den antragstellenden Abteilungen zu beseitigen. Im Jahre 1972 wurden 1.795 protokollierte Akte bearbeitet, wobei eine Gesamtersparnis von 37,076.000 S erzielt werden konnte.

Zu den schwierigsten Aufgaben gehören nach wie vor freihändige Vergaben, für die keine Vergleichswerte vorliegen, die Prüfung der Honorarangebote der Ziviltechniker — mit Ausnahme der Architekten- und Vermessungstechnikerhonorare —, Verhandlungen in Vergabesachen, in denen die Abteilungen keine Einigung erzielen konnten, die Beurteilung angemessener Bauzeitverlängerungen und Pönale, verschiedene Umrechnungen, Verhandlungen wegen Lohnerhöhungen, Indexberechnungen und Vertragsauslegungen, doch konnten auch hier im Interesse der Stadt Wien Kosten eingespart werden.

Wie alljährlich wurden im Jahre 1972 in Form von 5 Verständigungen mit einem Umfang von insgesamt 174 Seiten Weisungen in Baupreisangelegenheiten an die Bauabteilungen ausgegeben. Das Interesse einer großen Anzahl von amtlichen und halbamtlichen Stellen außerhalb des Wiener Magistrats an diesen Verständigungen war unvermindert. Bei Beratungen der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen wegen Preisberichtigungen konnten für die Stadt Wien günstige Ergebnisse erzielt werden. Sämtliche Preisveränderungen bei Baustoffen wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt.

Von Bedeutung war ferner die Mitarbeit von Sachverständigen des Stadtbauamtes in den Fachnormenausschüssen, in der großen Preisprüfungskommission des Allgemeinen Krankenhauses und in der Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch (AGÖST). In den für die Dienstprüfung für technische Bedienstete der Verwendungsgruppe C eingerichteten Kursen wurden die jungen Beamten mit den Problemen des Normen- und Verdingungswesens sowie der Baupreisprüfung vertraut gemacht. Einen nicht unwesentlichen Arbeitsaufwand verursachten schließlich die Vorbereitungen für die Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem, die für den öffentlichen Auftraggeber wie im Fachnormenausschuß für Verdingungswesen Probleme aufwarf. Um die in den Abteilungen des Stadtbauamtes einschlägig Befassten zu informieren, wurden die mit der Einführung der Mehrwertsteuer zusammenhängenden Probleme mit diesen besprochen und Weisungen bezüglich der notwendigen Maßnahmen erteilt. Von Belang war überdies die Mitarbeit in einem permanent tagenden, von der Stadtverwaltung gebildeten Komitee, dessen Aufgabe es ist, die im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer auftretenden Probleme zu lösen. In diesen Problemkreis fügt sich die Umstellung

der Verträge von der alten Umsatzsteuer auf die neue Mehrwertsteuer ein; hierfür wurde ein vereinfachtes Umrechnungsverfahren erarbeitet und bekanntgemacht.

Die Koordinierung der Bauarbeiten erfolgte weiterhin mit Hilfe der Netzplantechnik. Für die neuen Baulose der U-Bahn wurden die Grobnetz-(Sekundär-)pläne ausgearbeitet und dabei die in den vergangenen Jahren bei anderen Baulosen gesammelten Erfahrungen verwertet. Die regelmäßige Aktualisierung der Daten ermöglichte es, Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen und die für die zu treffende Entscheidung notwendigen Informationen rechtzeitig bereitzustellen. Die netzplantechnische Betreuung des Bauvorhabens „Großfeldsiedlung“ konnte infolge des Auslaufens der Arbeiten abgeschlossen werden. Von großem Wert war die netzplantechnische Terminüberwachung für den Bau der „WIG 74“, bei der sich die Notwendigkeit ergab, die Abfolge der Straßenbauarbeiten zu ändern. Bei der städtebaulichen Planungsarbeit für das Gebiet „Unteres Wiental“ ermöglichte es dieser organisatorische Behelf, die vorgegebenen Termine einzuhalten. Wegen des zeitlichen Zusammenhangs der Durchführung des Projektes „Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Zentrum Favoritenstraße“ mit dem Eröffnungstermin der WIG 74, wurde auch für dieses Projekt die Netzplanungstechnik angewendet; von der Koppelung der beiden Projekte werden optimale Ergebnisse erwartet. Schließlich wurde als Voraussetzung für die in den nächsten Jahren netzplantechnisch zu betreuenden neuen Siedlungsgebiete, gemeinsam mit der Bauvorbereitung, ein Standard-Ablaufplan für die dort zu leistenden Arbeiten erstellt.

Die Erfassung der „Baulichen Investitionen“ für die mittelfristige Budgetplanung in einer für die Datenverarbeitung verwendbaren Form konnte wesentlich intensiviert werden. Das Rechenprogramm für die Auflistung der Investitionsvorschau wurde in vielen Punkten verbessert und erweitert. Die bisherigen Ausdrucke für die baulichen Investitionen wurden durch die analogen Informationen über Gemeinde- und Bundesstraßen ergänzt.

Bei dem im September 1972 in Wien abgehaltenen „Ersten Internationalen Seminar für Baukoordinierung“ konnte auf Einladung des Bundesministeriums für Bauten und Technik ein Mitarbeiter des Wiener Stadtbauamtes über die Erfahrung mit der netzplantechnischen Koordinierung von Großbauvorhaben berichten; es war dies eine internationale Anerkennung der auf dem Gebiet der Projektsteuerung seit Jahren in Wien geleisteten Pionierarbeiten.

Die naturgemäß große Aufgeschlossenheit der Bauabteilungen für elektronische Datenverarbeitung fand ihren sinnfälligen Ausdruck in der Entsendung eines Sachbearbeiters dieses Arbeitsgebietes in die zu Beginn des Jahres 1972 vom Magistratsdirektor ins Leben gerufene und mit einer eigenen Geschäftsordnung ausgestattete, beratende „EDV-Kommission“ als ständiges Mitglied. Gegenstand der Beratungen dieser Kommission waren die mit dem Aufbau eines Informationssystems, also eines Datenbanksystems der Stadt Wien, verbundenen verwaltungstechnischen, psychologischen und personellen Probleme in der Stadtverwaltung; die Kommission nahm auch Einfluß auf die Tätigkeit des Büros für die Organisation der automatischen Datenverarbeitung in der Magistratsdirektion.

Eine besondere Stellung in dem im Entstehen begriffenen Datenbanksystem nimmt der Aufbau einer Grundstückdatenbank ein, die die Reorganisation des Grundstückwesens der Stadt Wien nicht unerheblich erleichtern wird. Diese Reorganisation ist für eine wirksame Bodenpolitik der Stadtverwaltung unerlässlich. Innerhalb der Bauverwaltung ist es Aufgabe des Sachbearbeiters für Angelegenheiten der elektronischen Datenverarbeitung, diesem Ziele dienende grundlegende Überlegungen zu sammeln und zu koordinieren.

Ein neues Anwendungsgebiet der elektronischen Datenverarbeitung in der Bauverwaltung wird, sobald die hierzu benötigten Geräte zur Verfügung stehen werden, die geometrische Datenverarbeitung sein. Sie wird vor allem den zur Zeit stark fühlbaren Mangel an Kartographen in der Stadtvermessung mildern. Bei der geometrischen Datenverarbeitung handelt es sich um die automatische Herstellung von Plänen auf Grund von Daten, die in einem Computer gespeichert sind. Mit ihrer Hilfe könnte der Arbeitsaufwand für die speziell für die Stadtplanung wichtige, thematische Kartographie wesentlich verringert werden. Im Jahre 1972 konnten bereits konkrete Vorstellungen zur Realisierung dieses Vorhabens entwickelt werden.

Die Wiederaufnahme der Stadtplanung in die Bauverwaltung zu Beginn des Jahres 1972 ermöglichte ein einheitliches Vorgehen der technischen Dienststellen in allen mit der elektronischen Datenverarbeitung zusammenhängenden Belangen. Die Gruppe Stadt- und Landesplanung der Stadtbauamtsdirektion wurde von der beratenden EDV-Kommission der Magistratsdirektion auch bereits aufgefordert bekanntzugeben, welche Anforderungen an eine im Rahmen des Informationssystems zu schaffende Planungsdatenbank gestellt werden würden.

Die im Herbst 1970 auf Weisung der Magistratsdirektion eingeführte elektronische Baumassenabrechnung hat sich besonders auf Großbaustellen, vor allem beim U-Bahn-Bau, bewährt, wie ein

im Mai 1972 durchgeführter Erfahrungsaustausch der einschlägig befaßten Bediensteten zeigte. Die erwähnte Weisung wird, unter Mitwirkung der Fachdienststellen der Stadtverwaltung, auf Grund der seither gewonnenen Erfahrungen neu bearbeitet werden. Im Bereich des Bundes wie auch der Länder war die Arbeitsgemeinschaft zur Erstellung österreichischer Richtlinien für die elektronische Baumassenberechnung (AGÖRB) mit der Ausarbeitung entsprechender Richtlinien (ÖREB) befaßt; ihr gehörte ein Mitarbeiter des Wiener Stadtbauamtes an.

Als weiteres Glied der integrierten Datenverarbeitung in der Bauausführung wurde ein Programm für die maschinelle Erstellung von Leistungsverzeichnissen mit einem anschließenden Vergleich sowie einer Reihung der eingelangten Angebote fertiggestellt; seine Anwendung wird voraussichtlich im Jahre 1973 angeordnet werden.

Die Arbeiten an standardisierten Leistungsverzeichnissen und dem österreichischen Standardleistungsbuch, die beide wichtige Voraussetzungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung zur rechnerischen Verfolgung von Bauleistungen darstellen, wurden zwar in den zuständigen Ausschüssen und Gremien des Bundes sowie der Länder fortgesetzt, doch blieben die Fortschritte hinter den gehegten Wünschen und Hoffnungen zurück.

Die Entwicklung auf dem Gebiet der Kommunikation im Bauwesen — einschließlich der im Zusammenhang mit den standardisierten Leistungsverzeichnissen, Standardleistungsbüchern, standardisierten Baumaterialien, den Katalogen und ihrer Handhabung mittels der elektronischen Daten- und Datenfernverarbeitung auftretenden Probleme — wurde aufmerksam verfolgt. Unter anderem bot der Besuch des Ersten Internationalen Kongresses auf diesem Sachgebiet in Rotterdam, der im September 1972 abgehalten wurde, Gelegenheit hierzu. Die Pflege und Fortentwicklung der schon jetzt ständig und erfolgreich verwendeten Programme wurde fortgesetzt. Ihr Einsatz erfolgte bei der mittelfristigen Investitionsplanung, der Rohrnetzberechnung, der Lagerhaltung, im Vermessungswesen, bei der Koordinierung der Maßnahmen im Straßenbereich, der Baubuchführung und Belagflächenstatistik im Straßenbau, ferner in der Baustatistik, der Baublockanalyse und bei den Arbeiten am Stadtentwicklungsmodell „POLIS“. Die Installation eines Computers vom Typ IBM 370/155 im Büro für die Organisation der automatischen Datenverarbeitung der Magistratsdirektion zu Ende des Jahres 1972 eröffnet auch für die Bauverwaltung in naher Zukunft bedeutend erweiterte Nutzungsmöglichkeiten. Diesbezügliche Vorbereitungen wurden bereits getroffen.

Die anlässlich der Neuaufgliederung der Geschäfte des Stadtbaudirektors geschaffene Gruppe für räumliche Stadtentwicklung war außer mit den ihr zukommenden grundsätzlichen Planungsaufgaben mit der Untersuchung der Beziehungen zwischen Stadt und Umland befaßt. Diese Untersuchung wurde im Einvernehmen mit der allgemeinen Finanzverwaltung und der Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordinierung durchgeführt. Bei der Planungsarbeit spielte die Koordinierung einschlägiger Planungen, die von anderen Stellen durchgeführt wurden, sowie die Zusammenarbeit mit Körperschaften, die ebenfalls Träger einer Planungshoheit sind, eine große Rolle. Der Umfang der sehr komplexen Aufgaben machte es notwendig, Institute, Ziviltechniker und wissenschaftliche Teams mit deren Lösung zu beschäftigen, da ausreichendes eigenes Personal nicht zur Verfügung stand.

Ziel der Planung der räumlichen Stadtentwicklung ist ein langfristiges Handlungsprogramm, das allerdings in der Finanz- und Wirtschaftsplanung seine Grenzen findet. Soweit dies möglich ist, sind die Öffentlichkeit, die politischen Entscheidungsträger und allenfalls auch einzelne Interessengruppen hierüber zu informieren. Beispiele solcher Informationen sind die Kurzberichte zur Bundesraumordnung, der Problemerkatalog Wien-Niederösterreich, Abhandlungen zur Einfamilienhausproblematik und zur Fußgängerzone Graben-Kärntner Straße sowie der Citybericht. Die Teilnahme an den Arbeitskreisen der Wiener Stadtentwicklungsenquête gab die Möglichkeit, die Planungstätigkeit anderer Stellen zu beeinflussen. Auch bei den für Fachleute des In- und Auslandes arrangierten Stadtrundfahrten sowie bei Informationsgesprächen mit diesen wurden Planungsprobleme diskutiert.

Aufgabe der Grundlagenforschung ist es, den Lebensbereich des Städters, die Struktur der Bevölkerung sowie bestehende Entwicklungstendenzen und Verhaltensweisen zu erforschen, um eine zweckmäßige Stadtentwicklung planen zu können. Die Kenntnis der Probleme bestimmt überdies den Handlungsspielraum der Stadtverwaltung. Diesem Zweck dienen Untersuchungen der Bevölkerungsentwicklung 1961—1971 und der Bevölkerungsdichte 1971, eine Bevölkerungsprognose 1981, eine Gliederung des Stadtgebietes im Lichte moderner Grundlagenforschung, der Entwurf einer Flächenbilanz von Wien, die Feststellung der Veränderungen in der Flächennutzung im Wiener Stadtgebiet zwischen 1961 und 1971, aber auch der Flächennutzungsveränderungen von 55 Gemeinden im Umland von Wien zwischen 1969 und 1971, ferner eine kleinräumige Flächenbilanz mittels Luftbildinterpretation, eine Erhebung der Grundstückswerte im Wiener Stadtgebiet, eine Untersuchung

der Wiener Innenstadt, bei der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, Flächennutzung und Baubestand zu durchleuchten waren, ein Konzept zum Generalplan für die Entwicklung der Stadt als Ganzes sowie sozialwissenschaftliche Untersuchungen, bei denen die Lebensabläufe der Wohnbevölkerung der Inneren Stadt und ihre Verflechtung mit dem Wohngebiet sowie die Abwanderung aus diesem Stadtteil und die Ursachen derselben untersucht wurden. Die Stadtentwicklungspläne, mit deren Ausarbeitung im Jahre 1971 noch im Rahmen der Magistratsabteilung für Stadt- und Landesplanung begonnen worden war, wurden fertiggestellt; es handelt sich hierbei um den gesamten Entwicklungsraum am linksseitigen Donauufer. Es zeigte sich, daß, in Anbetracht der Stadterneuerungsmaßnahmen im gesamten Stadtgebiet, künftig nicht unbedingt mit einem starken Bevölkerungsdruck in die Entwicklungsgebiete zu rechnen sein wird und daher die Bautätigkeit der Stadtverwaltung auf das Einzugsgebiet der Massenverkehrslinie U 1 wird konzentriert werden können. Mit der Bearbeitung eines Stadtentwicklungsplanes für den 2. und 20. Bezirk wurde begonnen. Weitere Untersuchungen und Überlegungen galten der Region und dem Umland, die verkehrsmäßig erschlossen werden müssen und für die gemeinsam mit den zuständigen Planungsträgern ein Raumordnungskonzept auszuarbeiten ist. Als Planungsträger sind hierbei nicht nur die Umlandgemeinden, das Land Niederösterreich, der Bund oder einzelne Bundesländer sowie die Österreichischen Bundesbahnen als einer der wichtigsten Verkehrsträger, sondern auch die Nachbarstaaten und verschiedene internationale Behörden anzusprechen.

Hervorzuheben wäre der Erwerb des Stadtmodells „POLIS“, eines mehrstufigen Simulationsmodells des dynamischen räumlich-zeitlichen Systems Stadt, vom Batelle-Institut in Frankfurt. Mit diesem bereits in Köln erprobten, mathematischen Modell ist die Stadt Wien imstande, die Auswirkungen alternativer Varianten der räumlichen Stadtentwicklung zu prüfen. Nach Erfassung und Verarbeitung zahlreicher Basisdaten bezüglich der Flächennutzung sowie der Struktur und der Gewohnheiten der Bevölkerung wurden im Herbst 1972 in einem ersten Modelldurchlauf bereits sechs Varianten erprobt. Es hat sich erwiesen, daß dieses Stadtmodell eine echte Entscheidungshilfe für die Stadtplanung darstellt.

Als Aufsichtsbehörde für die Bau- und Baunebengewerbe nahm die Stadtbauamtsdirektion wie alljährlich die Berufsbefähigungsprüfungen ab. Zugelassen waren für die Baugewerbe, also zu den Bau-, Maurer-, Zimmer-, Steinmetz- und Brunnenmeisterprüfungen, insgesamt 120 Kandidaten, 92 traten zu den Prüfungen an und 45 bestanden diese mit Erfolg. Zu den Meisterprüfungen für die Baunebengewerbe der Elektro- sowie Gas- und Wasserinstallateure waren je 40 Kandidaten zugelassen worden; von den 30 beziehungsweise 40 zu den Prüfungen Angetretenen erhielten 18 den Meisterbrief für das Elektroinstallateurgewerbe und 29 für das Gas- und Wasserinstallateurgewerbe. Von den 162 zu den Ziviltechnikerprüfungen zugelassenen Kandidaten traten 116 tatsächlich an, davon 91 mit Erfolg. Auch der Wiederholungsprüfung für den Staatsbaudienst stellten sich nicht alle 6 zugelassenen Prüflinge, es bestanden diese aber alle 4 angetretenen Kandidaten. Hingegen waren zu den Prüfungen für den technischen Dienst in den Verwendungsgruppen C/D und B zwar von 224 zugelassenen Kandidaten 222 angetreten, aber nur 215 bestanden die Prüfungen.

Die Arbeiten an dem für die Lärmbekämpfung im Stadtgebiet so wichtigen Wiener Baulärmgesetz konnten zum Abschluß gebracht werden. Dieses Gesetz wird der Behörde eine Handhabe bieten, gegen die Erzeugung vermeidbaren und unzumutbaren Baulärmes einschreiten zu können.

Das umfangreiche Meßstellennetz zur Untersuchung der Luft auf Schwefeldioxyd und Staub wurde neuerlich erweitert. Die gewonnenen Werte bilden eine objektive Grundlage für Maßnahmen zur Verminderung der Luftverunreinigung. Um eine gesetzliche Möglichkeit der Durchführung zu schaffen, wurde an einem Entwurf zur Änderung des Feuerpolizeigesetzes gearbeitet. Die in dieses aufzunehmenden Bestimmungen richten sich gegen die vermeidbare und übermäßige Luftverunreinigung, besonders durch den Hausbrand, sehen aber auch Kautelen bei der Errichtung neuer Heizungsanlagen vor, um eine Luftverschmutzung durch diese auszuschließen.

Ein weiteres Gebiet des Umweltschutzes, das dringend einer gesetzlichen Regelung bedarf, ist der Schutz der Umwelt vor Verschmutzung durch Abfälle; für eine solche wurden Vorarbeiten geleistet. Weitere Bemühungen galten der besseren Vernichtung von Abfällen.

## **Wirtschaftliche Planung und Koordinierung**

Anläßlich der eingangs dieses Kapitels erwähnten Änderung der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien wurden ab 1. Jänner 1972 die Agenden der Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordinierung um die allgemeinen und grundsätzlichen Angelegenheiten des Umweltschutzes, soweit nicht eine andere Abteilung zuständig ist, weiters um die Koordinierung

der Aktivitäten des Magistrats auf dem Gebiete des Umweltschutzes sowie um die Bürogeschäfte des Beirates für Fragen des Umweltschutzes erweitert. Die Arbeit dieser Magistratsabteilung hatte in diesem Jahr daher zwei Schwerpunkte: die Fortführung der in den Bereichen Wirtschaft, Bevölkerung und Arbeitsmarkt im Jahre 1971 aufgenommenen Grundlagenforschung und die Tätigkeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft wurden Strukturuntersuchungen betrieben, aber auch die konjunkturelle Lage wurde beobachtet. Die Entwicklung der Wiener Wirtschaft kann im Jahre 1972 nach den bisherigen Ergebnissen als günstig angesehen werden. Sie hat nicht nur die gesamtösterreichische Hochkonjunktur mitgemacht, sie konnte in einigen wichtigen Sparten sogar bessere Ergebnisse als im Bundesdurchschnitt erzielen. Das Wachstum der Wiener Industrie, das im Jahre 1971 noch um 3,6 Prozentpunkte unter dem österreichischen Durchschnitt lag, verzeichnete im Jahre 1972 erstmalig höhere Wachstumsraten als Österreich als Ganzes (1. Halbjahr 1972: Wien + 6,5 Prozent, Österreich + 5,0 Prozent). Wesentliche Bedeutung für den Konjunkturverlauf hatte die Bauwirtschaft. Bei der Bauwirtschaft, die sich seit dem Jahre 1970 in einer Expansionsphase befindet, machten sich jedoch deutliche Anzeichen von Wachstumsspannungen bemerkbar.

Die Stadtverwaltung hat einen Bauwirtschaftsbeirat für Wien ins Leben gerufen, für den die Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordinierung als Geschäftsstelle fungiert. In diesem Bauwirtschaftsbeirat sind, neben Fachdienststellen der Stadtverwaltung, große Auftraggeber sowie die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten. Ziel des Bauwirtschaftsbeirates ist es, die Probleme der Wiener Bauwirtschaft zu erfassen, um sie in direktem Kontakt zwischen den großen Auftraggebern und der Wirtschaft zu erörtern.

Die günstige allgemeine wirtschaftliche Entwicklung fand ihren Niederschlag auch auf dem Arbeitsmarkt. Die im Jahre 1971 erstmals seit 10 Jahren festgestellte Zunahme der Zahl der unselbständig Beschäftigten hielt im Jahre 1972 an. Mit 760.000 Erwerbstätigen waren zu Ende September 1972 um 5.800 Personen mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres beschäftigt. Die Zahl der Arbeitsuchenden erreichte am 30. September 1972 mit 9.900 einen neuen Tiefstand, die Zahl der offenen Stellen hingegen mit 19.200 einen bisher nicht verzeichneten Höchststand. Das Ansteigen der Beschäftigtenzahl beruhte allerdings ausschließlich auf der Zunahme des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte. Mitte September 1972 betrug die Zahl der in Wien beschäftigten Gastarbeiter zirka 79.000, sie war also um rund 18.000 höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Der Anteil der Gastarbeiter an den unselbständig Beschäftigten betrug mehr als 10 Prozent; für ganz Österreich wurde ein achtprozentiger Anteil errechnet.

Weitere Studien befaßten sich mit den internationalen Organisationen, dem Einzelhandel, dem Fremdenverkehr, den Versicherungen, den Spediteuren und den Lagerhaltern.

Einen wichtigen Faktor für die Bedeutung einer Region stellt das in ihr erzielte Einkommen dar. Von der Wiener Wirtschaft werden rund 30 Prozent des österreichischen Bruttonationalprodukts erarbeitet. Bezogen auf die Zahl der Beschäftigten oder Einwohner liegt der Durchschnitt in Wien mit jeweils 20 oder 30 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt. Es wurde versucht, das Wiener Bruttoregionalprodukt je Einwohner mit den entsprechenden, im Ausland erzielten Werten zu vergleichen. Dabei ergab sich, daß das Bruttonationalprodukt je Einwohner in Italien um 37 Prozent, in den Niederlanden um 9 Prozent und in Belgien um 2 Prozent niedriger ist als in Wien. Von den übrigen EWG-Staaten erzielte Frankreich ein um 8 Prozent, Luxemburg ein um 10 Prozent und die Bundesrepublik Deutschland ein um 12,5 Prozent höheres Bruttonationalprodukt je Einwohner als die österreichische Bundeshauptstadt. Ein Vergleich einzelner Regionen zeigt, daß das Regionalprodukt je Einwohner im Hamburg um fast 100 Prozent und in München um 85 Prozent über dem Wiener Wert liegt. Das in der Region Paris je Einwohner geschaffene Nationalprodukt übersteigt die Wiener Pro-Kopf-Quote um 42 Prozent. In Italien erreichte keine Region den Wiener Durchschnitt.

Weiters wurde die Entwicklung der Einkommen in Wien an Hand der Industrielöhne und -gehälter untersucht. Die Wiener Industrielöhne liegen — unbereinigt — knapp unter dem österreichischen Durchschnitt. Bei Berücksichtigung der spezifischen Branchenstruktur Wiens (es fehlt die Grundstoffindustrie) und des höheren Anteils weiblicher Arbeitskräfte liegen jedoch auch die Wiener Industrielöhne über dem österreichischen Durchschnitt. Die Lohnsteigerung war in den Jahren 1962 bis 1967 in Wien etwas stärker, in den Jahren 1967 bis 1971 jedoch etwas langsamer als im Bundesdurchschnitt. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Anteil der qualifizierten Facharbeiter in Wien in den letzten Jahren stark zurückging. Die Gehälter der Wiener Industrieangestellten liegen über dem österreichischen Durchschnitt. Sie haben sich in den letzten Jahren auch günstig entwickelt; von 1965 bis 1971 stiegen sie in Wien um 67 Prozent an.

Die Feststellung des Flächenbedarfes der Wiener Wirtschaft wurde fortgesetzt. Nach Abschluß der die Industrie und das Wiener Gewerbe betreffenden Erhebungen wurde eine Flächenbedarfs-erhebung des Wiener Großhandels sowie der Lager- und Speditionsbetriebe in Auftrag gegeben. Bei dieser Erhebung konnte für die nächsten Jahre ein Flächenbedarf dieser Wirtschaftssparten von insgesamt 0,6 Millionen Quadratmeter ermittelt werden; der überwiegende Teil der gewünschten Flächen sollte in 1 bis 2 Jahren zur Verfügung stehen. Die Wünsche der Unternehmen wurden an Hand von 8 Testgebieten erhoben, wobei der spezifische Infrastrukturbedarf dieser Branchen festgestellt wurde. Die Studie zeigte, daß die Betriebe überwiegend an den südlichen Stadtrand streben, wo sie sich auf Grund eines wirtschaftlich stärkeren Hinterlandes und der günstigen Verkehrsanbindung bessere Wachstumschancen erwarten. Die in Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen und der Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft mbH erarbeitete 4. Etappe des Aufschließungsprogramms der Stadt Wien für Betriebsflächen wird diesen Flächenwünschen des Wiener Großhandels gerecht. Sie umfaßt fünf Gebiete mit einer Bruttofläche von 90,4 ha, deren Erschließungskosten mit rund 128 Millionen Schilling veranschlagt wurden. Das Schwergewicht dieser Etappe liegt im Nordosten im Bereich der Entwicklungssachse Wagramer Straße, wo sie die Aufschließung der Flächen an der Panethgasse sowie am Iberisweg vorsieht, und im Süden an der Ober-Laaer Straße, wo die Alder Gründe aufgeschlossen werden sollen.

Neben der Beistellung von Flächen und neben den finanziellen Anreizen zur gezielten Investitionspolitik der Wirtschaft kommt, obwohl die Ausstattung der Betriebe fortschreitend modernisiert wird und die Arbeitsvorgänge rationalisiert werden, der Entwicklung des Arbeitsmarktes maßgebende Bedeutung zu. Dieser Problemkreis wurde im Jahre 1972 im Wiener Arbeitsmarktpolitischen Beirat behandelt, der in diesem Jahre 5 Sitzungen abhielt, und zwar 1 Plenarsitzung und 4 Sitzungen seiner beiden Arbeitsausschüsse. Als wesentlichste Themen wurden in den Beratungen die Auswirkungen der Konjunktur auf den Arbeitsmarkt sowie die mit der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte verbundenen Probleme behandelt. Darüber hinaus befaßte er sich mit Ausbildungsfragen, mit der Erfassung der Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den Wiener Arbeitsmarkt und mit der Verbesserung der Beschäftigtenstatistik.

Mehrere Arbeiten dienten der Arbeitsmarktpolitik. Zunächst wurde ein mittel- und langfristiges Arbeitsmarktprognosemodell in Auftrag gegeben. An Hand dieses Modells wurde eine erste Arbeitsmarktprognose für die Jahre 1976 und 1980 erstellt. Diese Prognose erstreckt sich auf die alters- und geschlechtsspezifische Struktur, aber auch auf die branchen- und berufsmäßige Gliederung des Angebotes und der Nachfrage nach Arbeitskräften in Wien. Ferner wurde begonnen, ein Wiener Stadtmodell zu erarbeiten, um die Abhängigkeiten verschiedener ökonomischer und demographischer Größen aufzeigen und Prognosen stellen zu können.

Der relativ hohe und noch immer zunehmende Anteil der Ausländer an der Wiener Bevölkerung läßt es verständlich erscheinen, daß die Stadtverwaltung den mit der Beschäftigung von Gastarbeitern zusammenhängenden Fragen erhöhte Bedeutung zumißt. Im Jahre 1966 wurden in Wien rund 53.000 Ausländer gezählt, bis Ende des Jahres 1971 stieg ihre Zahl auf 109.000 an und dürfte Ende Dezember 1972 bereits 130.000 erreicht haben. Ähnliche Steigerungsraten wurden bei den ausländischen Arbeitskräften beobachtet. Von 1966 bis 1972 nahm die Zahl der Gastarbeiter von rund 15.000 auf ca. 75.000 zu, sie verfünffachte sich also.

Die Struktur der Gastarbeiter, ihre Herkunft und ihre Probleme wurden einer Untersuchung unterzogen. Dabei konnte festgestellt werden, daß die Gastarbeiter relativ jung sind; mehr als 50 Prozent haben das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten. Bezüglich der Qualifikationsstruktur wurde festgestellt, daß mit rund 66 Prozent die Hilfsarbeiter bei weitem überwiegen. Bei den Unterkünften ergab sich eine starke Konzentration auf das dichtverbaute Kernstadgebiet, insbesondere auf Gebiete mit relativ schlechter Bausubstanz.

Der überwiegende Anteil der Gastarbeiter stammt aus Jugoslawien. Diese Gastarbeitergruppe war bereits im Jahre 1971 Gegenstand einer Motivationsstudie; im Jahr 1972 wurde die immer stärker werdende Gruppe der türkischen Gastarbeiter untersucht. Rund 10 Prozent der in Wien beschäftigten Gastarbeiter sind Türken. Ein Vergleich mit den jugoslawischen Gastarbeitern zeigte, daß die Türken etwas älter sind und seltener ihre Familie nach Österreich mitgebracht haben.

Bei den Jugoslawen kommen auf 100 Männer rund 80 Frauen; bei den Türken ergibt sich ein Verhältnis von 100 zu 20. Daraus kann, gemeinsam mit der im Vergleich zu den Jugoslawen relativ schlechten Unterbringung der Türken in Massenquartieren, auf eine geringere Möglichkeit der Integration geschlossen werden. Nach ihrer Herkunft können bei den Türken ebenso wie bei den Jugoslawen drei Gruppen unterschieden werden. Die größte Gruppe, rund 60 Prozent, bilden die türkischen Gastarbeiter, die ihre Familie in der Heimat zurückgelassen haben; sie stammen zu-

meist aus ländlichen Gebieten und zeigen nur eine geringe Integrationsneigung. Die zweite Gruppe, etwa 25 Prozent, hat ihre Familie nach Österreich mitgenommen oder ließ diese nachkommen. Diese Personen, die zumeist aus Ballungsräumen stammen und vielfach schon in der Türkei einer industriellen oder handwerklichen Tätigkeit nachgegangen sind, äußerten den Wunsch, länger oder für immer in Österreich zu bleiben, doch stellt die Wohnungssituation ein wesentliches Hindernis für ihre Integration dar. Die verbleibenden rund 15 Prozent setzen sich aus unverheirateten Personen zusammen, die eine äußerst mobile dritte Gruppe bilden. Auch sie stammen aus städtischen Gebieten, sind qualifizierte Arbeitskräfte und haben vielfach die Absicht, weiter, meist in die Bundesrepublik Deutschland, zu wandern. Diese Gruppe ist stark konsumorientiert und wählt den Arbeitsplatz überwiegend aus Einkommensüberlegungen.

Um die Integrationsmöglichkeit der ausländischen Beschäftigten abschätzen zu können, war die Einstellung der Wiener Bevölkerung zu den Gastarbeitern festzustellen. Eine Untersuchung ergab, daß sich die Wiener Bevölkerung im allgemeinen Ausländern und damit auch Gastarbeitern gegenüber eher neutral verhält. Die Gastarbeiter werden in Wien von der Bevölkerung nicht ausdrücklich abgelehnt, Kontakte mit ihnen werden jedoch fast ausschließlich auf die betriebliche Ebene beschränkt.

Während die Zahl der Ausländer in Wien in den letzten Jahren regelmäßig zunahm, veränderte sich die Gesamtzahl der Wiener Bevölkerung nicht wesentlich. In den Jahren 1951 bis 1961 nahm zwar die Wiener Bevölkerung von 1,616 Millionen auf 1,628 Millionen Menschen zu, verringerte sich in der Folge jedoch wieder; im Jahre 1971 wurden rund 1,615 Millionen Personen gezählt. Diese Entwicklung der Bevölkerung ist auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung und die Wanderungsbewegung zurückzuführen.

Auswertungen des statistischen Materials ergaben bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten und Todesfälle) in Wien eine jährliche Abnahme um rund 10.000 Personen. Im Jahre 1971 standen 28.200 Todesfällen von Wienern nur 17.200 Geburten gegenüber. Die Todesfälle blieben in den letzten Jahren ziemlich konstant. Die Zahl der Geburten hingegen nahm nach einem Höchststand von 20.500 im Jahre 1967 merklich ab. Der Geburtenrückgang erklärt sich zum größten Teil aus dem altersmäßigen Bevölkerungsaufbau. Im Jahre 1971 wurde der Rückgang durch die rund 1.000 Geburten von in Wien wohnhaften Ausländern gemildert. Obwohl Zahlenmaterial erst seit kurzer Zeit zur Verfügung steht, läßt sich bereits eine deutliche Zunahme von in Wien geborenen Ausländern erkennen. Die negative Geburtenbilanz wird durch eine positive Wanderungsbilanz aus den österreichischen Bundesländern nicht mehr ausgeglichen; die Zahl der wahlberechtigten Abwanderer aus Wien ist höher als die der Zuwanderer. Besonders deutlich ist eine verstärkte Abwanderung in das Wiener Umland zu erkennen, wo zwischen den Volkszählungen 1961 und 1971 die Bevölkerung merklich an Zahl zugenommen hat. Zuwanderer verdankt Wien überwiegend der Ostregion, nämlich Niederösterreich und dem Burgenland. Von den Abwanderern begibt sich rund ein Drittel in das Wiener Umland und ein weiteres Drittel in andere Ballungsräume. Für das Abwandern in das Wiener Umland sind, wie festgestellt werden konnte, die Umweltbedingungen ausschlaggebend, für den Wegzug in die übrigen österreichischen Ballungsräume hingegen hauptsächlich berufliche Gründe.

Erkenntnisse auf dem Gebiete der Wohnungssoziologie wurden aus einer Untersuchung über Wohnvorstellungen der Wiener Bevölkerung und die Einstellung von Wohnungswechslern zum neuen Wohngebiet am Stadtrand gewonnen. Das Ergebnis zeigte, daß im allgemeinen die neue Wohnung sehr gut bewertet wurde; meistens hatten die Befragten auch wesentlich mehr Wohnraum erhalten. Die neue Wohnumgebung wurde, was die Umweltbedingungen anlangt, günstiger bewertet als das frühere Wohngebiet; allerdings wurde sie als weniger interessant bezeichnet. Bemerkenswert erscheint, daß rund 25 Prozent der Berufstätigen des Untersuchungsgebietes Großfeldsiedlung seit ihrer Übersiedlung ihren Arbeitsplatz gewechselt haben. Obwohl die Übersiedlung nur bei einem Viertel der unmittelbare Anstoß für den Arbeitsplatzwechsel war, haben dennoch drei Viertel nachher einen Arbeitsplatz im 21. oder 22. Bezirk angenommen. Um das Ausmaß der Wohnungswechsler in Wien bestimmen zu können, wurde im Jahre 1972 eine Sonderauswertung der Wählerevidenz vorgenommen. Diese ergab, daß jährlich rund 60.000 Personen ihre Wohnung in Wien wechseln. Mehr als zwei Drittel der umziehenden Personen sind weniger als 30 Jahre alt. Die stärksten Wanderungsströme zeigten sich zwischen benachbarten Bezirken; der Anteil liegt bei einem Drittel. Weiters konnte deutlich die Bevölkerungsverlagerung an den Stadtrand — diese Entwicklung läßt sich ebenfalls an Hand der Volkszählungsergebnisse feststellen — verfolgt werden.

In engem Zusammenhang mit der Frage des Wohnungswechsels stehen Probleme des Wohnungsbaues. Im Jahre 1922 wurde die Frage der Stadterneuerung oder Stadterweiterung vom wirtschaft-

lichen Standpunkt geprüft, und zwar wurden verschiedene Untersuchungen zum Thema „Erfahrungen mit Stadterneuerungsmaßnahmen in ausländischen Städten“ in Auftrag gegeben. Diese Studien lieferten einen Überblick über die Vorgangsweise und die Kosten der Stadterneuerung im Vergleich zur Stadterweiterung; das Vergleichsmaterial wurde durch Kontakte mit knapp 100 europäischen und amerikanischen Großstädten gewonnen. Die meisten Städte, die den ihnen zugesandten Fragebogen beantworteten, haben die Dringlichkeit von Stadterneuerungsmaßnahmen bereits erkannt. Zum Teil gab es in diesen Städten auch schon gesetzliche Grundlagen für die Ausweisung von Sanierungsgebieten. Durchgerechnete Kostenbeispiele von Stadterneuerungsmaßnahmen ergaben auf dem Wohnbausektor nur geringe Kostendifferenzen zwischen Maßnahmen der Stadterneuerung und der Stadterweiterung.

Die Untersuchungsreihe über Betriebe des sekundären Sektors und des Großhandels dient der Neubearbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ebenso wie der Beurteilung der wirtschaftlichen Substanz und allfälligen Stadterneuerungsmaßnahmen; im Jahre 1972 wurden Studien über Teilbereiche des 5., 6., 7. und 8. Gemeindebezirks durchgeführt. Die bisher aus Bezirksuntersuchungen gewonnenen Erfahrungen bezüglich der wirtschaftlichen Substanz wurden zusammengefaßt und ausgewertet. Das Ergebnis zeigte, daß von mehr als 400 untersuchten Betrieben nur 40 Prozent standortgebunden sind. Mehr als 50 Prozent der Unternehmen sind so eng mit dem Wohngebiet verflochten, daß ein störender Einfluß auf Wohnungen nicht ausgeschlossen werden kann.

Da die Kosten für Stadterneuerungs- und Stadterweiterungsmaßnahmen wesentlich von der Qualität und dem Ausnutzungsgrad der vorhandenen Infrastruktur abhängen, wird versucht, Unterlagen über die technische Infrastruktur und deren Bewertung zu gewinnen.

Untersuchungen bezüglich der Änderung der räumlichen Aufteilung der Wohnbevölkerung im Stadtbereich sollten Unterlagen zur Lösung von Fragen erbringen, die den Bau von Zentren und die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern betreffen. Im Jahre 1972 konnte eine Untersuchung zu dem Thema „Privater Konsum nach Quelle und Ziel“ abgeschlossen werden. Diese Studie bildet die Ausgangsbasis für die Beurteilung des Einkaufsverhaltens der Wiener Bevölkerung in räumlicher wie in sozialstruktureller Hinsicht und zeigte, daß in Wien drei Geschäftsagglomerationen oder -gebiete bestehen, die einen Umsatz von mehr als einer Milliarde Schilling pro Jahr erzielen. Von den insgesamt 30 bis 35 Milliarden Schilling Einzelhandelsumsatz im Jahre 1970 entfielen auf die City etwa 10 Prozent. Die bedeutendsten Geschäftsstraßen sind die Mariahilfer Straße und die Favoritenstraße.

Neben der Studie über die Verteilung der Kaufkraft im Stadtgebiet wurde gemeinsam mit der Gruppe Stadt- und Landesplanung der Stadtbauamtsdirektion eine Untersuchung über die Wiener City in Auftrag gegeben; Ziel dieser Arbeit ist es, die Entwicklungsmöglichkeiten des inneren Kernstadtbereiches aufzuzeigen. Außerdem wurden die wirtschaftlichen Aspekte der Fußgängerzone ventiliert.

Die rege Wohnbautätigkeit der letzten Jahre in den Wiener Randbezirken führte zu einer zunehmenden Verlagerung der Bevölkerung und damit auch der Kaufkraft an den Stadtrand. Eingeleitete Untersuchungen sollen nun die Auswirkungen dieser Kaufkraftverlagerung erfassen, um für ein entsprechendes Angebot am Stadtrand vorsorgen zu können; das Ergebnis wird es erlauben, die Nahversorgungssituation der Bevölkerung zu beurteilen, und kann damit einem Zentrenkonzept zugrunde gelegt werden.

Eine weitere Analyse beschäftigte sich mit der Entwicklung des Wiener Umlandes. Nach Abschluß der Untersuchung der Motive von Wienern für die Abwanderung in das Umland wurden die wirtschaftlichen Aspekte der Naherholung sowie die Zweitwohnbautätigkeit der Wiener Bevölkerung im Umland von Wien erhoben.

Die bereits im Jahre 1971 vorgenommene Motivanalyse der Wien-Einpendler wurde nunmehr durch eine Motivbefragung der Wien-Auspendler ergänzt. Diese Studie zeigte, daß es sich bei den Wien-Auspendlern im allgemeinen um höher qualifizierte Kräfte handelt. Die Auspendler sind, verglichen mit den Wien-Einpendlern, älter und haben im Durchschnitt ein höheres Einkommen. Die Auspendelmotive, besseres Berufsfortkommen und höherer Verdienst, lassen es kaum möglich erscheinen, diese Personen für den Wiener Arbeitsmarkt zurückzugewinnen, obwohl nicht anzunehmen ist, daß sie den Wiener Wohnsitz aufgeben werden. Sie sind nämlich mit den Lebensverhältnissen in der Stadt im allgemeinen zufrieden, und auch die Familienmitglieder wollen in Wien wohnen.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Stadt sind auch die vielfältigen Probleme der Raumordnung zu lösen. Die Mitarbeit der Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordi-

nierung im Raumordnungsbeirat und in den Unterausschüssen der Stellvertreterkommission sowie die Teilnahme an den Beratungen der Planungsgemeinschaft Wien-Niederösterreich lagen daher im Interesse der Stadt Wien.

Bezüglich des Verkehrs konzentrierte sich die Untersuchungstätigkeit auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des U-Bahn-Baus sowie des Schnellbahnverkehrs. Es wurde aber auch mit einer Untersuchung der Möglichkeiten, die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel zu heben, begonnen. Schließlich wurden noch gemeinsam mit anderen Fachdienststellen die Voraussetzungen für einen Wiener Verkehrsverbund geprüft.

Der im Jahre 1972 gegründete Beirat für Fragen des Umweltschutzes in Wien umfaßt je einen Ausschuß für die Sachgebiete Luft, Lärm, Biologische Umwelt und Naturschutz, Wasser und Boden sowie Abfall und einen Wissenschaftlichen Beirat. Die Organe des Beirates hielten im Jahre 1972 insgesamt 12 Sitzungen ab, deren Arbeitsthemen eine sachgebietsbezogene Bestandsaufnahme der Umweltsituation in Wien sowie aktuelle Umweltprobleme waren. Der Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordinierung als Geschäftsstelle des Beirates fiel es hiebei zu, alle organisatorischen Aufgaben für den Beirat und seine Organe zu besorgen. Weiters hatte sie die Tätigkeit des gesamten Magistrats auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu koordinieren. Ein Erlaß der Magistratsdirektion wies sämtliche Dienststellen an, die Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordinierung über alle Probleme, Ereignisse und Erkenntnisse auf dem Gebiete des Umweltschutzes zu unterrichten, vor allem aber mit dieser bezüglich aller Umweltschutzmaßnahmen, die das übliche Ausmaß an Einzelmaßnahmen überschreiten, sowie aller Forschungsvorhaben auf dem Gebiete des Umweltschutzes das Einvernehmen herzustellen. Im Jahre 1972 wurden mehr als 100 eingelangte Beschwerden, die mit dem Umweltschutz in Zusammenhang standen, an die zuständigen Fachdienststellen weitergeleitet, aber auch Stellungnahmen in einschlägigen Angelegenheiten ausgearbeitet.

Weiters wurde ein umfangreiches Untersuchungsprogramm zur Feststellung und Analyse der Umweltsituation in Wien eingeleitet. Ziel dieses Programms ist es unter anderem, methodische Grundlagen zu gewinnen, hauptsächlich aber angewandte Forschungsprojekte durchzuführen. So wurden in einem ersten Arbeitsgang die Grundlagen für die Erhebung der in Wien anfallenden Schadstoffe und des Sondermülls erarbeitet; nach Fertigstellung des Fragebogens soll im Jahre 1973 gemeinsam mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien eine Vollerhebung bei sämtlichen Wiener Betrieben durchgeführt werden. Eine bereits eingeleitete Untersuchung soll aufzeigen, welche Maßnahmen bei der Planung und Durchführung von Wohnbauvorhaben zu berücksichtigen wären, um die Wohnbauten umweltfreundlicher zu gestalten. Ferner werden seit einigen Jahren in Wien von wissenschaftlichen Institutionen Messungen luftverunreinigender Schadstoffe durchgeführt, deren Ergebnisse nun zusammengefaßt und ausgewertet werden sollen. Ein Indikator für die Güte der Luft ist der  $\text{SO}_2$ -Gehalt, der in Wien besonders während der Wintermonate, verursacht durch den Hausbrand, relativ hoch ist. Es wurde daher mit einer räumlichen und zeitlichen Feststellung der Emittenten von Schwefeldioxyd begonnen; die Ergebnisse werden in einem Kataster festgehalten. Weiters werden die Staubniederschlagsmessungen der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien durch eine Untersuchung über die Lungengängigkeit und chemische Zusammensetzung des Staubes in Wien ergänzt, wobei vor allem der Anteil und das Ausmaß der Schädlichkeit des Staubes ermittelt werden. Schließlich soll eine in Auftrag gegebene Messung die Wirkung von Grünflächen und Bepflanzungen auf die Ausbreitung des Verkehrslärms feststellen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden den Arbeitsausschüssen des Beirates zugeleitet werden, können teilweise aber auch sogleich als Grundlagen für Schutzmaßnahmen verwendet werden.

## Stadtstrukturplanung

Anlässlich der eingangs dieses Kapitels erwähnten Aufteilung der Agenden der Magistratsabteilung für Stadt- und Landesplanung mit Wirksamkeit vom 1. April 1972 auf zwei Magistratsabteilungen — Stadtstrukturplanung sowie Flächenwidmungs- und Bebauungsplan — wurden der Stadtstrukturplanung als Tätigkeitsgebiete zugewiesen: die Ausarbeitung von Planungsrichtlinien; die Planung der Verteilung der Nutzungen, anders ausgedrückt, die Standortplanung für Wohnstätten, Arbeitsstätten sowie für Einrichtungen der sozialen und technischen Infrastruktur, aber auch die Planung von der Erholung und Freizeit dienenden Einrichtungen; die Verkehrsplanung, soweit es sich um den öffentlichen und privaten motorisierten Stadtverkehr, den Fußgängerverkehr und die Wien betreffenden Belange des Regional- und Fernverkehrs handelt; die Planung und Erhaltung des Grünraumes im Stadtgebiet und der Landschaft überhaupt; der Umweltschutz in räumlicher Hin-

sicht, und zwar im Zusammenwirken mit der Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordinierung; die generelle Planung der städtebaulichen Gestaltung sowie die Aufstellung von Zeitplänen und Kosten-Nutzen-Berechnungen für die bauliche Entwicklung der Stadt; ferner die Stadterneuerung und Stadterweiterung.

Die Grundlagen der Stadtstrukturplanung, nämlich der zur Verfügung stehende Entwicklungsspielraum und die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung, werden von der Stadtbauamtsdirektion erarbeitet, aber auch von anderen Stellen, wie etwa von der Finanz- und Wirtschaftsplanung. Ebenso müssen die einzelnen Fachkonzepte mit den Planungen der übrigen Stadtverwaltung abgestimmt werden; da hiezu die eigenen Arbeitskräfte nicht immer ausreichten, mußten auch Fachleute des freien Wirtschaftsmarktes hiezu herangezogen werden.

Da die Öffentlichkeit, die politischen Gremien und die übrigen Interessenvertretungen soweit als möglich über die Planungen unterrichtet werden sollen, hatten die Anfragebeantwortungen und die sonstigen Informationsaufgaben einen beträchtlichen Umfang. In diesem Zusammenhang wären die im Jänner 1972 veranstaltete Ausstellung der Ergebnisse des Wettbewerbes bezüglich der Neugestaltung des Karlsplatzes und die Mitarbeit an der anlässlich des Internationalen Kleingartenkongresses im September gezeigten Ausstellung zu erwähnen. Die häufigen Kontakte mit Interessenten und Fachkreisen des Auslandes dienten der gegenseitigen Information. Die Diskussionen über die „Leitlinien für die Stadtentwicklung“ weckten das Interesse der Öffentlichkeit an Planungsproblemen und waren damit von zukunftsweisender Bedeutung. Auch die Mitarbeit von Planungsfachleuten der Wiener Stadtverwaltung in den meisten einschlägigen Arbeitskreisen erbrachte neben der Möglichkeit, die Interessen der Stadt Wien zu vertreten, gegenseitige Anregungen. Schließlich gelang es gerade bei den Fachplanungen, eine stärkere Transparenz der Planungsvorgänge sowie eine bessere Information der Bevölkerung zu erreichen und damit Vorurteile abzubauen.

Im folgenden sollen einige im Jahre 1972 vorzüglich behandelte Planungsthemen, die von allgemeinem Interesse sind, behandelt werden.

Um für Freizeit- und Erholungseinrichtungen vorsorgen zu können, wurden als Grundlage Daten über das sich ständig ändernde Freizeitverhalten der Bevölkerung benötigt. Da dieses Verhalten nicht zuletzt von sozialen Kriterien abhängig ist, wurde eine Erhebung unter aktiv Sporttreibenden durchgeführt. Weiteres diesbezügliches Datenmaterial wurde durch eine Sonderauswertung einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung, die von der Stadtbauamtsdirektion angestellt wurde, gewonnen. Hiebei konnte unter anderem ein Bedarf an Flächen für nichtvereinsgebundene Sportausübung festgestellt werden.

Für ein Sportstättenkonzept wurden zunächst der Bestand an derartigen Einrichtungen und die Kennwerte des derzeitigen Versorgungsstandes ermittelt. Dieses Konzept soll als Grundlage für Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Sportstätten dienen, die dafür notwendigen Aussagen über Standort, Größe, Qualität, Erweiterungsmöglichkeiten sowie die Zuordnung der bestehenden und noch zu schaffenden Sportstätten enthalten, wobei der für ganz Österreich geltende Sportleitplan berücksichtigt wird.

Da den Kindern in der Großstadt für Spiel- und Freizeitbedürfnisse nur wenig Raum zur Verfügung steht und ihre Entwicklung dadurch gefährdet ist, wurden Spielversuche im natürlichen Gelände durchgeführt, um Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation vorschlagen zu können. Hiebei wurde das Verhalten der Großstadtkinder untersucht, um die Erfordernisse und den Beliebtheitsgrad solcher Spielgebiete feststellen zu können. Hauptsächlich sollten die zweckmäßigste Größe, Lage und Belastbarkeit sowie die notwendigen Einrichtungen festgestellt werden. Als Ergebnis wurden Aussagen über die Frequenz und die Kosten sowie — in Abhängigkeit von den Altersstufen — auch Erkenntnisse über die Befriedigung der einzelnen Spielwünsche durch das Angebot in den verschiedenen Spielkategorien gewonnen. Wertvolle Rückschlüsse ließen die bei einer Befragung von den Kindern gemachten Aussagen über ihr Spielverhalten auf den in ihrer Wohnumgebung vorhandenen Spielplätzen, auf die Bedeutung der bestehenden Mangelsituation und die Möglichkeit, dieser abzuhelpen, zu.

Eine weitere Arbeit befaßte sich mit Spielstraßen. Die Straße war früher einer der wichtigsten Lebens- und Aufenthaltsbereiche für die städtische Bevölkerung. Besonders dem Kind, aber auch dem Jugendlichen und Erwachsenen bot die Straße Spiel- und Freizeitmöglichkeiten. Diese Funktion der Straße ist durch die explosionsartige Motorisierung verlorengegangen. Es wurden nun Vorschläge erarbeitet, wieweit es die derzeitige Verkehrsorganisation zuläßt, im dicht bebauten Gebiet Straßen, Gassen und Plätze zur Gänze oder teilweise für den Fahrzeugverkehr zu sperren und als Spielstraßen im ursprünglichen Sinn, als Ort der Begegnung und Entspannung, als bepflanzte Grünräume oder befestigte Hartplätze auszugestalten.

Die Kleingärten haben besonderen Wert für die Erholung der Großstädter. Im Jahre 1972 konnte



Bürgermeister Felix Slavik und Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (Planung) berichten in einer Pressekonferenz im Rathaus über das Ergebnis der 29. Sitzung der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission

#### Planung

Für das Untere Wiental (stark umrandet), eine der markantesten Stadtlandschaften mit vielen ungelösten Problemen, wurde eine städtebauliche Untersuchung in Auftrag gegeben





Stadtrat Hubert Pfoch (Hochbau, zweiter von links) besichtigt die in Bau befindliche städtische Wohnhausanlage Atzgersdorfer Straße—Wastlgasse im 13. Bezirk. Hier entstehen die ersten Wiener Invalidenwohnungen

#### Städtische Wohnhausneubauten

Die neue städtische Wohnhausanlage im 11. Bezirk, Mitterweg



die generelle Projektierung zweier neuer Kleingartenanlagen, Lannéstraße und Löwygrube, abgeschlossen werden.

Der Wert und die Unersetzlichkeit der natürlichen Regenerationsmöglichkeiten ist gerade in den letzten Jahren voll erkannt worden. Deshalb wurden schon seit einiger Zeit für den Westrand von Wien generelle Landschaftsplnungen durchgeführt, um Wege zu finden, dort den Wald-und-Wiesen-Gürtel zu sichern, auszuweiten und zu gestalten. Die Ausläufer des Wienerwaldes bieten eine Vielfalt von Möglichkeiten zur Erholungs- und Freizeitgestaltung, prägen das Stadtbild und beeinflussen das Klima, nicht zuletzt aber sind sie als Komponente der menschlichen Umwelt für das Leben in Wien von größter Bedeutung. Es wurden daher Vorschläge ausgearbeitet, die auf ihre bessere Nutzung während der Freizeit sowie auf ihre leichtere Erreichbarkeit abzielen. Diese Planungsvorschläge wurden zur Verwertung im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan weitergegeben.

Für Wien landschaftlich typisch sind die Weinbaugebiete. Es wurden daher in Zusammenarbeit mit der Wiener Landwirtschaftskammer die Flächen abgegrenzt, die für lange Zeit als Weinbauflächen erhalten bleiben sollen.

Weiters wurde eine Flächenbilanz für den Wald-und-Wiesen-Gürtel für die Zeit von 1905 bis 1970 erstellt und herausgefunden, daß nach Flächenverlusten in den Nachkriegsjahren — die Gründe konnten klagestellt werden — ab 1965 eine starke Erweiterung des Wald-und-Wiesen-Gürtels eingetreten ist. Am 1. Jänner 1970 hatte er ein Ausmaß von 5.200 ha. Es wird erwartet, daß er in den nächsten Jahren mit Hilfe von Planungsmaßnahmen noch erweitert werden kann.

Mehrere Einzeluntersuchungen betrafen die Lobau. Ihre Ergebnisse werden nun zusammengefaßt werden, wobei alle ihre Fauna und Flora beeinflussenden Faktoren, ihre Eignung als Erholungsgebiet sowie ihre landwirtschaftliche Bedeutung berücksichtigt werden sollen. Es wurden auch Unterlagen für eine Rückwidmung von etwa 75 ha Industriegebiet beim Ölhafen in Wald-und-Wiesen-Gürtel geschaffen. Gemeinsam mit dem Stadtforstamt wurde ein Vorschlag ausgearbeitet, welche Maßnahmen in der Lobau sofort zu treffen wären; dazu gehören das Anlegen von Radwegen mit Parkplätzen und Aufforstungsmaßnahmen. Mit diesem Vorschlag sollten Lösungsmöglichkeiten für eine ökologisch stabile und funktionsgerechte Landschaft in der Lobau aufgezeigt werden.

Auch die Alte Donau war Gegenstand verschiedener Arbeiten, die sich unter anderem mit ihrer Funktion als Erholungsraum auseinandersetzen. Dabei wurden die Wasserflächen berücksichtigt, die bei Heranziehung des Entlastungsgerinnes und der Schotterseen verfügbar sind, desgleichen die im Bäderkonzept enthaltenen Bademöglichkeiten. Der Nutzungsplan wurde unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten sowie der Erreichbarkeit des Gebietes entwickelt und sieht frei zugängliche Zonen, Flächen mit halböffentlicher oder privater Nutzung sowie Naturschutz zonen vor.

Im Jahre 1972 wurde auch die generelle Planung eines großräumigen Schotterbadesees in Hirschtetten fertiggestellt. Der Badeteich entstand durch eine Schotterbaggerung und soll nun mit den für die geplante Verwendung nötigen Einrichtungen ausgestaltet werden. Diese Anlage ist Teil eines grundlegenden Konzepts, nach dem für lange Zeit die Versorgung der Bauwirtschaft mit Sand und Schotter sichergestellt und gleichzeitig das Problem der Ablagerung von Abraummateri al gelöst werden könnte. Dabei würde im Nordosten der Stadt ein Grüngürtel mit Wasserflächen und eine durch großflächige Schüttungen gegliederte Landschaft geschaffen werden.

Weiters wurden Überlegungen angestellt, die den Schluß zulassen, daß in Zukunft auch Friedhöfe in das Grün- und Erholungskonzept der Stadt Wien einbezogen und vom Standpunkt der Erhaltung der landschaftlichen und kulturhistorischen Substanz betrachtet werden sollten. Es ist aber zu bedenken, daß sich bei einer solchen mehrfachen Verwendung der Friedhöfe der ohnedies vorhandene Fehlbestand an Friedhofsflächen noch vergrößern würde und grundsätzlich geklärt werden müßte, auf welche Weise dieser Mangel behoben werden könnte.

Neben der Erhaltung des natürlichen Lebensraumes spielt der Umweltschutz in der Planung eine bedeutende Rolle. Voraussetzung für die Reinhaltung der Luft ist die Kenntnis der Quellen und der räumlichen Verteilung der schädlichen Stoffe in der Atmosphäre sowie deren Abhängigkeit von Witterung und Topographie. Um diese zu erlangen, wurde die Einrichtung eines speziellen Meßsystems vorgeschlagen, und es wurden auch dessen Kosten überprüft. Mit Hilfe dieses Meßsystems könnten schnell und großräumig Daten über die Größe und Verteilung von verschiedenen Luftverunreinigungs-komponenten und Aerosolen im Stadtgebiet, aber auch in der Region erfaßt werden.

Einem ähnlichen Zweck dienen die ambulanten Schwefeldioxyd-Messungen in einem Teil des Stadtgebietes. Die Meßergebnisse bilden die Grundlage eines Programms für die Aufstellung stationärer Meßgeräte, mit denen kontinuierlich alle Veränderungen dieses wesentlichen Faktors der Luftverunreinigung erfaßt werden sollen. Bei diesen Messungen konnte der große Einfluß der Industrie auf den Schwefeldioxyd-Gehalt der Luft festgestellt werden.

Messungen der Luftverunreinigungen ebenso wie Lärmmessungen wurden auch anlässlich der Einrichtung einer provisorischen Fußgängerzone in der Inneren Stadt zu Weihnachten 1971 durchgeführt; die Ergebnisse wurden Anfang des Jahres 1972 ausgewertet. Dabei konnte nachgewiesen werden, daß die Beschränkung des Kraftfahrzeugverkehrs eine sehr wesentliche Verbesserung der Luftqualität zur Folge hatte, und zwar wurde eine Minderung der Kohlenmonoxyd-, Stickstoffdioxid- und Bleikonzentration festgestellt.

Im Jahre 1972 wurden anlässlich von Veränderungen in der Verkehrsorganisation neben Verkehrszählungen und Lärmmessungen auch Messungen der Kohlenmonoxyd-Konzentration durchgeführt, um die Einflüsse der Verkehrsmaßnahmen auf die Umwelt erfassen zu können. Die Ergebnisse werden künftige Maßnahmen der Verkehrsorganisation maßgeblich beeinflussen.

Die Umwelt gegen den Lärm und die Abgase von Verkehrswegen abzuschirmen, ist ein besonderes Anliegen der Stadtstrukturplanung. Es wird daher auf entsprechende Schüttungen oder Anpflanzungen sowie auf eine zweckmäßige Einpassung der Verkehrswege in die Landschaft bei allen Verkehrsprojekten geachtet. Dies kommt zum Beispiel bei der Nordostautobahn zum Ausdruck, bei der mit einer generellen Landschaftsplanung für das Gebiet, das sie durchzieht, begonnen wurde. Bei den Untersuchungen des Verkehrslärmes konnte die besondere Bedeutung von verkehrsorganisatorischen Maßnahmen festgestellt werden. Nachweislich wird im dicht bebauten Stadtgebiet durch eine Bündelung der Verkehrsströme die Umweltsituation als Ganzes wesentlich verbessert. Die entlasteten Zonen gewinnen entscheidend, während die Anrainer der Hauptverkehrsadern infolge der relativ geringfügigen Verkehrszunahme in diesen Straßen nur unbedeutende Verschlechterungen hinnehmen müssen, die überdies durch bauliche Maßnahmen, wie die Änderung des Straßenbelages, oder durch eine flüssigere Verkehrsabwicklung ausgeglichen werden können.

Wegen der mannigfachen in Wien zu lösenden Probleme wird die Tätigkeit des Beirates für Fragen des Umweltschutzes, die dieser im Jahre 1972 aufgenommen hat, von der Stadtstrukturplanung mit besonderem Interesse verfolgt; in die Arbeitsausschüsse dieser Institution für Lärm und für biologischen Umwelt- und Naturschutz wurden Vertreter entsendet.

Das starke Wachstum der Stadt an den Randgebieten führte zu einem Absinken der Zahl der Bevölkerung sowie zu einer negativen Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und damit zur Bildung „grauer Zonen“ in den Altbaugebieten. Deshalb verlagerte sich das Interesse an der Stadtentwicklung von der Stadterweiterung auf die Stadterneuerung. Nun stellt heute die Bevölkerung an den Standort der Wohnung Ansprüche, die weit über die Anforderungen an die Wohnungsgröße und -ausstattung hinausgehen; die Verkehrserschließung und Erreichbarkeit, die Umweltverhältnisse und die Infrastruktur des Wohngebietes spielen eine große Rolle. Eine Untersuchung der Stadtbauamtsdirektion ergab, daß kurze Arbeitswege und die Nähe von Grünanlagen neben anderen Umweltfaktoren für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Standort der Wohnung besonders wichtig sind. Damit kommen zu den Fragen der Bauwerkssanierung solche der Baugrundbeschaffung und -freimachung, um diesen Anforderungen gerecht werden zu können. Es ergibt sich daraus aber auch die Notwendigkeit, Arbeitsplätze in den Stadterneuerungsgebieten zu schaffen oder zu erhalten sowie für gute Verkehrsverbindungen, etwa durch eine U-Bahn, zu sorgen, um die Stadterneuerungsgebiete attraktiv zu machen.

Das Individualfahrzeug wird in absehbarer Zeit keinesfalls aus dem Straßenverkehr verschwinden, es ist vielmehr zu erwarten, daß der Wunsch nach dem Besitz eines eigenen Kraftwagens trotz der Benutzungsbeschränkungen, die voraussichtlich auferlegt werden müssen, bestehenbleiben wird; es bedarf daher das Parkplatzproblem der Wohnbevölkerung jedenfalls einer Lösung. Im dicht bebauten Gebiet wird sie nur in Garagenbauten gefunden werden können. Darüber hinaus schafft der in den Straßen der Altbau-Wohngebiete fließende Kraftfahrzeugverkehr Umweltverhältnisse, die sehr wesentlich zur Unzufriedenheit der Bevölkerung beitragen. Es ist daher das Bestreben der Stadtverwaltung, diese Straßen verkehrsfrei zu machen und den Verkehr, der aufrechterhalten werden muß, gebündelt auf geeignete und gut ausgebaute Trassen zu leiten. Diese Aspekte wurden auch im Jahre 1972 bei Änderungen der Verkehrsorganisation im dicht bebauten Stadtgebiet berücksichtigt. Die Straßenflächen der vom Verkehr befreiten Zonen können, sind die abgestellten Kraftfahrzeuge der Bevölkerung in Garagen untergebracht, als Wege für die Zulieferung und für den Fußgänger in Geschäftsbereichen, aber auch für Sport, Spiel und Freizeit sowie als die Wohnfunktion ergänzende Grün- und freie Flächen gewonnen werden. Damit ist eine entscheidende Verbesserung der Umweltsituation in Wohngebieten, was Lärm und Luftqualität anlangt, erreicht. Neben der Anlage von Grünflächen in den Altbau-Wohngebieten auf den so gewonnenen früheren Straßenflächen müßte auch getrachtet werden, die Baublöcke aufzulösen und neue Grünflächen auf bisherigem Bauland zu schaffen.

Im allgemeinen sind in den Altbaugebieten Wiens die technischen Infrastruktureinrichtungen in aus-

reichendem Maße vorhanden, so daß auch in Zukunft eine ausreichende Versorgung dieser Gebiete gewährleistet wäre. Die Sozial- und Bildungseinrichtungen befinden sich allerdings vielfach in schlechtem Zustand und sind auch in ihren Erweiterungsmöglichkeiten beschränkt, ebenso besteht bei der Versorgung mit Erholungs-, Freizeit- und Sporteinrichtungen ein Nachholbedarf; diese Einrichtungen sind aber eine notwendige Voraussetzung für eine zielführende Stadterneuerung.

Verkehrslösungen mußten ferner im Zusammenhang mit der Einrichtung von Fußgängerzonen in der Favoritenstraße und in der Inneren Stadt, vor allem für den Liefer- und Besucherverkehr, gefunden werden. Zahlreiche Einzelprobleme konnten gemeinsam mit der Gruppe Baukoordinierung der Stadtbauamtsdirektion gelöst werden, so daß die diesbezüglichen Planungen voraussichtlich im Jahre 1973 realisiert werden können.

Ferner wurden die Ergebnisse der im Zusammenhang mit der provisorischen Fußgängerzone in der Inneren Stadt, dem „Weihnachtskorso 1971“, durchgeführten Untersuchungen erarbeitet und die Erfahrungen zusammengefaßt. In den hierfür bestimmten Teilen des Grabens, der Kärntner Straße und des Stephansplatzes haben, wie ermittelt wurde, etwa 250 Betriebe ihren Zugang, weitere 350 Betriebe sind in den Stichstraßen ansässig, und die Fenster von etwa 380 Bewohnern münden in eine für den Verkehr gesperrte Straße. Die Passantenzählungen bestätigten die Anziehungskraft der getroffenen Regelung. Befragungen der Besucher der Fußgängerzone sowie der Wohnbevölkerung der angrenzenden Bereiche erbrachten ebenfalls überwiegend positive Ergebnisse. Auch die Geschäftsleute äußerten sich zustimmend und erwähnten, daß bei der Belieferung der Geschäfte keine Schwierigkeiten aufgetreten sind. Der Autobusverkehr genießt zwar durch die Führung in der Fußgängerzone Vorteile, die Benützung nahm aber nicht im erhofften Maße zu, es sprachen sich im Gegenteil Besucher und Geschäftsleute auf Grund ihrer Erfahrungen dagegen aus. Die für die Belieferung getroffene Regelung und vor allem die Stichstraßen haben sich bewährt. An Stelle der im Bereich der provisorischen Fußgängerzone entfallenen wurden 200 Stellplätze für eine Liefertätigkeit während des ganzen Tages und 430 Kurzparkstellplätze auf dem Gelände der Hofburg geschaffen. Besondere Schwierigkeiten wurden nicht festgestellt, auch nicht im umgeleiteten Individualverkehr, hingegen wurde in der Fußgängerzone eine wesentliche Verbesserung der Luftqualität und der Lärmsituation erreicht. Der Versuch, eine provisorische Fußgängerzone in der Inneren Stadt einzurichten, verlief so erfolgreich, daß noch wenige Tage vor Weihnachten 1971 beschlossen wurde, diese unbefristet bestehen zu lassen. Die Ergebnisse der Untersuchungen sowie die gesammelten Erfahrungen bilden wertvolle Unterlagen für die allfällige Einrichtung von weiteren Fußgängerzonen in Wien. Besonders wertvoll erscheint die durch dieses Experiment angeregte Diskussion, die Ansätze eines stärkeren Interesses und einer Beteiligung der Öffentlichkeit an der Planung erkennen läßt.

Der Erfolg der Fußgängerzone führte zu Überlegungen, auf welche Straßen sie ausgedehnt und wie ihre Ausstattung verbessert werden könnte; schließlich drängte sich die Frage nach der Form einer endgültigen baulichen Ausgestaltung der Zone auf. Zunächst wurde eine Ausdehnung der Fußgängerzone auf den bis zur Walfischgasse reichenden Teil der Kärntner Straße und auf die Naglergasse, die eine sehr geringe Breite hat und bereits Durchfahrtsbeschränkungen aufweist, vorgeschlagen. Ein weiterer Vorschlag, der auf die große Zahl der Passanten und den geringen Kraftfahrzeugverkehr an Sonntagen sowie das minimale Aufkommen von motorisiertem Verkehr während der Nacht Bedacht nahm, ging dahin, die Fahrbeschränkungen auf die Nachtstunden und auf die Sonn- und Feiertage auszudehnen. Schließlich führte ein von einer größeren Gruppe von Geschäftsleuten aus der Kärntner Straße an die Stadtverwaltung gerichtetes Memorandum zu dem Entschluß, die Kärntner Straße als Fußgängerzone auszugestalten. Entscheidend hierfür war, daß auch das von der Stadtstrukturplanung erarbeitete Gesamtkonzept für die Innere Stadt den Ausbau der Kärntner Straße als Fußgängerzone empfahl, wie überhaupt die Tendenz besteht, nach Tunlichkeit das Fußgängerzonensystem der Inneren Stadt in den nächsten Jahren schrittweise auszuweiten und den Kraftfahrzeugverkehr aus dem Altstadtbereich zurückzudrängen.

Im Frühjahr 1972 wurde der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission ein zusammenfassender Bericht zu Problemen des ruhenden Verkehrs in Wien vorgelegt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Motorisierung und der Parkraumsituation in den letzten Jahren eine Regulierung der Benutzung von Kraftfahrzeugen im Stadtgebiet notwendig macht und eine solche vor allem durch die Einführung eines Parktarifs erzielt werden könnte. Ferner wurde die Ansicht vertreten, daß es Sache der Kraftfahrzeugbesitzer sei, auf ihre Kosten für eine Unterbringung ihrer privaten Kraftfahrzeuge in der Nähe ihrer Wohnung vorzusorgen. Bezüglich der Inneren Stadt wurde ferner ein Konzept vorgelegt, das gegenüber den zur Zeit verfügbaren 14.000 Stellplätzen auf den Straßen und 4.000 Stellplätzen in Garagen mit der Möglichkeit von maximal 26.000 Stellplätzen rechnet; in dieser Zahl sind bereits die Abstellflächen in den Zufahrtsstraßen berücksichtigt.

Die Zahl der Stellplätze auf Straßen ist darin im Interesse einer Gesamtlösung für die Innere Stadt stark reduziert; 10.000 bis 14.000 Stellplätze müßten in Garagen geschaffen werden. Der Bau von Tiefgaragen mit einer derartigen Zahl von Stellplätzen ist möglich, wie eine Überprüfung ergeben hat.

Für die Behandlung von Tiefgaragenprojekten hat sich innerhalb der Stadtverwaltung eine Vorgehensweise eingespielt, die eine bestmögliche Beratung der Interessenten und Koordinierung der Vorhaben gewährleistet.

Im Jahre 1972 wurden Änderungen von Bestimmungen des Garagengesetzes bezüglich der Verpflichtung zur Einrichtung von Stellplätzen und der Handhabung der Ausgleichsabgabe vorgeschlagen. Ebenso sind hinsichtlich der Tankstellen Änderungen der Bauordnung und des Garagengesetzes vorgesehen, die es ermöglichen würden, den Bau von Tankstellen und von Garagen besser zu steuern. Um Unterlagen für die Behandlung von Fragen zu gewinnen, die die Planung von Tankstellen betreffen, wurde eine Bestandsaufnahme der Tankstellen in Wien durchgeführt.

Mit dem Bundesstraßengesetz 1971, BGBl. Nr. 286/1971, wurden wesentliche Teile des übergeordneten Straßennetzes von Wien zu Bundesstraßen erklärt. Damit entstand für die Stadtverwaltung die Verpflichtung, die generelle Planung aller Bundesstraßenrassen durchzuführen. Diese Arbeiten konnten teilweise abgeschlossen werden.

In den Jahren 1971 und 1972 wurde in einem Kontaktkomitee, in dem die Magistratsabteilungen für Stadtstrukturplanung sowie für Straßenverwaltung und Straßenbau die Interessen Wiens vertraten, eine Reihung aller Bundesstraßenabschnitte im gesamten Bundesgebiet behandelt. Bezüglich der Bundesautobahnen und Bundesschnellstraßen konnte diese Arbeit im Jahre 1972 abgeschlossen werden. Ordnungsmerkmale für diese Reihung waren die Wirtschaftlichkeit, der Ausbauwert für den Verkehr, Fragen der Raumordnung und die Häufigkeit von Verkehrsunfällen auf diesen Straßen. Mit dieser Reihung gelang es, Gebiete von sehr unterschiedlicher Verkehrsstruktur vergleichbar zu machen, wie etwa Gebiete in den Ballungsräumen mit Gebieten geringerer Besiedlungsdichte.

Getrennt für Bundesstraßen A (Autobahnen) und Bundesstraßen S (Schnellstraßen) wurden 5 Dringlichkeitsstufen gewählt, wobei für den Ausbau einer Stufe des A-Netzes 10 Milliarden Schilling und für den einer Stufe des S-Netzes 7 Milliarden Schilling als Ausbaukosten angenommen wurden. Gemessen an dem zu erwartenden Aufkommen an zweckgebundener Bundesmineralölsteuer, können diese Beträge jeweils einer Zeitstufe von etwa 5 Jahren gegenübergestellt werden. Der Anteil des Bundeslandes Wien am gesamten Bundesstraßenbudget der nächsten Jahre wurde wesentlich erhöht, allein für die Bundesautobahnen kann mit einer jährlichen Budgetrate von 500 Millionen Schilling gerechnet werden. Aus diesem Betrag müssen neben den Personalkosten auch die für den Autobahnbau notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen, wie Liegenschaftserwerb oder Einbautenverlegungen, gedeckt werden.

Im Jahre 1972 wurden mehrere Zeit-Kosten-Pläne erstellt; als Beispiel soll der Zeit-Kosten-Plan für die Simmeringer Haide angeführt werden, die als neues Betriebsbaugelände vorgesehen ist. Wegen der großen Zahl notwendiger Einzelmaßnahmen wurde Netzplantechnik unter Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung angewendet und die Zusammenarbeit mit allen betroffenen Stellen gepflogen.

Die Planungsarbeiten für die Wiener U-Bahn wurden im Einvernehmen mit den betroffenen Dienststellen systematisch fortgeführt, so daß mit einer rechtzeitigen Vorlage der Projektvorschläge und Zeit-Kosten-Pläne für die zweite Bauphase gerechnet werden kann.

Unterlagen für einen möglichen Verkehrsverbund wurden gemeinsam mit Niederösterreich und dem Burgenland und im Einvernehmen mit den Verkehrsunternehmen erarbeitet. Das Rahmenprogramm des eingeholten Gutachtens enthält grundsätzliche Aussagen über die Aufgaben eines Verkehrsverbundes, die räumliche Abgrenzung, die Rechts- und Organisationsform, die Planung und Fahrplanbildung sowie über die Tarifbereiche, Einnahmenaufteilung und Wirtschaftsfragen. Auf diesen Unterlagen aufbauend, werden nun in einer verkehrstechnischen Untersuchung die derzeitigen wie zukünftigen Verkehrsabwicklungsmöglichkeiten im Raum von Wien geprüft. Die Gespräche mit den Österreichischen Bundesbahnen bezüglich der Abstimmung der Eisenbahnplanung mit dem Netzentwurf „M“ für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs wurden fortgeführt. Die notwendigen Untersuchungen und Studien wurden einvernehmlich vorgeschlagen, ausgearbeitet und diskutiert. Auch über ein Leitbildmodell für den weiteren Ausbau des Schnellbahnnetzes im Sinne des Netzentwurfes „M“ konnte soweit eine Einigung erzielt werden, daß mit detaillierten Untersuchungen und Kostenschätzungen begonnen werden konnte. Die Fragen der Kostentragung und der Realisierungszeiträume wurden in diesen Gesprächen ausgeklammert.

Am Sektor Luftfahrt konnte mit den Österreichischen Bundesbahnen und mit der Flughafen Wien Betriebs-GmbH eine einvernehmliche Lösung über Lage und Anordnung der Schnellbahn im Bereich des Flughafens Schwechat gefunden werden.

Neben laufenden Untersuchungen zur Festlegung von Standorten von Betriebsstätten und der Koordinierung diesbezüglicher Fragen mit den übrigen Fachbereichen wurden vor allem gemeinsam mit der Magistratsabteilung für Wirtschaftliche Planung und Koordinierung Vorschläge für die vierte Etappe des Betriebsflächenerschließungsprogramms der Stadt Wien ausgearbeitet. Auch im Zusammenhang mit dem bisherigen Erschließungsprogramm waren zahlreiche Detailfragen zu lösen.

## Statistischer Dienst

Auf dem Gebiet der Agrarstatistik wurden mit Stichtag 3. Juni eine große Maschinenzählung, mit Stichtag 30. November eine Erhebung der Weinernte, Weinvorräte und des Weinlageraumes und mit Stichtag 3. Dezember 1972 eine Allgemeine Viehzählung, verbunden mit einer Erhebung der Hausschlachtungen von Stechvieh, durchgeführt. Bei der großen Maschinenzählung, bei der nicht nur bestimmte landwirtschaftliche Maschinen, sondern auch gewisse, dem zeitgemäßen Komfort entsprechende Haushaltsgeräte, wie Kühlschränke und Waschmaschinen, erhoben werden, wurden von 2.552 Maschinenbesitzern Betriebsbogen ausgefüllt. Für die Weinernteerhebung wurden den Magistratischen Bezirksämtern auf Grund der im Statistischen Amt der Stadt Wien ständig weitergeführten Karteien erstellte Listen der Weingartenbesitzer zur Verfügung gestellt. Von den in den Listen genannten Weingartenbesitzern haben nur 981 den ihnen zugesendeten Betriebsbogen ausgefüllt und retourniert; sofern der Grund der Nichtausfüllung — Tod des Besitzers und ungeklärte Nachfolge oder Aufgabe des Weingartens — nicht bereits während der Erhebung bekanntgeworden ist, wurden Nachforschungen eingeleitet. Bei der Allgemeinen Viehzählung wurden von den 127 amtlichen und 88 ehrenamtlichen Zählern, die bei dieser Erhebung eingesetzt waren, 1.303 Tierbesitzer ermittelt; die relativ große Zahl der Zähler war infolge der verstreuten Lage der Tierhaltungen im Stadtgebiet notwendig. Statistische Daten über die Land- und Forstwirtschaft, die Tierhaltung und die veterinärärztliche Tätigkeit in Wien werden in Kapitel 6 des Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien gebracht werden.

Für die Bevölkerungsstatistik wurden etwa 63.000 Zählkarten über Eheschließungen, Lebend- und Totgeburten, Sterbefälle, Selbstmorde und Selbstmordversuche nach einer Vielzahl von Erhebungsmerkmalen und Merkmalskombinationen bearbeitet. Die gewonnenen Ergebnisse wurden nach örtlichen, zeitlichen und sachlichen Unterscheidungen geordnet und in zahlreichen Übersichts- und Spezialtabellen gesammelt. Diese in der Hauptsache als Unterlage für die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Wien verwendeten Übersichten wurden auch dem Österreichischen Statistischen Zentralamt und anderen besonders interessierten Stellen zur Verfügung gestellt. Außerdem waren zahlreiche Anfragen, die von Politikern, verschiedenen Dienststellen, aber auch direkt aus den Kreisen der Bevölkerung telephonisch oder schriftlich gestellt wurden, zu beantworten.

Daten für die Fremdenverkehrsstatistik wurden aus den monatlichen Meldungen von mehr als 200 Fremdenverkehrsbetrieben gewonnen. Mit der am 1. November 1971 in Kraft getretenen Fremdenverkehrsstatistik-Verordnung, BGBl. Nr. 256/1971, wurden eine Aufgliederung nach Güteklassen und eine tageweise Berichterstattung eingeführt, Regelungen, die einen beträchtlichen Arbeitsmehraufwand verursachen. Die erstellte Statistik wurde neben dem Österreichischen Statistischen Zentralamt verschiedenen anderen Stellen zur Verfügung gestellt und in den Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien veröffentlicht.

Ferner wurden aus den monatlichen Berichten von Wiener Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, die von der Stadt Wien oder auch von anderen Institutionen verwaltet werden, eine Krankenanstaltenstatistik erarbeitet. Sie gibt Auskunft über alle das Kranken- und Anstaltenwesen betreffende Fragen, etwa über die Zahl der Betten, der zur Betreuung der Patienten eingesetzten Ärzte und Pflegepersonen, den Zu- und Abgang von Pflegebedürftigen, die Art ihrer Erkrankungen und schließlich über die Dauer des Aufenthaltes der Betreuten. Ihre Ergebnisse wurden im Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien veröffentlicht, aber auch in monatliche und jährliche Berichte zur Information des Österreichischen Statistischen Zentralamtes zusammengefaßt.

Für die amtliche österreichische Preisstatistik wurden monatlich die Mietzinse von 73 Wohnungen, ferner Theater- und Kinopreise sowie einige Tarife erfaßt; zusammen mit den vom Marktamt der Stadt Wien in mehr als 300 Geschäften erhobenen Preisen von nahezu 200 Waren wurden sie überprüft, in Tabellen übertragen und einem aus Vertretern der Kammern und der Gemeindeverwaltung bestehenden örtlichen Preiskomitee vorgelegt. Nach Überprüfung der erhobenen Preise auf ihre Richtigkeit und der Waren auf ihre Identität mit den bei früheren Preisfeststellungen bewerteten wurden die Meldungen an das Österreichische Statistische Zentralamt weitergeleitet. Die

mit der Erstellung der Preisstatistik in Zusammenhang stehenden Kosten wurden der Stadt Wien vom Bund in vierteljährlichen Raten in der Höhe von 27.216 S ersetzt.

Die Schulstatistik wurde aus den statistischen Schulbogen der 405 Wiener Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie der 23 Polytechnischen Lehrgänge erarbeitet. Dabei wurden die Bogen überprüft und die enthaltenen Daten in Tabellen übertragen, die dem Österreichischen Statistischen Zentralamt, aber auch dem Stadtschulrat für Wien, der sie als Entscheidungsunterlage benötigt, übermittelt. Weiters wurden die vom Wiener Jugendamt aufgelegten und von 544 städtischen und privaten Kindergärten ausgefüllten Erhebungsbogen statistisch ausgewertet; die gewonnenen Ergebnisse wurden in einer Kindergartenstatistik verwertet.

Für die Wohnbaustatistik wurden je 4 bis 5 Zählblätter für 1.616 Bauführungen — einschließlich der Zubauten, Abbrüche und sonstigen Baumaßnahmen — in mehreren Arbeitsgängen bearbeitet.

An Sonderzählungen wurden die seit dem Jahre 1969 regelmäßig im März, Juni, September und Dezember stattfindenden Mikrozensuserhebungen weitergeführt; für die Durchführung der Erhebungen waren jeweils 309 Interviewer eingesetzt. Das Sonderprogramm umfaßte im März wie alljährlich eine erweiterte Wohnungserhebung, im Juni wurden Belange des kulturellen Verhaltens erfragt, im September bezogen sich die Fragen auf den beruflichen Werdegang und im Dezember auf Ziele, Dauer und Kosten von Urlaubsreisen. In jedem Quartal wurden von den Interviewern 10.937 Wohnungen aufgesucht. Außerdem wurden Vorbereitungen für die Probeerhebung 1973 zur Konsumerhebung 1974 getroffen.

Zur Information städtischer Mandatäre und Dienststellen wurde statistisches Material beschafft. Während des Jahres erarbeitete wichtige Ergebnisse sowie aus statistischen Erhebungen gewonnene Daten wurden dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien zur Veröffentlichung in der Rathaus-Korrespondenz und zur sonstigen Information der Massenmedien zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden neben den fast täglich begehrten telephonischen Auskünften schriftliche Anfragen amtlicher und wissenschaftlicher Institutionen des In- und Auslandes beantwortet. Schließlich wurden die Wien betreffenden Daten für das „Statistische Jahrbuch österreichischer Städte“ zusammengestellt und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt.

Die vom Statistischen Amt der Stadt Wien erarbeiteten Statistiken wurden vom Österreichischen Statistischen Zentralamt bei der Erstellung der Bundesstatistik verwertet, aber auch in den eigenen Publikationen verwendet. Die vierteljährlich herausgegebenen „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien“ hatten eine Auflage von 650 Stück. Das in 700 Exemplaren herausgebrachte „Statistische Taschenbuch der Stadt Wien 1971“ erschien Anfang Mai 1972. Das „Jahrbuch der Stadt Wien 1971“ hatte wieder zwei Bände, von denen der erste, „Die Verwaltung der Stadt Wien 1971“, Anfang Juli und der zweite, „Das Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1971“, Anfang Dezember 1972 herausgebracht wurden. Die Auflagenzahl der beiden Bände war verschieden hoch, und zwar erschien der den Verwaltungsbericht enthaltende erste Band in 650 Exemplaren, während die Auflagezahl des zweiten Bandes, des „Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien 1971“, wegen der starken Nachfrage 800 Exemplare betrug.

Zur Pflege der Kommunikation mit statistischen Stellen des In- und Auslandes nahmen Vertreter des Statistischen Amtes der Stadt Wien am 20. und 21. April am 4. Tag der Amtlichen Statistik in Innsbruck, vom 13. bis 15. Juni an der Generalversammlung der Internationalen Vereinigung der Städtestatistiker in Helsinki und vom 25. bis 29. September 1972 an der Tagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker und der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Mainz teil. Von Bedeutung war ferner die Mitarbeit in der Statistischen Zentralkommission sowie in deren Fachberäten und Arbeitsgruppen, die Gelegenheit gab, die Interessen der Stadt Wien zu wahren.

Die statistische Fachbibliothek hatte einen Zuwachs von 31 Werken beziehungsweise 531 Bänden zu verzeichnen, unter denen sich 120 regelmäßig erscheinende Zeitschriften — ein Jahrgang einer Zeitschrift wird als ein Band gezählt — befanden. Die Bücher wurden zum größten Teil durch Tausch gegen Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien erworben und nur in geringem Ausmaß durch Kauf. Mit 121 Tauschpartnern wurde ein regelmäßiger Tauschverkehr unterhalten.

Von den im Jahre 1971 ausgeschiedenen Werken wurden 589 von der Wiener Stadtbibliothek sowie vom Archiv der Stadt und des Landes Wien, weitere 21 vom Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum übernommen, für die Verwertung der verbliebenen, ausgeschiedenen Bücher sorgte das Beschaffungsamt der Stadt Wien.

## Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

Bei der Aufteilung der Agenden der ehemaligen Magistratsabteilung für Stadt- und Landesplanung wurde die Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung weitgehend geschlossen einer einzigen, neu gegründeten Magistratsabteilung übertragen; lediglich spezielle Projekte, vor allem solche, die Verkehrswege und Grünflächen betreffen, werden von der Magistratsabteilung für Stadtstrukturplanung bearbeitet.

Die noch im Verlande der Stadt- und Landesplanung begonnenen Vorarbeiten zur Neufassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für größere Teile des dicht bebauten Stadtgebietes, die als „Bezirkbearbeitungen“ bezeichnet werden, wurden fortgesetzt. Spezielle Arbeiten betrafen kleinere Bereiche, in denen stärkere Eingriffe in die bestehende Struktur die räumlichen Zusammenhänge grundlegend ändern werden. So wurden für ein städtebauliches Gutachten bezüglich der Einfügung des Verkehrsbauwerkes Philadelphiabrücke in seine Umgebung die Grundlagen erarbeitet. Ähnliche Vorbereitungsaufgaben wurden mit der städtebaulichen Studie „Zentrum Landstraße“ erfüllt; hier soll in Verbindung mit großangelegten Projekten ein attraktives innerstädtisches Zentrum geschaffen werden. Weitere Untersuchungen größerer Gebiete betrafen den Donaukanal, das untere Wiental, die Favoritenstraße und die Sanierung von Stadtteilen.

Eine zwar schon vor längerer Zeit angeregte, aber in den letzten Jahren in zunehmendem Maße beachtete Möglichkeit, das Leben in der Stadt zu gestalten, ist die Einrichtung von Fußgängerzonen, die bisher aber nur für zentrale Bereiche wie Geschäftsstraßen vorgeschlagen wurde. Um Planungsgrundlagen für Fußgängerzonen in derartigen Gebieten zu schaffen, wurden die Auswirkungen der provisorischen Fußgängerzonenregelung in der Inneren Stadt eingehend untersucht: zunächst wurden die Befragungen von Passanten und Kaufleuten sowie die Beobachtungen während des „Weihnachtskorsos 1971“ ausgewertet, interpretiert und zusammengefaßt, dann wurden die Auswirkungen auf die Citybewohner nachgeprüft. Die gewonnenen Erkenntnisse werden bei der städtebaulichen Ausgestaltung der Plätze mit den für das Funktionieren einer solchen Zone notwendigen Einrichtungen im 10. Bezirk verwertet werden. Die „Fußgängerzone Favoritenstraße“ wird in drei Abschnitten eingerichtet und die Gebiete um den Columbusplatz, den Viktor Adler-Platz und den Keplerplatz umfassen. Im Gegensatz zum „Generalplan“ und zum „Stadtentwicklungsplan“ sind die Zielsetzungen des Bebauungsplanes auf verbindliche Detailfestlegungen ausgerichtet. Der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ist zwar nur ein Planungsinstrument unter vielen, doch nimmt er infolge seiner Gültigkeit für das ganze Stadtgebiet und seiner rechtlichen Wirksamkeit eine zentrale Stellung unter den Planungsergebnissen ein.

Für Maßnahmen, die ganz oder teilweise von der öffentlichen Hand zu tragen sind, werden von der Stadtplanung Projekte ausgearbeitet. Die Festlegung und Gestaltung derartiger Projekte bietet die Möglichkeit, unmittelbar verändernd in das Stadtbild einzugreifen. Da hiebei auch alle Vorstellungen der Planung verwirklicht werden können, kommt ihr besondere Bedeutung zu. Gebiete, in denen größere Eingriffe in den Baubestand sowie die Struktur verändernde Projekte geplant waren, wurden umfassenden städtebaulichen Untersuchungen unterzogen.

Die städtebauliche Studie „Donaukanal“ sollte ein städtebauliches Leitbild für die Stadterneuerung sowie für Verkehrsprojekte erbringen. Da die Donaukanalbegleitstraßen als Verkehrsachse gedacht sind, ergab sich das Problem, städtebaulich günstige und dem motorisierten Verkehr gerecht werdende Lösungen zu finden. Überdies eröffnete der U-Bahn-Bau neue Impulse und Möglichkeiten. Auch die Erweiterung des Stadtkerns erfolgt hauptsächlich in der Richtung gegen den Donaukanal zu. Es wurden daher auf Grund städtebaulicher, soziologischer, hygienischer, klimatischer und ökonomischer Analysen Vorschläge zur Gestaltung der an diesen anrainenden Gebiete ausgearbeitet.

Ähnliche Aufgaben waren bei einer städtebaulichen Untersuchung des unteren Wientales zu lösen. Für dieses sollte ein operativer Entwicklungsplan unter Heranziehung von Kosten-Nutzen-Rechnungen ausgearbeitet werden. Im Rahmen dieser Studie konnten für den Naschmarkt Varianten zur Lösung der Verkehrs- und Marktprobleme als Entscheidungsgrundlage vorbereitet werden.

Die städtebauliche Studie „Zentrum Landstraße“ sollte Möglichkeiten aufzeigen, den durch die günstige Verkehrslage hervorgerufenen Entwicklungsdruck zu steuern. Das Studium einiger städtebaulicher Varianten führte zu dem Vorschlag, eine Fußgängerzone einzurichten.

Umfassende städtebauliche Studien befaßten sich weiters mit der Favoritenstraße, vor allem mit der künftigen Fußgängerzone, und mit dem Bereich Meidlinger Hauptstraße — Philadelphiabrücke. In allen diesen Fällen waren neben Problemen, die im Zusammenhang mit geplanten Projekten standen, Fragen der Stadterneuerung zu behandeln.

Zur Stadterneuerung wurden Studien über abgewohnte Viertel eingeleitet und die Erneuerungsmöglichkeiten erfaßt. Als mögliche Lösung bietet sich unter anderem die Block- oder Einzelsanierung an, bei der wirtschaftliche, soziale, hygienische und bautechnische Aspekte, aber auch die Finanzierungsmöglichkeiten zu berücksichtigen sind. Um zu einem Assanierungsplan zu gelangen, sollen nach und nach sämtliche Erneuerungsflächen im gesamten Stadtgebiet nach vorher überprüften Kriterien eingeordnet werden.

Da Verkehrsprojekte immer städtebauliche Gestaltungsprobleme aufwerfen, sind mit der Projektbearbeitung Gestaltungsvorgänge zu verbinden. Beispiele hierfür sind die Ausgestaltung der Praterstraße und des Nestroyplatzes, des Pratersterns oder der Anschlußstelle Favoriten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau. Anlässlich der Arbeiten an einem Konzept für die Gestaltung der Inneren Stadt wurden hingegen nicht nur Vorschläge für bauliche Schutzzonen gemacht, es wurde auch erwogen, welche Form den Fußgängerzonen gegeben werden könnte. Mit der Gestaltung der ganzen Stadt beschäftigte sich eine erste Fassung eines Hochhauskonzepts, das, mit Rücksicht auf das Stadtbild und die städtebauliche Gliederung, eine Grundlage für eine systematische Lenkung der Verdichtungen im Stadtgebiet ergeben sollte. Weitere größere Arbeiten befaßten sich, im Anschluß an Wohnbauprojekte, mit der Entwicklung neuer Stadtteile. So wurde ein Gutachten für das Gebiet Sahulkastraße — Neilreichgasse im 10. Gemeindebezirk erstellt, um eine Wahl zwischen mehreren ausgearbeiteten Bebauungsvarianten treffen zu können. Das Gutachten setzt sich mit der Baumassengliederung sowie mit der voraussichtlich günstigsten Wohnungsstruktur auseinander und enthält auch den Nachweis der konstruktiven Realisierbarkeit; es kann somit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zugrunde gelegt werden. Dieselben Aufgaben waren für die Gebiete, 21, Siemensstraße, und 22, südlich der Aderklaaer Straße, zu bewältigen. Weitere Untersuchungen galten der Lösung von Spezialfragen, wie etwa die Windkanalversuche für die Bebauung von innerstädtischen Gebieten.

Hauptsächlich waren, der Geschäftsordnung entsprechend, Entwürfe zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zu erstellen, wobei für die Stadterneuerung und die Stadterweiterung verschiedene Arbeitsmethoden anzuwenden waren. Handelt es sich bei der Stadterneuerung vornehmlich um die Sanierung von Gebieten, deren Bebauung aus der Gründerzeit stammt und die eine zu hohe Baudichte und hygienische Mißstände aufweisen, in denen der öffentliche und individuelle Verkehr neu organisiert werden müssen, also Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität zu setzen sind, so ist bei der Stadterweiterung überhaupt erst eine Stadtstruktur zu schaffen. Der umfangreichste Entwurf bereitete Stadterneuerungsmaßnahmen in einem großen Teil des dicht bebauten Gebietes im 10. Gemeindebezirk vor. Im Anschluß an diesen wurden, wegen verkehrsorganisatorischer Maßnahmen, auch Entwürfe für Teile des 11. Bezirkes, und zwar für die Gebiete an der Geiselbergstraße und Simmeringer Hauptstraße, ausgearbeitet. Weiters wurden Entwürfe zu den Bebauungsplänen von einem Teil des 12. Gemeindebezirkes, einschließlich des Bereiches um den „Gaudenzdorfer Knoten“, sowie von größeren Gebieten im 23. Bezirk, nämlich für die ehemaligen Ortschaften Atzgersdorf und Liesing, aber auch für Bezirksteile an der Breitenfurter Straße und Triester Straße, erstellt. Derartige Bebauungsplan-Vorentwürfe liegen auch für größere Teile der Bezirke 3 bis 9, 14 bis 17 und 20 vor.

Die Entwicklung am Stadtrand bringt es mit sich, daß neue Wohnbau-, aber auch Betriebsansiedlungsprojekte in die Stadtstruktur eingefügt werden müssen. Beispiele hierfür sind am südlichen Stadtrand, an der Entwicklung Achse Meidling-Siebenhirten, die Errichtung von Wohnhausanlagen Am Schöpfwerk sowie des Wohnparks Alt-Erlaa, ferner die Betriebsansiedlung im Wiener Flur in Siebenhirten. Am linken Donauufer handelt es sich um die Bebauung des Gebietes Donauefeld; hier sind Stadterweiterung und Stadterneuerung eng miteinander verflochten.

Wichtige Einzelmaßnahmen der Stadtentwicklung, für die Detailentwürfe erstellt wurden, betrafen das Zentrum Landstraße, ferner die Freihausgründe im 4. Bezirk, die zur Erweiterung der Technischen Hochschule herangezogen werden, und das künftige Bezirkszentrum Kagran.

Im Jahre 1972 wurden rund 115 Anträge auf Abänderung oder Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet und dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt. Im Wege der Baubehörde langten 2.936 Ansuchen um Bekanntgabe der Fluchtlinien ein. In 1.017 Fällen wurden auf Initiative von Privatpersonen oder Dienststellen Fragen des Bebauungsplanes untersucht und Anträge auf Abänderung desselben an die beschlußfassende Körperschaft gestellt. Weiters mußten zu einer Vielzahl von Bauverhandlungen Sachverständige in beratender Funktion entsendet werden. Einen ziemlichen Arbeitsaufwand verursachten weiters die sehr zahlreich eingelangten Ansuchen auf Grund des Wohnungsverbesserungsgesetzes 1969.

## Stadtvermessung

Zu Anfang des Jahres 1972 wurde ein zweites Luftbildauswertegerät beschafft. Dadurch konnten neben den laufenden Arbeiten für Zwecke der Stadtkarte Sonderauswertungen durchgeführt werden. So wurden aus Luftbildern großmaßstäbliche Projektgrundlagen für die Donaukanalbegleitstraße, ergänzt durch eine numerische Auswertung und Berechnung von mehr als 5.000 Naturpunkten, fertiggestellt. Über den derzeitigen Bauzustand der WIG 74 wurde eine Planunterlage im Maßstab 1:500 geschaffen, um darin die Lage der unterirdischen Einbauten festzuhalten. Eine Luftbildauswertung im Maßstab 1:1000 des Geländes der Kleingartenanlage Wasserwiese vergleicht den Baubestand des Jahres 1971 mit dem Stand von 1964, um die ohne Konsens entstandenen Neu- und Zubauten zu erfassen. Eine weitere Auswertung, die ein entlang des Donaukanals, vom Trabrennplatz bis zum Praterspitz, sich hinziehendes Gebiet darstellt, ergänzt die Projektunterlage für den verbesserten Hochwasserschutz. Das Ergebnis eines bereits im Jahre 1960 durchgeführten Bildfluges wurde ausgewertet, um das noch ungestörte Gelände bei der Schottergrube Hirschstetten im Maßstab 1:1000 darzustellen, auf dem der „Badeteich Hirschstetten“ entstehen soll. Neben diesen Sonderaufgaben wurden 43 Stadtkartenblätter photogrammetrisch neu ausgewertet. Diese Leistung ist um so beachtlicher, als nach dem Abgang von zwei Bildmeßtechnikern nur noch ein einziger vollausgebildeter Techniker verblieb, dem bloß ein Bediensteter zur Seite stand, dessen Ausbildung noch nicht abgeschlossen ist.

Die Bildmessung wird in steigendem Maße zur Anfertigung von Bildkonstruktionen, das sind exakte Photomontagen, herangezogen. Im Jahre 1972 waren zum Beispiel mehrere Varianten neuer Senderstandorte im Bereiche des Wienerwaldes und mehrere Projekte eines Personalwohnhauses für das Altersheim Lainz zu untersuchen. Weiters wurden Bildkonstruktionen für die Bauvorhaben Schönbrunner Straße 293, für die Fernmeldezentrale Arsenal, die Hochhausgruppe Heiligenstädter Lände 27 und 29, das Hotelprojekt Auhof, das Hochhaus Sagedergasse und andere Bauten ausgeführt.

Die Umstellung des städtischen Höhenfestpunktnetzes auf elektronische Datenverarbeitung wurde abgeschlossen. In Zukunft werden die Ergebnisse des städtischen Feinnivellements sofort so gespeichert, daß das Verzeichnis der Festpunkte, jeweils mit dem letzten Stand, im Rechenzentrum abgerufen werden kann. Für den allgemeinen Gebrauch wird zu Beginn des Jahres 1973 eine Neuauflage des Höhenfestpunktnetzes herausgegeben werden.

Weiters wurden im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau bis Ende des Jahres 1972 mehr als 2.000 Höhenkontrollbolzen angebracht sowie die erforderlichen Nullmessungen und Berechnungen durchgeführt, aber auch die besonders aufwendige ständige Kontrolle der Anschlußfestpunkte wurde vorgenommen. Daneben wurden auf zahlreichen anderen städtischen Baustellen Setzungsmessungen vorgenommen, so etwa an der Stephanskirche, am linken Donausammelkanal, bei einem Bohrpfahlversuch im Allgemeinen Krankenhaus sowie an Brückenbauten im Zuge der Autobahn und bei Schulneubauten.

Die Haupttätigkeit der Kartographen lag wie schon in den vergangenen Jahren bei der Fortführung der Stadtkarte. Insgesamt 40 Stadtkartenblätter wurden für den Erstdruck freigegeben oder fertiggestellt und 60 Blätter zum Nachdruck vorbereitet. 85 Situationsfolien wurden bearbeitet oder nach Reambulierung fortgeführt, weitere 27 Folien für den Grauaufdruck des Baubestandes wurden neu angefertigt. Der Bebauungsplan konnte auf insgesamt 85 Blätter für den Druck neu eingearbeitet werden, und auf 30 vorhandenen Bebauungsfolien wurden sämtliche Veränderungen nachgeführt. Für 44 Blätter wurden Schriftfolien hergestellt und für weitere 30 Blätter Satzsetzungsmanuskripte für die Druckerei angefertigt. Für 11 Blätter wurden die Höhenschichten rein gezeichnet; für weitere 38 Stadtkartenblätter wurde die Katasterdarstellung neu bereitgestellt.

Die restlichen 11 Blätter für den bisher noch fehlenden Bereich des Stadtgebietes im Stadtkartenmaßstab 1:5000 konnten fertiggestellt werden, so daß jetzt die Pläne für das ganze Stadtgebiet auch in diesem Maßstab vorliegen.

Die Originalfolien der Städtischen Kartenwerke wurden für nahezu 4.500 Vergrößerungen, Verkleinerungen und Teilausschnitte, die von anderen Dienststellen, aber auch von der Reproduktionsstelle der Plan- und Schriftenkammer benötigt wurden, zur Verfügung gestellt. Diese Arbeiten waren ein Beweis für die vielfältige Verwendbarkeit der Stadtkarte.

Wegen ihrer besonderen zeichnerischen Fähigkeiten wurden die Kartographen auch für Spezialaufgaben eingesetzt, unter anderem zur Anfertigung von Plandarstellungen für Bürgerversammlungen und Pressekonferenzen. Beispiele solcher Darstellungen wären die Einbahnregelung am Ring und der Verlauf der U-Bahn in Favoriten. Besonders schwierig war eine Arbeit aus der thematischen Kartographie, eine Darstellung des Vorkommens von Pflanzengesellschaften in den Hochlagen von

Schneeberg und Rax, als Grundlage für Aufforstungsmaßnahmen. Weiters wurden die Kartenbeilagen für die geplanten Schutzzonen zur Altstadterhaltung sowie neue Übersichtskarten der Wiener Katasterpläne, des städtischen Höhenfestpunktnetzes und der Zählbezirke angefertigt.

Eine Vielzahl von vermessungstechnischen Arbeiten war für die Wasserwerke und das Stadtforstamt durchzuführen. Unter anderem waren während der Abkehr der Hochquellenwasserleitungen verschiedene spezielle Vermessungen im Leitungstollen vorzunehmen. Weiters waren nach Drainagierungsarbeiten im Bereich der II. Wiener Hochquellenleitung zahlreiche Bestandsaufnahmen zu machen.

Auf den städtischen Großbaustellen waren ständig vier Diplomingenieure und eine größere Anzahl von Vermessungstechnikern mit ingenieurgeodätischen Messungen befaßt. Im einzelnen handelte es sich hierbei um U-Bahn- sowie um Autobahnbaustellen, umfangreiche Baumaßnahmen für die WIG 74, die Großkläranlage Simmering, den Ausbau der Klosterneuburger Bundesstraße und der Donaukanalbegleitstraßen, ferner um große Hochbauvorhaben und beabsichtigte Straßenausbauten.

Für das städtische Liegenschaftswesen wurden nahezu 400 Teilungs- und Grundeinlösungspläne verfaßt sowie alle damit zusammenhängenden Erhebungen, Verhandlungen und Einreichungen bei Behörden verrichtet. Um eine bessere und raschere Bauvorbereitung für städtische Projekte zu gewährleisten, werden die Ansuchen um Fluchtlinienbekanntgabe nun zentral für sämtliche städtische Bauvorhaben besorgt. Diese Neuerung hat sich in den mehr als 70 behandelten Fällen, für die Lagepläne zu ergänzen und umfangreiche Erhebungen vorzunehmen waren, bewährt.

Die Grenzen städtischer Liegenschaften in und außerhalb von Wien werden durch deren Eintragung in Pläne gesichert. Diesen Arbeiten gehen Verhandlungen an Ort und Stelle unter Beziehung der Anrainer voraus; außerdem sind Grenzprotokolle zu verfassen. Zur Grenzsicherung und im Zuge von Enteignungsverfahren wurden im Jahre 1972 insgesamt 185 Grenzfeststellungen vorgenommen. Weitere umfangreiche Grenzsicherungen waren vor dem Bau der III. Wiener Wasserleitung notwendig.

Zur grundbücherlichen Sicherstellung von Krediten für städtische Bauvorhaben wurde unter Mitwirkung der Stadtvermessung ein Verfahren vereinbart, das vor der Schaffung des Bauplatzes die Zusammenlegung der Grundstücke in eine Einlagezahl vorsieht. Hiefür waren den beteiligten Dienststellen revidierte Planunterlagen zur Verfügung zu stellen und für die Intabulierung der Hypothek geeignete Grundstücke bekanntzugeben.

Im Jahre 1972 wurden für städtische Bauvorhaben insgesamt 398 umfangreiche vermessungstechnische und rechnerische Projektgrundlagen verfaßt und zur Verfügung gestellt. Neben Lage- und Höhenplänen für städtische Wohnbauvorhaben waren es unter anderem vermessungstechnische Unterlagen für U-Bahn-Teilstrecken, Kanalbauten, Straßenbauvorhaben, Einbautenverlegungen sowie für die Errichtung von Kindergärten und Bädern.

Um auf Großbaustellen die Längen- und Breitenlage von neuverlegten Einbauten in Plänen festhalten zu können, ist seit mehreren Jahren ein besonderer Meßtrup in ständigem Einsatz. Diese Arbeiten dienen zugleich der Vorbereitung eines Leitungskatasters.

Personalmangel und Zeitknappheit führten dazu, daß vermessungstechnische Arbeiten an freischaffende Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergeben werden mußten. Die Kostensumme dieser Aufträge erreichte den Betrag von 21,017.590 S. Allerdings war die vermehrte Vergabe von Aufträgen an Ziviltechniker mit einem Ansteigen der Verwaltungsarbeit verbunden. Es gelang aber trotzdem, die wichtigen und dringenden Geschäftsfälle termingerecht zu erledigen.

Hier wäre noch zu vermerken, daß seit dem Ende des zweiten Weltkrieges überhaupt ein ständiges Ansteigen der an die Stadtvermessung gestellten Anforderungen zu verzeichnen ist. Im Jahre 1972 langten 6.220 Dienststücke ein, 5.656 konnten erledigt werden. In dieser summarischen Angabe sind die vielfältigen und oft mit einem großen Arbeitsaufwand verbundenen Leistungen der Ingenieure und Techniker der Stadtvermessung auf den großen Baustellen der Stadt Wien nicht berücksichtigt. Die im Ingenieurkammergesetz 1969 vorgesehenen Erhöhungen der Stundensätze für Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen sowie die mit dem Umsatzsteuergesetz 1972 im Zusammenhang stehenden Änderungen in der Berechnung von Leistungen, die bei Anbotsverhandlungen und bei der Überprüfung von Rechnungen zu beachten sind, verursachten einen zusätzlichen Arbeitsaufwand.

Schließlich waren zu den von der Verbindungsstelle der Bundesländer wegen der beabsichtigten Novellierung des Vermessungsgesetzes 1968 einberufenen Expertentagungen sachverständige Vertreter zu entsenden und in einschlägigen Angelegenheiten zum Teil sehr umfangreiche Gutachten abzugeben.

## Plan- und Schriftenkammer

Die auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 9. Dezember 1971, Pr.Z. 3894 (MD — 3223/71), mit Entschließung des Bürgermeisters vom 13. Dezember 1971 ab 1. Jänner 1972 geänderte Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurde einem bereits bestehenden Zustand gerecht und erweiterte den Aufgabenkreis der Plan- und Schriftenkammer um die mit der Mikroverfilmung zusammenhängenden Agenden. Daraufhin lud diese als technische Fachstelle der Stadt Wien in Fragen der Mikroverfilmung, nach Absprache mit der Verbindungsstelle der Bundesländer und mit dem Österreichischen Städtebund, im Rahmen der von ihr angeregten Arbeitsgemeinschaft der Bundesländer über den Einsatz des Mikrofilms in der Verwaltung zu einem 1. Arbeitsseminar am 12. und 13. Juni 1972 in Wien ein. Von den 26 Teilnehmern wurde das sehr komplexe Arbeitsgebiet eingehend erörtert und eine Empfehlung erarbeitet, die dazu auffordert, den Mikrofilm als ein wesentliches Hilfsmittel zur Verwaltung anzusehen und seine Verwendung zu fördern, wobei auf die Einsatzmöglichkeiten hingewiesen wurde. Eine an die Verbindungsstelle der Bundesländer gerichtete Bitte geht dahin, das Bundeskanzleramt zu ersuchen, die mit der Anwendung des Mikrofilms in der Verwaltung verbundenen Rechtsfragen zu untersuchen und die für seinen Einsatz in diesem Arbeitsgebiet notwendigen und zweckmäßigen gesetzlichen Maßnahmen einzuleiten. Diese Empfehlung fußt auf den in jahrelangem Bemühen der Plan- und Schriftenkammer zusammengetragenen Erfahrungen, die das Bestreben rechtfertigen, der Verwendung des Mikrofilms in wesentlichen Teilen der Verwaltung rechtliche Anerkennung zu verschaffen. Es hat auch der Ministerrat in seiner Sitzung vom 22. August 1972, unter Vorsitz von Vizekanzler Ing. Häuser, dem Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Handelsgesetzbuch und die Bundesabgabenordnung bezüglich der Verwendung von Datenträgern geändert werden sollen, bereits zugestimmt.

Vorträge und Diskussionen im Rahmen des Fachprogramms des Europäischen Mikrofilmkongresses, der vom 14. bis 16. November 1972 in Mainz tagte und an dem 565 Experten aus der Bundesrepublik Deutschland sowie 219 Sachverständige aus 23 anderen Ländern teilnahmen, zeigten, wie weit Mikrofilm und elektronische Datenverarbeitung bereits in Industrie und kommunaler Verwaltung Eingang gefunden haben. Der Mikrofilm ist geeignet, den Engpaß bei der Datenausgabe mit Hilfe der elektronischen Schnelldrucker zu beseitigen, kann aber auch als kombinierter Dokumenten- und Informationsspeicher in integrierten Informationssystemen verwendet werden.

Erhebungen bei bauausführenden, planenden und projektierenden Dienststellen haben ergeben, daß an der Verfilmung des Plangutes und an der regelmäßigen Versorgung mit aktualisierten Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen mittels Mikrofilms größtes Interesse besteht. Die Feuerwehr der Stadt Wien hat besonderes Interesse an der Farbmikroverfilmung ihrer Ausrückpläne bekundet.

Versuchsweise wurden dokumentierte technische Fachzeitschriften nicht wie bisher üblich gebunden, sondern mikroverfilmt; dadurch wurde eine etwa neunzigprozentige Raumersparnis und, obwohl diese Arbeit an Firmen vergeben wurde, eine Kosteneinsparung von rund 57 Prozent erzielt.

Die photographische Dokumentation von Großbaustellen mit ihrem oft technisch aufwendigen Aufnahmeverfahren ist zur Routine geworden. Weiters bieten nun auf pausfähigen Materialien aufgerasterte Luftbildaufnahmen wirtschaftliche, aktuelle Projekts- und Planungsunterlagen. Es wurde auch eine 16-mm-Filmkamera angeschafft, mit deren Hilfe es gelingen wird, interessante Versuche der Baustoffprüfung, wie Zerreißproben und Biegeversuche bis zum Bruch, gefahrlos für die Dokumentation aufzunehmen.

## Architektur

Vorwiegend wurden im Jahre 1972 Entwürfe und Pläne für das städtische Wohn- und Nutzbauprogramm ausgeführt, daneben wurden private Bauwerber bei ihren Planungsprojekten beraten. 142 größere und kleinere Projekte wurden von Angehörigen der Magistratsabteilung für Architektur, 309 Planungsaufträge für 105 Nutz- und 91 Wohnbauten von freischaffenden Architekten bearbeitet; bei 63 Aufträgen zu 29 Projekten handelte es sich um Neuvergaben. Für nichtstädtische Bauvorhaben, die einer Baubewilligung bedurften, wurden annähernd 6.000 Beratungen erteilt; 5.707 dieser Beratungen erforderten schriftliche Stellungnahmen. Weiters wurden auf Grund von Untersuchungen zur Wohnwertverbesserung von Alt- und Neubauten, aber auch für die Altstadtanpassung, für Fußgängerzonen, für Einstellplätze und für die Schulbaureform Studien ausgearbeitet.

Derartige Studien, die im Einvernehmen mit der für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zuständigen Magistratsabteilung verfaßt wurden, schlagen grundsätzliche architektonische Lösungen für die Bebauung des Handelskais im 2. Bezirk sowie für einige Gebiete in Ottakring vor; auf diesen Arealen könnten etwa 850 Wohneinheiten geschaffen werden. Diese Vorschläge bezüglich des Aus-

sehens, der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit wurden offen diskutiert und die günstigsten Lösungen ausgewählt. Im Zentrum der Per Albin Hansson-Siedlung Ost werden bei Bauten bereits neue Wohnformen realisiert, für die Bebauung der Trabrennvereinsgründe im 22. Bezirk konnten derartige Pläne nahezu fertiggestellt werden. Es handelt sich hierbei um sechs- bis sechzehngeschossige, um offene und geschlossene Höfe gruppierte Wohnbauten, die insgesamt ca. 2.500 Wohnungen umfassen werden. Die Bauten weisen verschiedenartige Gestaltung auf. Es finden sich Dreispänner und Mittelganhäuser, Split-Level-Bauten mit halbgeschossiger Wohnungsanordnung und Laubenganghäuser, wie sie als Lärmabschirmung nahe der Wagramer Straße errichtet wurden. Zur Versorgung des Nahbereiches dieser Anlage wird ein Einkaufszentrum, das von der künftigen U-Bahn-Station gut erreichbar ist, geschaffen werden. Dieses Zentrum wird, um die Versorgung der künftigen Bewohner ab dem Bezug der Wohnungen zu gewährleisten, gleichzeitig mit den übrigen Baukörpern errichtet und bei deren Besiedlung betriebsbereit sein. Seine Lage wurde nach eingehenden Überlegungen, die sich mit der Wirtschaftlichkeit, der baulichen Realisierbarkeit, der Fußgehersituation, der Warenanlieferung und der Entfernung zu den einzelnen Wohnbauten auseinandersetzen, bestimmt, wobei ein Gutachten des Wiener Instituts für Standortberatung (WIST) zu Rate gezogen wurde.

Vorschläge für die Wohnwertverbesserung wurden jedoch nicht nur für neu zu errichtende Wohnungen ausgearbeitet, sondern auch für bereits bestehende Bauten aus der Zwischenkriegszeit. Ein Beispiel hierfür ist die Siedlung Lockerwiese im 13. Gemeindebezirk, eine der ersten von der Stadt Wien errichteten, zweigeschossigen Reihenhaussiedlungen, die wegen ihrer Lage in einem Villenbezirk beachtlichen Wohnwert besitzt. Von Bewohnern dieser Siedlung langten in letzter Zeit in steigender Zahl Ansuchen um die Bewilligung einer Wohnungsvergrößerung durch einen hofseitigen Anbau ein. Eine Nachschau ergab, daß diese Siedlung an den Straßenfronten einen durchaus guten Eindruck machte, aber die Hofseiten hielten einer Kritik nicht stand. Dort befinden sich die verschiedensten Anbauten, vom einfachen Dachlattengerüst bis zu Stahl- und Mauerwerkskonstruktionen mit Seitenwänden, die oft sogar die ganze Häuserbreite einnehmen und bis zu den Fenstern des oberen Stockwerkes reichen. Die verwendeten Materialien entsprechen in Form und Farbe dem Geschmack und den finanziellen Möglichkeiten der Bewohner. Diesen war es darum gegangen, einen gedeckten Freiplatz zu schaffen oder auf eine sonstige Art die Wohnfläche zu vergrößern. So verständlich das Bemühen dieser Leute ist, einer Legitimierung dieses Zustandes kann nicht zugestimmt werden. Nun ist es richtig, daß die Wohnungen dieser Anlage den heutigen, gehobenen Wohnbedürfnissen nicht mehr entsprechen. Es wurden daher nach Anhören der Wünsche der Mieter Vorschläge ausgearbeitet, auf welche Weise die Wohnflächen vergrößert und damit der Wohnwert der Anlage gehoben werden könnte. Die vorgeschlagenen Variationen sehen einen Sitzplatz mit Pergola, einen überdeckten Sitzplatz, einen massiven Abstellraum, eine Pergola mit einem Abstellraum, einen massiven Zubau mit einer seitlich angeordneten Pergola sowie einen massiven Zubau über die ganze Hausbreite vor. Grundbedingung für eine gefällige Gestaltung ist jedoch, daß auch bei verschiedenen Anbautypen eine Ausführung in einheitlichen Materialien und einheitliche Konstruktionen vorgeschrieben werden. Der Mieter kann sich dann, nach seinen finanziellen Möglichkeiten, für die ihm entsprechende Type entscheiden und diese mit behördlicher Genehmigung errichten.

Weitere sechs abgeschlossene Studien betreffen den Umbau von städtischen Wohnhausanlagen aus der Zwischenkriegszeit. Mit diesen wurden Pläne zur Sanierung und Verbesserung der Wohnungsqualität durch bauliche Veränderungen, teilweise auch durch eine Änderung der Nutzung, ausgearbeitet. Diese Studien stellen nicht nur Überlegungen bezüglich der praktischen Durchführbarkeit an, es werden auch die Kosten und die Wirtschaftlichkeit der Änderungen berücksichtigt. Zunächst war zu bedenken, welche Kosten aus der Sanierung entstehen; dies war verhältnismäßig leicht festzustellen. Dann ergab sich die Frage, ob und in welchem Maße die Kosten auf die Mieten überwälzt werden könnten; hier ergeben sich meistens dadurch Schwierigkeiten, daß die juristischen Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft werden. Die Studien zeigen daher die Alternativen und deren finanzielle Konsequenzen auf. Ob der Kostenaufwand bei einem Abbruch und Neubau wirtschaftlich gerechtfertigt ist, kann allerdings nur annäherungsweise angegeben werden. Wird nämlich Wirtschaftlichkeit als das Verhältnis von Nutzen zu Aufwand verstanden, so sind auf der Nutzen-Seite einige wichtige Komponenten nur schwer errechenbar. Zu diesen zählen die Wohnwertverbesserung durch die Sanierung, die Restnutzungsdauer des sanierten Gebäudes, die Nutzungsdauer eines an Stelle des Altbaues errichteten Neubaus, die Entwicklung der Kapitalszinsen sowie die Entwicklung der Umweltqualität in dem Wohnviertel, in dem die Bauten stehen. Es muß versucht werden, möglichst viele dieser Komponenten quantitativ zu erfassen und solche, bei denen das nicht gelingt, durch plausible Annahmen zu berücksichtigen. Das Ziel ist, die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen auf eine möglichst umfassende und zugleich möglichst objektive Basis zu stellen.

Eine andere Arbeit befaßte sich mit der nachträglichen Ausstattung der städtischen Althäuser mit Außenaufzügen. Sie zeigte die verschiedensten konstruktiven Möglichkeiten auf. Soll jedoch beurteilt werden, welche Aufzugsturmlosung angemessen wäre, muß die Gesamtwirkung des Einzelobjekts oder der Wohnhausanlage beachtet werden.

Ein Novum besonderer Art ist der Bau einer mehrgeschossigen Palettengarage an Stelle eines Wohnhauses. In dicht bebauten Gebieten, wie eben versuchsweise in Ottakring, wo mehrere kleinere, nicht weit auseinanderliegende Lückenverbauungen fast immer unlösbare Probleme bezüglich der Unterbringung von Stellplätzen für Personenkraftwagen aufwerfen, wird an Stelle eines Wohnobjekts ein Garagenobjekt errichtet, das die Personenkraftwagen der Bewohner der übrigen Objekte aufnehmen kann. Versuchsweise wird nun eine dreigeschossige Palettengarage in 16, Deinhardsteingasse 12-14, errichtet, welche die Personenkraftwagen der Bewohner von vier anderen Objekten nämlich der Wohnhausbauten in der Friedrich Kaiser-Gasse, Ecke Feßtgasse, Eckmüllnergasse und Abelegasse, sowie des Hauses Habergasse 86 aufnehmen soll.

Eine weitere Studie befaßt sich mit den Möglichkeiten zur Erhöhung der Attraktivität von dicht bebauten Stadtgebieten. Ihr liegt der Gedanke zugrunde, sanierungsbedürftige Wohnbauten, etwa solche mit Innenhöfen, als Erholungsflächen umzuwidmen und entsprechend zu adaptieren. Hierbei soll die Einrichtung speziell auf den Altersaufbau der Benutzer, seien es Kinder, Jugendliche oder Berufstätige, zugeschnitten, nach sportmedizinischen Gesichtspunkten gestaltet werden und eine körperliche wie seelische Entspannung ermöglichen.

Im Zusammenhang mit der WIG 74 als Ausflugsgebiet und dem zukünftigen Kurzentrum Ober-Laa wurde im Einvernehmen mit dem Kulturred der Stadt Wien eine Studie ausgearbeitet, die Vorschläge enthält, wie die alten Ortskerne von Ober- und Unter-Laa, aus der Römerzeit stammende Siedlungen, neu gestaltet werden könnten. Sie umfaßt alle Häuser an der Ober-Laaer Straße sowie am Kirchenplatz und zeigt, wie, bei gleichzeitiger Verbesserung der Bausubstanz, durch entsprechende Formung und Farbgebung der pannische Charakter wieder zur Geltung gebracht werden sollte. Auch die Grünanlagen einschließlich der Kurpromenaden sowie alle baulichen Veränderungen müßten in Zukunft so gestaltet werden, daß dieser Kurort als Ausflugsort Anziehungskraft erlangen, den Heilungsuchenden und deren Besuchern aber angenehmen Aufenthalt und Erholung bieten würde.

Ergänzend zu der bereits 1971 durchgeführten Untersuchung über „Die Auswirkung neuer pädagogischer Konzepte auf die Planungsvorbereitung, die Planung und die Durchführung des Schulbaues“ wurden Vorschläge ausgearbeitet, die auf einen reibungsloseren Ablauf der Verwaltungsarbeiten und somit eine erhöhte Wirtschaftlichkeit abzielen. Neue leitbildhafte Vorstellungen, auf welche Weise ein Bildungszentrum geschaffen werden könnte, wurden in knapper Form dargestellt und könnten eine Reform der derzeitigen Verwaltungsstruktur bewirken. Zunächst werden die Bedürfnisse der Bevölkerung insgesamt wie auch von Bevölkerungsgruppen, die von Verwaltungsstellen befriedigt werden sollen, erfaßt. Dann wird der Ablauf der Arbeit, in Einzelhandlungen aufgegliedert, und das Zusammenspiel der Verwaltungsdienststellen dargestellt. Auf diese Weise wird das räumliche Konzept für den Bau eines integrierten Bildungszentrums gewonnen, das der kontinuierlichen Schulreform entspricht.

Weiters wurde versucht, die Schulbaukosten zu senken. Hierzu wurde ein Volksschulprototyp entwickelt, der zwar gleichbleibende Elemente, die im Montageverfahren erzeugt werden, aufweist, bei dem aber doch eine Änderung des Grundrisses möglich ist. Dieser Schultyp wird in 2, Vorgartenstraße, gebaut und stand zu Ende des Jahres 1972 knapp vor der Vollendung. Die hierbei gesammelten Erfahrungen dienen als Grundlage für die Ausschreibung weiterer Bauten des gleichen Systems. Mit nur geringfügigen Abänderungen soll eine derartige Schule in 23, Anton Baumgartner-Straße, errichtet werden.

## Städtische Wohnhausneubauten

Zu Beginn des Jahres 1972 waren etwa 8.500 Wohnungen im Bau, 4.742 davon wurden bis Jahresende fertiggestellt. Einschließlich dieser Wohnungen hat die Stadt Wien seit dem Jahre 1945 etwa 116.000 Wohnungen errichtet.

Von den Wohnhausbauten, an denen im Jahre 1972 gearbeitet wurde, sollen hier einige städtebaulich, architektonisch oder wegen ihrer Zweckbestimmung bemerkenswerte besprochen werden.

Im Jahre 1970 wurde in 3, Schlachthausgasse 43, mit dem Bau eines siebengeschossigen Wohnhauses begonnen, in dem vor allem Personen, die im nahegelegenen Mautner Markhof'schen Kinderhospital tätig sind, Wohnungen erhalten sollen. Der Bau umfaßt insgesamt 97 Wohnungen, die aus je einem Wohnschlafraum mit einer Kochnische, einem Vorraum und einem mit einer Badegelegen-

heit sowie einem Wasserklosett ausgestatteten Raum besteht. Als Sonderausstattung ist eine Elektrokleinküchenkombination eingebaut.

Mit der Übergabe des 4. und 6. Bauteiles der Per Albin Hansson-Siedlung Ost an die städtische Wohnhäuserverwaltung wurden rund 4.200 Wohnungen zum Bezug freigegeben. An weiteren 110 Wohnungen des 7. Bauteiles wurden die Arbeiten fortgesetzt, und im Zentrum wurde mit dem Bau von 414 Wohnungen begonnen.

Eines der Schwerpunktgebiete des Wohnungsbaues, Simmering, hatte mit der Fertigstellung des ersten Bauteiles der Wohnhausanlage, 11, Mühlängergasse, sowie des zweiten und dritten Bauteiles der Anlage, 11, Thürndlhofstraße, einen Gewinn von nahezu 2.000 Wohnungen zu verzeichnen; beide Wohnhausanlagen werden noch durch je einen Bauteil ergänzt werden.

Auf dem rund 25.000 m<sup>2</sup> großen Areal, 19, Krottenbachstraße 122, entstanden 30 Häuser mit insgesamt 233 Wohnungen. Die nur zwei- bis dreigeschossigen Baublöcke fügen sich harmonisch in die Umgebung. Architektonisch bemerkenswert sind ein Gartengeschoß, dessen Untergeschoß teilweise in Säulen aufgelöst ist, sowie das in jedem Baublock zentral angeordnete Stiegenhaus, das durch eine Glaskuppel belichtet wird.

Die in der Großfeldsiedlung bis Ende 1971 fertiggestellten rund 3.700 Wohnungen vermehrten sich im Jahre 1972 um weitere 1.050. Zu Jahresende waren noch etwa 750 Wohnungen im Bau.

In der Wohnhausanlage, 22, Ziegelhofstraße, konnten bereits 300 Wohnungen des im Jahre 1971 begonnenen ersten Bauteiles fertiggestellt werden; mit den Arbeiten an den etwa 870 Wohnungen des zweiten Bauteiles wurde begonnen.

Architektonisch interessant sind auch die im Zentrum der Per Albin Hansson-Siedlung Ost begonnenen Bauten. Ein Zukunftswunsch der Planer von Wohnhausbauten wäre, Wohnungen mit dazugehörigen Gärten zu schaffen, doch wird das Wohnen im Einfamilienhaus in verdichteten Bauformen kaum realisierbar sein. Der städtebaulichen Eigenart am ehesten gerecht wird die Wohnform des Terrassenhauses, die den Wohnwert einer Stockwerkswohnung doch dem eines Einfamilienhauses annähert. Diese Überlegungen liegen der Planung des Zentrums der Per Albin Hansson-Siedlung zugrunde. Die Wohnhausanlage wird in Form eines Laubenganghauses errichtet, dessen Baukörper kammerartig ausgebildet ist. Von den Erschließungstürmen mit dreieckigem Querschnitt, die Stiegenhäuser, Liftanlagen und Versorgungsleitungen aufnehmen, führen laubengangartige, geschlossene Verbindungsgänge zu den Wohnungen, deren Loggien terrassenförmig zurückgesetzt sind. Die im Jahre 1972 gebauten Wohnungen haben eine durchschnittliche Bodenfläche von 80 m<sup>2</sup>. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Loggien und auch die Badezimmer vergrößert wurden, um ihren Wohnwert zu erhöhen. Da der Trend zum eigenen Personenkraftwagen zunimmt — Prognosen für das nächste Jahrzehnt sprechen von einer Zunahme um nahezu 50 Prozent — ist damit zu rechnen, daß künftige gesetzliche Regelungen für Wohnbauten eine höhere Zahl von Stellplätzen vorschreiben werden, als das derzeit geltende Garagensetz vorsieht. Wollte man die in Zukunft benötigten Stellplätze nur zu ebener Erde anlegen, verbliebe kaum Platz für Grünflächen. Es werden daher die Stellplätze in mehreren Etagen untergebracht werden müssen. Als Lösungen bieten sich Hoch- oder Tiefgaragen an. Unterirdische Stellplätze haben den Vorteil, daß für den Wohnhausbau verwendbares Bauland nicht verlorengelassen und freie Flächen als Grünflächen gestaltet werden können. Der kommunale Wohnhausbau umfaßt daher auch heute schon derartige Garagenbauten. Es wurden bisher schon mehrere zweigeschossige Garagen errichtet, die Arbeiten an einer dreigeschossigen offenen Hochgarage waren zu Ende des Jahres 1972 noch nicht abgeschlossen. Bei einer Anzahl von Bauten sind ferner Tiefgaragen und Einstellplätze im Keller vorgesehen. In einem Assanierungsgebiet, in dem hoher Grundwasserstand die Errichtung einer Tiefgarage unmöglich macht oder zumindest den Bau verteuern würde, ist geplant, eine zentrale dreigeschossige, offene, abgedeckte Hochgarage für vier Wohnhausbauten zu errichten.

Von Bedeutung ist die Mitarbeit der Magistratsabteilung für Wohnhausbau in dem von der Stadtbauamtsdirektion geschaffenen allgemeinen Fachreferat, die unter anderem darin besteht, daß verschiedene Ausführungen versuchsweise erprobt werden. Die Ergebnisse und gewonnenen Erkenntnisse werden dann anderen Fachabteilungen zugänglich gemacht. Im Jahre 1972 wurden Reihenuntersuchungen bezüglich der Schalldichtheit verschiedener Fenstersysteme durchgeführt. In Zukunft sollen nämlich Wohnhausanlagen, die an vom Auto- und Straßenbahnverkehr besonders frequentierten Straßenzügen liegen, mit schalldämmenden Fenstern versehen werden. Es wurden aber auch eigene Forschungsaufträge auf den Gebieten des Wärme- und Schallschutzes sowie zur Untersuchung des Wohnwertes verschiedener Wohnformen, ferner zur Klärung von Belangen der Hygiene und der Kosten von Garagenbauten vergeben.

Um die Anwendung der elektronischen Baumassenabrechnung auf den Baustellen zu forcieren,

wurden Personalschulungen durchgeführt. Der gleichen Absicht dienten Tests für den Einsatz der Netzplantechnik. Die elektronische Baumassenabrechnung konnte insofern erweitert werden, als nun auch die Fakturierung maschinell vorgenommen werden kann, und zwar wurde die vorerst bei einigen Bauten nur auf die Erdarbeiten beschränkte Fakturierung, welche an die Stelle der sehr komplizierten Ausmaßabrechnung getreten ist, versuchsweise für die gesamte Bauabrechnung verwendet. Allerdings mußten zunächst die Kostenvoranschläge für Erd-, Baumeister- und Stahlbetonarbeiten in eine für die Datenverarbeitung geeignete Form gebracht werden.

## **Bauliche Ersatzvornahmen, technische Begutachtung von Darlehensanträgen**

Bei den notstandspolizeilichen Maßnahmen und Ersatzvornahmen trat im Jahre 1972 eine wesentliche Zunahme ein; Grund hierfür war das Erdbeben, das sich im Frühjahr 1972 ereignete. Insgesamt wurden wegen Schäden an Gebäuden 66 notstandspolizeiliche Maßnahmen beantragt und 47 auch tatsächlich ausgeführt. In 688 Fällen, in denen Eigentümer von Liegenschaften oder deren Bevollmächtigte baupolizeilichen Aufträgen nicht nachgekommen waren, wurden von der Baupolizei Ersatzvornahmen beantragt. 512 solcher Anträge mit einer geschätzten Kostensumme von 33,938.000 S, über die die Magistratsabteilung für administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten zu entscheiden hatte, wurden an diese, mit entsprechenden Gutachten belegt, weitergeleitet. 87 Ersatzvornahmen wurden zugestimmt, 20 davon von Amts wegen durchgeführt. In weiteren 20 Fällen wurden bezüglich angeordneter Maßnahmen Vollstreckungsverfügungen erlassen. Zur Hereinbringung der Kosten von 295 notstandspolizeilichen Maßnahmen, einschließlich der Hilfeleistungen der Feuerwehr und der von der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark vorgenommenen Abschränkungen, wurden 420.395 S und für die 20 durchgeführten Ersatzvornahmen 3,856.737 S mittels Bescheid zum Ersatz vorgeschrieben.

Zur Entscheidung über die wirtschaftliche Zumutbarkeit von Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohngebäuden fanden 44 Sitzungen der „Dreierkommissionen“ statt. Als Grundlage für baubehördliche Abbruchaufträge wurden 253 Gutachten ausgearbeitet und 1.203 verschiedene technische Begutachtungen vorgenommen. Zu 15 von der Baupolizei anberaumten Ortsaugenscheinsverhandlungen wurden Sachverständige in beratender Funktion entsendet. Außerdem wurden für 428 Wohnungen Räumungsaufträge erteilt.

Ferner wurden bei 33 Anträgen auf Bewilligung von zinsfreien Darlehen der Stadt Wien für die Herstellung baupolizeilich aufgetragener Anschlüsse von Liegenschaften an das öffentliche Kanalnetz die miteingereichten Kostenvoranschläge überprüft; diese wiesen eine Kostensumme von 1,711.575 S aus.

Mit Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds 1948 wurden 11 Wohnhausbauten mit einer Kostensumme von 114,245.600 S im Jahre 1972 fertiggestellt; seit dem Jahre 1948 wurden somit 6.338 Wohnhauswiederaufbauten mit 10.443,599.689 S gefördert.

Für die Wohnbauförderung 1968 wurden 366 Förderungsanträge mit einer Kostensumme von 3.507,760.570 S überprüft, um rund ein Drittel mehr als im Jahre 1971.

Die bereits genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten 11 Wohnhauswiederaufbauten werden noch zu Ende geführt; die übrigen, an den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds 1948 gerichteten Darlehensansuchen wurden in die Wohnbauförderung 1968 übernommen. Bei veralteten Bauweisen und Grundrissen wurde eine neuerliche Planung und Baubewilligung zur Voraussetzung der weiteren Behandlung der Anträge gemacht.

Von den Schlichtungsstellen und Gerichten langten 4.213 Anträge auf Instandsetzung oder Verbesserung von Wohnbauten gemäß § 7 und § 8 Mietengesetz zur Überprüfung der beigelegten Kostenvoranschläge auf die Notwendigkeit der vorgesehenen Arbeiten und die Angemessenheit der hierfür ausgewiesenen Kosten ein; in derartigen Angelegenheiten wurden 4.517 Dienststücke erledigt. Bei 1.135 Anträgen gemäß § 7 Mietengesetz und 1.181 zu solchen Anträgen eingereichten Nachträgen, denen Kostenvoranschläge für Instandsetzungen mit Kostensummen von 494,104.643 S und 75,198.852 S zugrunde lagen, ergaben sich nach der Überprüfung Kostensummen von 366,755.023 S und 51,143.530 S; bei der Überprüfung von 1.294 Rechnungen für bereits durchgeführte Instandsetzungen wurde die Kostensumme von 432,037.068 S auf 400,913.703 S, somit um rund 31 Millionen Schilling, herabgesetzt. Für die Verbesserung von Wohnhausbauten nach § 8 Mietengesetz wurden 907 Anträge und sonstige Anfragen behandelt.

Nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 426/1969, wurden 531 Vorbegutachtungen vorgenommen. Von Hauseigentümern langten 416 Anträge für Verbesserungen mit

voraussichtlichen Baukosten von 85 Millionen Schilling, von Mietern 502 Anträge mit einer voraussichtlichen Kostensumme von 17 Millionen Schilling ein; nach Überprüfung der Kostenvoranschläge wurden die Baukosten auf 68 beziehungsweise 14 Millionen Schilling berichtigt. 407 Baufälle mit einer Kostensumme von 55,3 Millionen Schilling wurden im Jahre 1972 abgerechnet.

Bei den Verbesserungen handelte es sich in 31 Fällen um Aufzüge, in 661 um Zentral- oder Etagenheizungen, in 4 um Zentralwaschküchen, in 536 um die Einrichtung von Bädern und in 382 Fällen um die Installation von Wasserklosetten in Wohnungen. 7/5 Verbesserungsanträge waren auf die Neuverlegung oder Verstärkung von Gas-, Wasser- und elektrischen Leitungen gerichtet. In 44 Fällen bestand die Verbesserung in einer Zusammenlegung oder Teilung von Wohnungen, und 110 Anträge hatten Verbesserungen von Küchen oder sonstigen Wohnungsteilen zum Gegenstand.

Die Novelle zum Wohnungsverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 268/1972, brachte die Möglichkeit für Wohnungsmieter und Nutzungsberechtigte, Förderungsmaßnahmen nach diesem Gesetz selbständig zu beantragen. Dadurch stieg die Zahl der Verbesserungsanträge gegenüber dem Vorjahr auf das Doppelte an.

Die Bürgerschaftsfonds GmbH Wien förderte im Jahre 1972 den Einbau von Bädern, Wasserklosetts und Waschtischen in 28 Beherbergungsbetrieben. In diesen Fällen überwachte die Magistratsabteilung für technische Prüfung bei Wohnbauförderungen, bauliche Ersatzvornahmen und technische Amtsgutachten über private Wohnbauten die technische Ausführung und die Einhaltung der Richtlinien.

## Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten

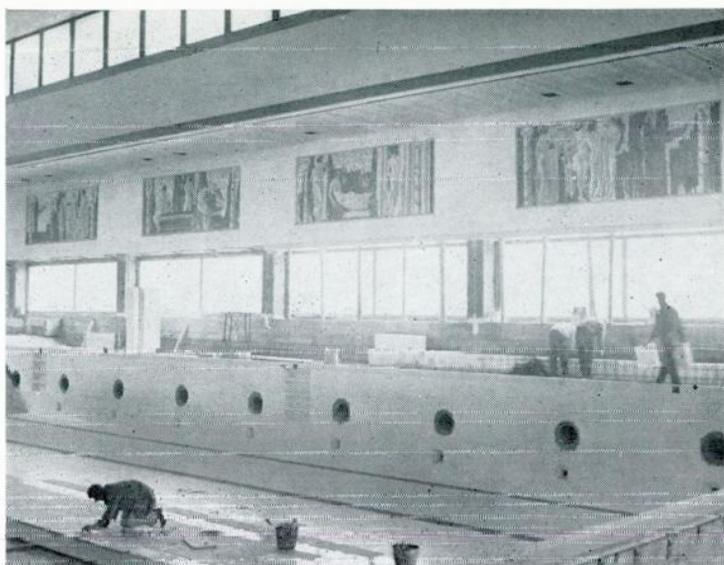
Wie in den Vorjahren wurden neben größeren Erhaltungs- und Adaptierungsarbeiten Neubauten für die verschiedensten Zwecke ausgeführt. Besonders dem Bau von Pflichtschulen kam wegen der Errichtung ganzer Wohnviertel an der Peripherie der Stadt Gewicht zu. Für 9 Schulen, die sich auf die Bezirke 11, 12, 14, 21, 22 und 23, also auf die hauptsächlichsten Stadterweiterungsgebiete, verteilen, wurden Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten durchgeführt, die zumeist den Neubau ganzer Schulgebäude und nur in zwei Fällen Zubauten zu bereits bestehenden Schulen zum Ziele hatten. Auch die im Jahre 1972 begonnenen Bauten sind zum Teil notwendige Ergänzungen zu bestehenden Schulen, wie der Zubau eines Turnsaales zur Schule, 4, Schöffergasse, Erweiterungsbauten für 6 beziehungsweise 4 Klassen zu den Schulen, 8, Pfeilgasse, und 11, Wilhelm Kreß-Platz, und die Errichtung einer Rundturnhalle für die Schule, 22, Meißnergasse. Schulneubauten werden in 9, Marktgasse 31-35, wo das Gebäude Räumlichkeiten für eine Schule, eine Jugendzahnklinik und eine Tiefgarage umfassen wird, sowie in 11, Mühlisangergasse, gebaut. Die Lösung, daß zunächst als Schulen verwendete Gebäude später als Wohnhäuser dienen können, wird in 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, sowie bei dem Bau von zwei derartigen Gebäuden in der Großfeldsiedlung, im 21. Bezirk, verwirklicht. Die Bauarbeiten an den bereits im Jahre 1971 begonnenen Schulneubauten wurden zügig fortgesetzt. Fertiggestellt werden konnten neue Schulgebäude in 10, Per Albin Hansson-Siedlung Zentrum — dieses mit Ausnahme der Rundturnhalle —, in 11, Haekkelplatz, in 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße (Haupt- und Sonderschule), und in 21, Großfeldsiedlung, Herchenhahngasse, sowie der vierklassige Schulerweiterungsbau in 11, Wilhelm Kreß-Platz.

Um den vorübergehenden Spitzenbedarf an Schulklassen decken zu können, wurden 34 mobile Schulklassen gekauft und bei Schulen im 11., 12., 13., 14., 16. und 19. Bezirk, vor allem aber im 21., 22. und 23. Bezirk aufgestellt.

Umbauten und Modernisierungsarbeiten wurden an 27 Schulgebäuden vorgenommen, die sich auf nahezu alle Bezirke Wiens verteilen.

Bei den für Berufsschulen ausgeführten Arbeiten ist der Beginn des Neubaus der Berufsschule für das Gastgewerbe in 12, Längenfeldgasse, hervorzuheben. An der Berufsschule für Fleischer in 3, Viehmarktgasse 3-5, wurde die Dacheindeckung erneuert und am II. Zentralberufsschulgebäude in 15, Hütteldorfer Straße 7-17, instandgesetzt. Die Modernisierungsarbeiten am Labor für Elektrotechnik und der Umbau der Zentralheizungsanlage wurden im I. Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, neben verschiedenen Instandsetzungsarbeiten fortgesetzt.

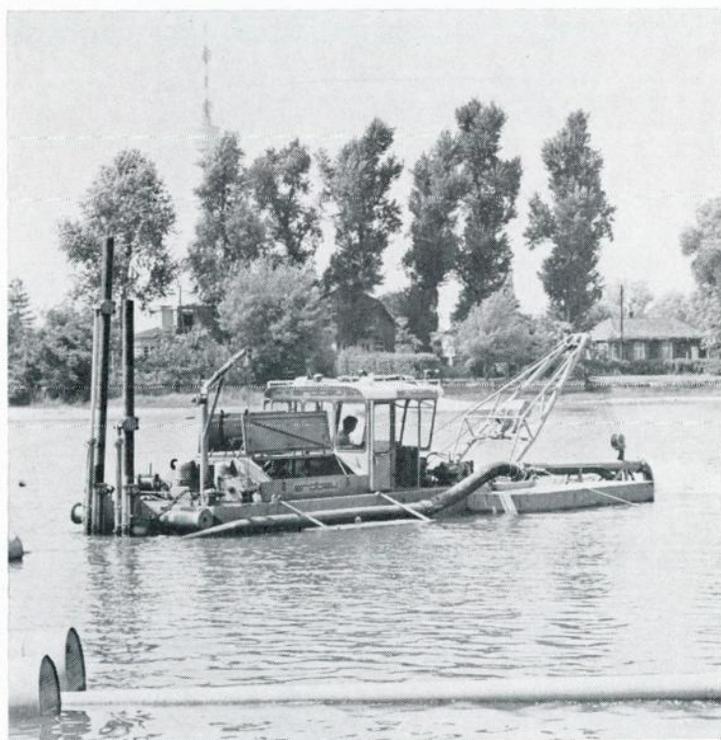
In der Modeschule der Stadt Wien, 12, Hetzendorfer Straße 79, wurde die Westfassade instandgesetzt, und auch am Gebäude der Wiener Urania, 1, Uraniastraße 1, mußten verschiedene Erhaltungsarbeiten vorgenommen werden. Im Konservatorium der Stadt Wien, 1, Johannesgasse 4 a, das aufgestockt wurde, konnten die neuen Klassen bereits für den Schulbetrieb verwendet werden; der Umbau des Erdgeschosses und die Instandsetzung des gesamten übrigen Gebäudes wurden fortgesetzt.



Die große Schwimmhalle des neuen Dianabades steht vor der Vollendung

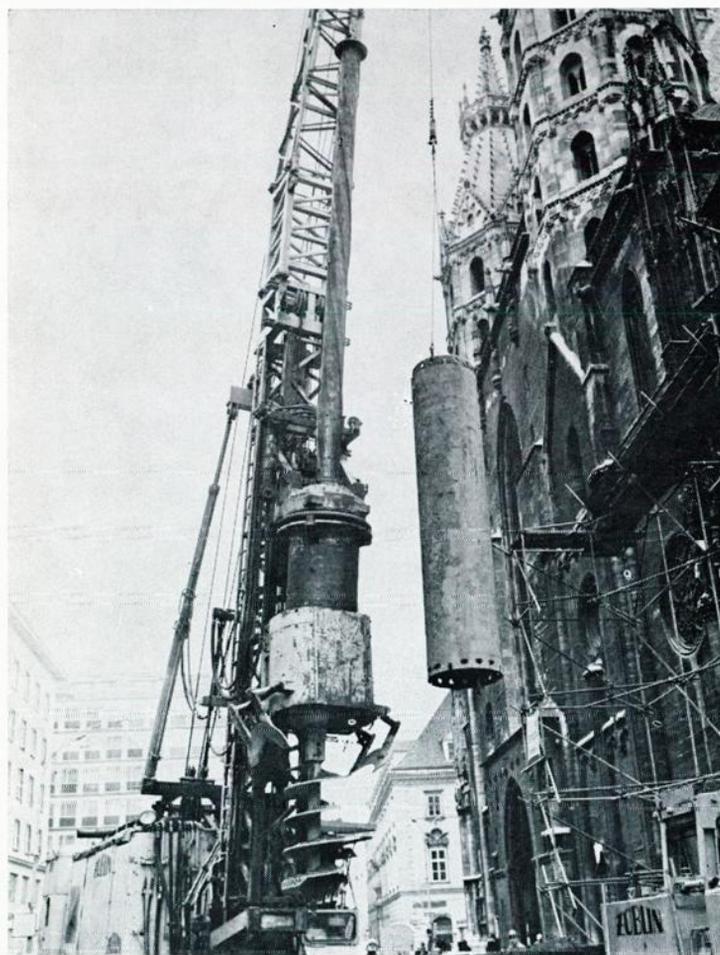
#### Städtische Bäder

Ein moderner Saugbagger befreit die Strände im Gänschäufel und im Strandbad Alte Donau vom Schlamm



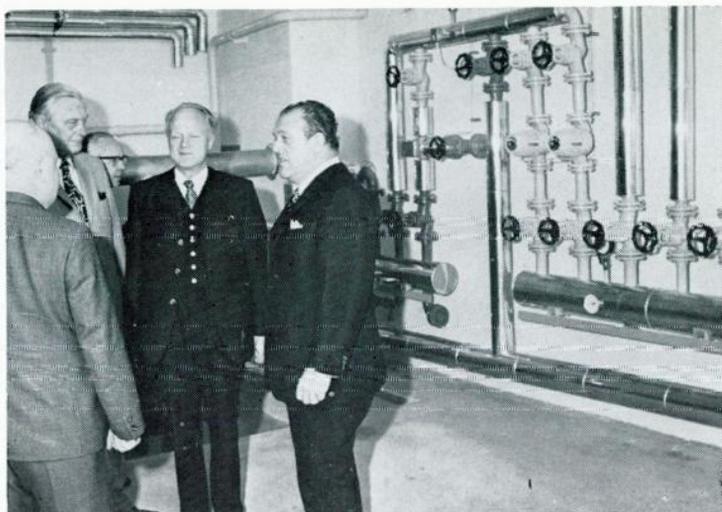


Der erste U-Bahn-Wagen wurde vom Simmeringer Werk der Simmering-Graz-Pauker AG fertiggestellt



U-Bahn-Bau

Zur Sicherung des Stephansdoms wird vor den eigentlichen Bauarbeiten eine 54 Meter lange und 32 Meter tiefe Bohrpfehlwand errichtet

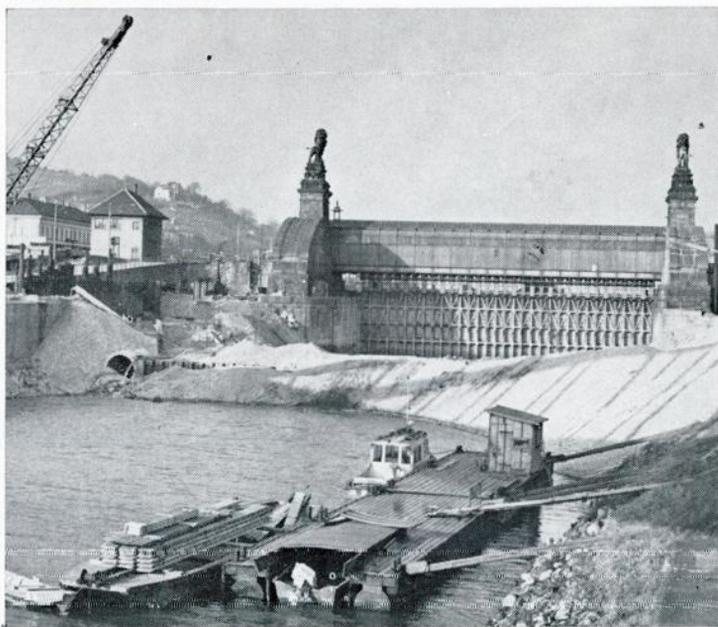


Stadtrat Kurt Heller (Tiefbau) im neuen Betriebsgebäude der Magistratsabteilung für Kanalisation

Kanalisation

Donau-Hochwasserschutzprojekt

Ein wichtiges Teilprojekt des absoluten Hochwasserschutzes ist der Umbau der Nußdorfer Wehranlagen

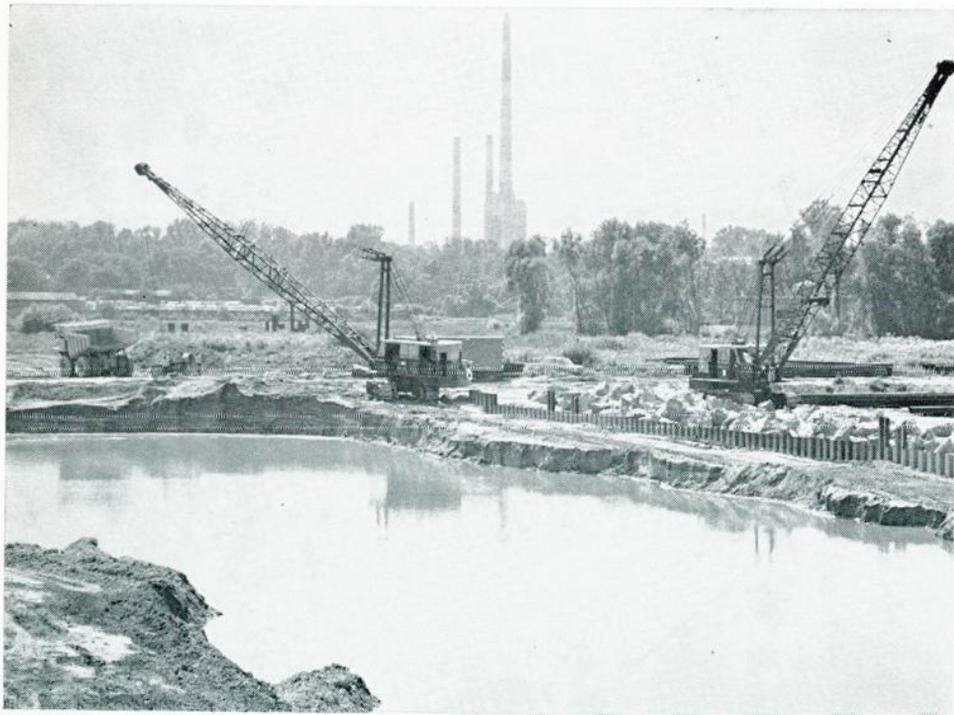




Der Maschinenraum des Grundwasserwerkes Lobau

### Wasserwerke

Unter der in Entstehung begriffenen künstlichen Donauiinsel soll Grundwasser für die Wasserversorgung Wiens entnommen werden



Der Neubau der Volkshochschule Hietzing in 13, Speisinger Straße, ist bereits sehr weit gediehen. Gute Fortschritte machten auch die Planungsarbeiten für den Umbau der Volkshochschule Margareten, 5, Stöbergasse 11-15. An den übrigen Volkshochschulgebäuden der Stadt Wien wurden, soweit dies für die Weiterführung des Schulbetriebes notwendig war, Erhaltungsarbeiten ausgeführt.

In 21, Großfeldsiedlung, wurde der Bau eines Hauses der Begegnung fortgesetzt, in 23, Liesing, wurde mit dem Bau eines Gebäudes mit einer derartigen Zweckwidmung begonnen. Weiters ist geplant, in 23, Mauer, eine Landesjugendherberge zu errichten; diesbezügliche Planungsarbeiten wurden bereits aufgenommen.

Die bereits in früheren Jahren an den dem Körpersport gewidmeten Anlagen begonnenen Baumaßnahmen wurden fortgesetzt; es handelte sich dabei um vier, zum Teil umfangreichere Bauten. Die Tribünenanlage des Sportplatzes, 2, Rustenschacherallee, sowie das Garderobehaus und die Erhaltungsarbeiten am Eislaufplatz der Sportanlage, 11, Werkstättenweg, konnten fertiggestellt werden. Bei der Wiener Stadthalle, beim Stadion und beim Stadionbad waren an den einzelnen Objekten größere Reparaturen vorzunehmen. Die Arbeiten zur Erweiterung des Haupteinganges und des Kabinentraktes im Wiener Stadionbad wurden fortgesetzt; gleichzeitig wurde damit begonnen, dieses Bad, in dem die Europameisterschaften 1974 im Schwimmen, Springen sowie im Wasserballspiel ausgetragen werden sollen, auszubauen. Weitere neu errichtete Bauten waren eine Jugendsportanlage in 5, Bacherplatz, und ein Garderobeneinbau im dortigen Schulgebäude, ferner ein Verwaltungsgebäude, eine Kegelbahn und ein Garderobengebäude für den im Winter als Eislauf- und im Sommer als Tennisplatz verwendeten Sportplatz, 20, Brigittenauer Lände 236.

Auf einigen Liegenschaften im Stadtgebiet, die der Stadt Wien gehören, deren Verwertung aber erst in späterer Zeit geplant ist, wurden, um den Kindern entsprechende Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten zu schaffen, provisorische Kinderspielplätze errichtet.

Schließlich wurden die Planungsarbeiten für eine Landessportschule aufgenommen.

Arbeiten, die letztlich der Kultur- und Denkmalpflege dienen, waren die Überholung der Klimaanlage des Historischen Museums, 4, Karlsplatz, an dem auch verschiedene bauliche Herstellungen ausgeführt wurden, und die Instandsetzung des Gebäudes, 15, Schanzstraße 14, das als Zentrallager dieses Museums adaptiert werden soll. Weiters die Restaurierung kultur- oder lokalgeschichtlich wertvoller Grabdenkmale auf einzelnen, noch bestehenden Ortsfriedhöfen. Verschiedene Erhaltungsarbeiten waren auch an etlichen Brunnen und Brunnstuben auszuführen. Ein unerschöpfliches Arbeitsgebiet ist die Restaurierung und Erhaltung der Monumente der Ringstraßen-Epoche. Es wurden aber auch andere, auf das Stadtgebiet verteilte Denkmale gereinigt und restauriert.

An den Neubauten der Kindertageshorte, 21, Ringelseplatz, und 23, Marktgemeindegasse — Hörbigergasse, wurden die Arbeiten fortgesetzt. Die Kindertageshorte, 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost II, III, und Nord, 11, Wilhelm Krefl-Platz, sowie 21, Großfeldsiedlung II und Autokaderstraße, die in Fertigteilmbauweise errichtet wurden, konnten fertiggestellt werden. Es wurde aber auch mit dem Einbau eines Kindertageshortes in der Herberge für Obdachlose (Familienheim), 3, Gänsbachergasse, begonnen.

Der Umbau der Tageserholungsstätte, 17, Am Schafberg, wurde weiterhin betrieben.

In den Heimen für Kinder und Jugendliche wurden die schon seit Jahren aus pädagogischen Gründen betriebenen Gruppenumbauten, ferner die Dachreparaturen sowie die Umstellung der Heizungen auf die modernere und personalsparende Form der Zentralheizung fortgesetzt; in einigen Fällen wurden bereits bestehende Zentralheizungen, nach vorherigem Einbau leistungsfähiger Kessel, auf weitere Bereiche der Heime ausgedehnt. In einem der beiden Klosterneuburger Heime sowie im Heim Pötzleinsdorf wurden auch die Sanitäräume, nämlich Abortanlagen, Waschräume und Duschkabinen, gründlich überholt. Hervorzuheben wäre die Adaptierung des Schwesternheimes der Wiener Gebietskrankenkasse im Zentralkinderheim, um dieses, für denselben Verwendungszweck, für eigenes Personal zur Verfügung zu haben. Ausgedehnte Bauarbeiten ergaben sich im Heim Hütteldorf, in dem neben dem Hauptgebäude auch ein Teil der Stützmauer der Straße saniert werden muß. Neu erworbene Grundstücke für Zwecke des Heimes Pötzleinsdorf und des Dr. Adolf Lorenz-Heimes für körperbehinderte Kinder wurden eingezäunt, planiert und gärtnerisch ausgestaltet.

Die Generalinstandsetzung des Lehrlingsheimes Leopoldstadt wurde mit dem Einbau einer Zentralheizung fortgesetzt. Im Lehrlingsheim Weidlingau wurde die Zentralheizung auf Gasfeuerung umgestellt. Das Heim für Jugendliche „Im Werd“ erhielt neue Brauseanlagen und Umkleidekabinen, aber auch im Lehrlingsheim „Am Augarten“ waren verschiedene bauliche Herstellungen notwendig.

Über das Maß der üblichen Erhaltungsarbeiten, die an nahezu allen städtischen Herbergen für Obdachlose vorgenommen werden mußten, gingen der Abbruch des Frauenhauses und die Schaffung von 9 Wohneinheiten im Familienheim, 3, Gänsbachergasse, hinaus.

An der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt waren verschiedene Bauarbeiten auszuführen, und in der Desinfektionsanstalt, 3, Arsenalstraße, mußte ein Kessel erneuert werden.

Im Krankenhaus Lainz konnte der Ausbau des elektrischen Versorgungsnetzes auch im Jahre 1972 nicht abgeschlossen werden; in den Pavillons IV und VI wurden in je einem Niederspannungsraum die Versorgungsleitungen erneuert. Der Bau einer zentralen Rohrpostanlage wurde zum größten Teil abgeschlossen, so daß bereits ein Probebetrieb aufgenommen werden konnte. Die Arbeiten am Umbau des Aufzugsystems wurden in den Pavillons VI und VII so weit abgeschlossen, daß im Jahre 1973 in diesen beiden Objekten neue Aufzüge installiert werden können. Ferner wurde die völlige Instandsetzung des Pathologisch-bakteriologischen Instituts mit dem Einbau einer neuen Leichenkühlanlage für 33 Mulden fortgesetzt. Größere Umbauarbeiten ergaben sich bei der Umwandlung des ehemaligen Bettentraktes der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung im Pavillon II in einen Operations- und Kreißaaltrakt; hierbei mußten nämlich in den oberen Geschossen die Decken und Installationen, im Kellergeschoß aber die Kanalstränge ausgewechselt werden. Mit dem Umbau des Operationsaal- und Aufwachstationstraktes der I. Chirurgischen Abteilung im zweiten Obergeschoß des Pavillons VI wurde begonnen. Weiters wurde im Pavillon III das Radiumlokalisationsgerät aus dem Kobaltbunker in den für elektrokardiographische Untersuchungen eingerichteten Raum verlegt und in diesem geeignete Radium-Safe- und Zubereitungsräume eingerichtet. Im Pavillon VIII, in dem eine kardiologische Abteilung errichtet wird, wurde mit den Adaptierungsarbeiten begonnen.

Im Wilhelminenspital wird der im Jahre 1963 begonnene Um- und Ausbau der Prosektur in ein pathologisches Institut voraussichtlich im Jahre 1973 abgeschlossen sein. In dem neu gebauten unfallchirurgischen Pavillon konnte der Betrieb hingegen bereits im Februar 1972 aufgenommen werden. Auch das Physikalisch-medizinische Ambulatorium im Untergeschoß des Pavillons 26 war zum überwiegenden Teil schon im Frühjahr betriebsbereit; die Kurszimmer, Untersuchungsräume und Dienstzimmer werden allerdings erst im Jahre 1973 fertiggestellt sein. Der Betrieb in der Zentraldesinfektion wurde im Juni aufgenommen. Die Arbeiten an der Sauerstoffzentrale wurden im Jahre 1972 abgeschlossen. Damit bestand die Möglichkeit, die einzelnen Pavillons unter Ausnutzung des unterirdischen Heizgangsystems mit Sauerstoff zu versorgen; dies geschieht teilweise mit einer herkömmlichen Sauerstoffbündelanlage, teilweise mit Hilfe einer Flüssigsauerstoffanlage. Im Zuge der Einrichtung von Herzüberwachungsstationen in sämtlichen Wiener Spitälern wurde eine solche auch im Pavillon 29 des Wilhelminenspitals errichtet.

Um den Spitalsbetrieb im Krankenhaus Rudolfstiftung während des Neubaus dieser Krankenanstalt fortführen zu können, mußten in den alten Gebäuden verschiedene Erhaltungsarbeiten, wie Maler- und Anstreicherarbeiten, aber auch Adaptierungen von Bädern vorgenommen werden. Im Haus, 3, Boerhaavegasse 13, wurde eine neue Aufzugsgruppe eingebaut. Die Ambulanz für Hals-, Nasen- und Ohrenerkrankungen wurde im Austausch gegen die Zahnstation vom Haus Boerhaavegasse 8 in das Haus Nr. 13 verlegt. Die ehemaligen Ambulanzräume konnten neben der Zahnstation auch eine Lungenfunktionsstation aufnehmen. Außerdem wurde im Haus 13 eine Herzüberwachungsstation geschaffen.

Der Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung machte gute Fortschritte. Am Hauptgebäude wurde die gesamte Fassadenverkleidung, die Verglasung und der Innenausbau im 2. bis 15. Geschoß im großen und ganzen fertiggestellt. Im Behandlungstrakt wurden der Innenausbau sowie die Installationsarbeiten fortgesetzt, und auch eine provisorische Beheizung des Objekts wurde vorbereitet.

Die Überwachungsstation im Pavillon III des Elisabethspitals konnte fertiggestellt werden, ebenso der erste Bauabschnitt der Adapierung des Zentralröntgeninstituts. Am Pavillon II wurde das Flachdach und im Pavillon III wurden die Fenster erneuert.

Den modernen Anforderungen entsprechend, wurden im Franz Joseph-Spital in zwei Pavillons Aufzüge eingerichtet, von denen einer zur Gänze fertiggestellt werden konnte, und Verkehrswege im Anstaltsbereich zum Teil verbreitert, zum Teil mit einem neuen Belag versehen. Verschiedene Bauarbeiten ergaben sich bei der Verlegung der kieferchirurgischen Ambulanz.

Im Hauptgebäude der Allgemeinen Poliklinik mußte der Patientenaufzug durch einen neuen ersetzt werden, und der Trakt Höfergasse mußte neu eingedeckt werden. Die Warmwasseranlage wurde umgebaut und die Warmwasseraufbereitungsanlage ausgewechselt.

Die Renovierung der Klimaanlage im Bereich der Operationssäle des Krankenhauses Floridsdorf wurde abgeschlossen, ebenso ein als Umkleieraum für das Küchenpersonal geschaffener Zubau.

Im Sophienspital wurde eine medizinische Gasversorgungsanlage für die interne und für die chirurgische Abteilung installiert; die Schaufeldecken der chirurgischen Pavillons wurden außerdem erneuert.

Der vollständige Umbau des Pavillons Leopold der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe konnte abgeschlossen werden, so daß dieser Anfang Juni wieder benützbar war. Der Zubau zum Kurhaus

wurde gleichfalls fertiggestellt und das Zentralröntgeninstitut in einer den derzeitigen medizinischen Anforderungen entsprechenden Weise ausgestattet. Zug um Zug mit dem Abschluß des Ausbaues der elektrischen Versorgungsleitungen im gesamten Anstaltsgebiet wurde mit der Umschaltung der Einrichtungen der einzelnen Objekte auf eine Netzspannung von 380 V begonnen. Die Instandsetzung der Verkehrswege im Anstaltsgelände wurde fortgesetzt. Schließlich wurden für die Zentralküche 8 Backschränke angeschafft.

In der Frauenklinik Gersthof und in der Semmelweis-Frauenklinik ergaben sich verschiedene Adaptierungsarbeiten zur Erleichterung des Dienstbetriebes sowie anlässlich der Änderung der Verwendung von Räumen.

Bei dem auf dem Gelände des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel errichteten Pavillon für entwicklungsgestörte Kinder wurde im Sommer 1972 die Dachgleiche erreicht; der Innenausbau wurde, mit Hilfe entsprechender Vorkehrungen, auch in den Wintermonaten fortgeführt. Im übrigen wurden von den im Personalwohnhaus an der Riedelgasse gelegenen Kesselhaus zu den einzelnen Objekten der Anstalt Stichkanäle angelegt, so daß diese während der Heizperiode 1972/73 bereits mit Fernwärme versorgt werden konnten. Im Neurologischen Krankenhaus Maria Theresien-Schlössel wurde eine Abteilung neu adaptiert.

In den Kinderspitälern der Stadt Wien waren Modernisierungs- und Erhaltungsarbeiten verschiedenen Ausmaßes vorzunehmen. Hervorzuheben wären in der Kinderklinik Glanzing der Bau eines Überganges von einer Loggia zur Station A, der es ermöglicht, die kleinen Patienten zu besuchen, ohne die Station zu betreten, und im C. M. Frank'schen Kinderspital Lilienfeld der Einbau einer Zentralheizung im Baldingerhaus.

Beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses konnte nach Bewilligung von Kreditmitteln in der Höhe von rund 4,5 Milliarden Schilling mit dem Bau des Kerngebäudes begonnen werden. Für dieses wurde aus den vorgeschlagenen Varianten eine Bauvariante ausgewählt, die einen Flachbaukörper in Stahlbeton- und Bettenhäuser in Stahlausführung vorsieht; die Gründung wird als Pfahlfundierung, die Baugrubenumschließung als Schlitzwand ausgeführt. Der Hauptbaukörper wird über einer Grundrißfläche von 30.000 m<sup>2</sup> mit einem umbauten Raum von 1,7 Millionen Kubikmetern errichtet. Die Arbeiten an dem östlichen Bettenhaus und den dieses umgebenden Flachbaukörpern konnten im Juni 1972 aufgenommen werden. Die Erdarbeiten sowie die Schlitzwände, die, mit Rippen verstärkt, die Baugrube umschließen und gleichzeitig die Kellerwände bilden, konnten nahezu fertiggestellt werden, nicht jedoch die Pfahlfundierung. Dieser östliche Bauteil nimmt eine Fläche von 12.000 m<sup>2</sup> ein; bei den Bauarbeiten mußten bisher rund 150.000 m<sup>3</sup> Erde bewegt werden.

Die dreigeschossige Tiefgarage, die 2.500 Personenkraftwagen aufnehmen kann und einen Zivilschutzraum für 4.300 Personen enthält, konnte bis Jahresende im Rohbau nahezu fertiggestellt werden. Mit den Ausbauarbeiten, nämlich dem Einbau der Brandschutztore und Aufzüge, dem Ausbau der Stiegenhäuser, der Montage der Lüftungsleitungen und Elektroinstallationen sowie der Estrichverlegung, wurde bereits begonnen.

Von der Gebäudegruppe, welche die Kinderklinik und die Psychiatrie, die heilpädagogische Abteilung, die Jugend- und Kinderpsychiatrie sowie den Kindergarten umschließt, befanden sich die jeweils viergeschossigen Baukörper für das Bettenhaus sowie die Untersuchungs- und Behandlungsräume der neuen Psychiatrischen Klinik zu Ende des Jahres bereits in einem fortgeschrittenen Ausbaustadium. Wände und Fußböden waren zum überwiegenden Teil fertiggestellt, ebenso die Maler- und Anstreicherarbeiten. In den versperrbaren Räumen wurde für die sanitäre, elektro- und maschinentechnische Einrichtung vorgesorgt, dann wurden die Hängedecken montiert und die mit dem Gebäude fest verbundenen medizinisch-technischen und sonstigen Einrichtungen eingebaut. In dem aus vier Flachkörpergeschossen und einem aufgesetzten, siebengeschossigen Bettenhaus bestehenden Objekt der Kinderklinik wurden die eingebauten Zwischenwände, die Estriche und Fußböden hergestellt und die mobilen Zwischenwände montiert; mit den Installations- und Ausbauarbeiten wurde begonnen. In dem für die Heilpädagogik und die Jugendpsychiatrie bestimmten Gebäude, in dem die wichtigsten zentralen Einrichtungen für die gesamte Gebäudegruppe, wie die Trafostation, die Telephonzentralen, die Zentrale der technischen Überwachung, der Heizungsumformerraum, ein Hörsaal und Kursraum sowie der Personalauspeiserraum, vorgesehen sind, wurden die Arbeiten besonders beschleunigt und waren zu Jahresende bis zum Innenausbau gediehen. Auch im Kindergarten wurde bereits mit dem Innenausbau begonnen.

In der II. Universitäts-Frauenklinik sowie in der I. Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenerkrankungen wurden Adaptierungsarbeiten im Operationstrakt und in der Logopädie vorgenommen.

Die Sanierungsarbeiten an den alten Objekten des Allgemeinen Krankenhauses wurden fortgesetzt.

Es waren Dächer und Fassaden instandzusetzen, Fenster, Türen und Fußböden zu reparieren sowie die überalterten Installationen und Kanalisationsanlagen zu erneuern. In einigen Objekten wurden Warmwasserpumpenheizungen eingebaut, aber auch die Umformerstation für den Anschluß des „Alten Hauses“ an das Fernwärmewerk Spittelau wurde bereits fertiggestellt. In einigen Objekten waren Umbauten zur Änderung der Raumeinteilung vorzunehmen. Für die Orthopädische Universitätsklinik wurde ein freistehendes Objekt im 9. Hof errichtet, das im Untergeschoß die physikalische Therapie und im Obergeschoß den Operationstrakt beherbergen wird; als Verbindung zum Hauptgebäude wurde ein unterirdischer Gang geschaffen. Die Küchenräume der Schule für den Diätendienst wurden nach ihrer Renovierung mit modernen Küchenmaschinen, einem Mikrowellenherd, einer Kippbratpfanne und einer Kippopfgruppe, ausgestattet.

Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe konnte zwar der Ausbau der Wasserversorgungsanlage abgeschlossen werden, die infolge des ständig steigenden Strombedarfes und der Umstellung auf Drehstrom notwendigen Arbeiten an den elektrischen Versorgungsleitungen der Anstalt überhaupt wie an den Licht- und Kraftanlagen einzelner Objekte konnten ebenso wie die Dachreparaturen und die notwendigen Aufzugseinbauten nicht beendet werden. Die Renovierung der Anstaltskirche wurde fortgesetzt. Der Umbau des Verwaltungsgebäudes, das in Zukunft als Anstaltshauptlager dienen soll, wurde zum größten Teil beendet.

Auch im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien in Ybbs an der Donau werden die Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Zentralheizung der „Versorgungsanstalt“ sowie die gründliche Instandsetzung der Abteilung XVIII konnten fertiggestellt werden, während mit dem Einbau einer derartigen Heizung im Hauptgebäude und mit der Renovierung der Abteilung XV begonnen wurde. Ein neu erworbenes Grundstück an der Donaulände wurde eingefriedet.

Ferner wurde in der Zentrale des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes an Stelle der bisherigen Dampfheizung eine Warmwasserpumpenheizung eingerichtet; das Dach sowie die Fassade des Nebengebäudes wurden erneuert. In der Rettungsstation Mariahilf konnten die im Vorjahr begonnenen Dachdeckerarbeiten abgeschlossen werden. Desgleichen wurden in der Rettungsstation Penzing das Dach, aber auch die Hofbeleuchtung erneuert.

In den Altersheimen der Stadt Wien, in denen teils im Interesse einer Personalersparnis, teils zur Anpassung an die Erkenntnisse der modernen Medizin bezüglich der Betreuung alter Menschen, nicht zuletzt aber wegen der Notwendigkeit, eine größere Zahl von Krankbetten zur Verfügung zu haben, oft einschneidende Änderungen vorgenommen werden, konnte nur ein Teil der im Jahre 1971 begonnenen Arbeiten abgeschlossen werden. Im Altersheim Lainz waren dies die Erweiterung des Speisewageneinstellgebäudes auf 5 Einheiten mit je 12 Anschlüssen, um die bewährte Speisenzustellung mit elektrisch beheizten Ausspeisewagen in weiteren Pavillons einführen zu können, ferner die Aufstellung eines Reserveölbehälters für die Kesselanlage im Pavillon I und die Adaptierung des Pavillon IV, in dem 3- und 5-Bett-Zimmer mit moderner Innenausstattung und, an Stelle der offenen Terrassen, Diensträume geschaffen wurden. Der Umbau des Pavillon XIII, der seinerzeit mit gehfähigen Patienten belegt war, in eine Krankenabteilung machte gute Fortschritte. Der Pavillon VII erhielt neue Leibschüsselpüleinheiten. Ferner wurden in den Gebäuden B, C und D ehemalige Dienstwohnungen umgebaut, um Personalschlafstellen zu schaffen. Die Kanal- und Straßeninstandsetzungen und die Adaptierungsarbeiten im Pavillon I des Altersheimes Baumgarten wurden ebenso fortgesetzt wie im Altersheim Liesing die Dachreparaturen und die Umbauarbeiten an einer Krankenstation. Das Altersheim St. Andrä an der Traisen wurde an das neu errichtete öffentliche Kanalnetz angeschlossen; im übrigen wurden dort die Modernisierungsarbeiten und Deckenauswechslungen im Altgebäude weitergeführt, aber auch mit dem Einbau eines Krankbettenaufzuges in diesem Anstaltsteil wurde begonnen. Im Altersheim Klosterneuburg wurden zugleich mit dem Einbau einer Zentralheizung im Neugebäude verschiedene Adaptierungen vorgenommen und Rasenflächen sowie Verkehrswege instandgesetzt.

Die Arbeiten an den Amtshäusern der Wiener Stadtverwaltung reichten von der Behebung von Schäden und künstlerischen Restaurierung bis zu Umbauten von Räumen für Amtszwecke und den Neubau von Amtshäusern. In dem größten und bedeutendsten derartigen Gebäude, dem Wiener Rathaus, wurden Dachreparatur- und Fassadenarbeiten, Einbauten von Radiatoren zur Raumheizung, Änderungen der elektrischen Installationen nach den bestehenden Sicherheitsvorschriften, Auswechslungen der Wasserinstallation sowie Instandsetzungsarbeiten im Nordbuffet des Festsaales vorgenommen. Arbeiten in den Amtshäusern in unmittelbarer Nähe des Rathauses waren der Umbau von Keller- und Erdgeschoß des Objekts Rathausstraße 14-16, mit dem im Jahre 1972 begonnen wurde, sowie verschiedene Umbauten und Erhaltungsarbeiten in den Häusern Volksgartenstraße 1-3 und

Hansenstraße 3. Für Umbauten im Hause Ebendorferstraße 4 wurden Planungsarbeiten durchgeführt. Weiters waren in den Bezirken 1, 15, 16, 18 und 20 insgesamt 6 Amtshäuser von Baumaßnahmen betroffen. Der Zubau eines Quertraktes und die Aufstockung der Seitentrakte des Amtshauses 17, Lienfelderergasse 96, wurden ebenso fortgesetzt wie die Errichtung des Bezirkszentrums Donaustadt und der Bau eines Laborgebäudes für die Städtische Versuchs- und Forschungsanstalt in 11, Rinnböckstraße 15. Für die Errichtung eines Ausbildungszentrums für Sozialberufe in 21, Schloßhofer Straße, wurden Planungsarbeiten vorgenommen.

Im zweiten Stockwerk des Jugendamtes, 3, Sechskrügelgasse 11, waren verschiedene bauliche Herstellungen notwendig. Desgleichen waren in einigen Mutterberatungsstellen Erhaltungsarbeiten auszuführen. Im Europahaus des Kindes, 16, Vogeltenngasse 2, wurde die Heizungsanlage instandgesetzt.

Der Neubau der Städtischen Gastwirtschaft, 3, Schweizergarten, konnte abgeschlossen werden. In der Gastwirtschaft, 19, Cobenzl, wurden in den Personalunterkünften sanitäre Anlagen eingebaut, und an der Gastwirtschaft, 22, Kagraner Platz 33, wurden die Fenster sowie die Gassenfassade instandgesetzt.

Im Zentrallager des Beschaffungsamtes der Stadt Wien in 16, Hasnerstraße, waren verschiedene Baumaßnahmen durchzuführen, es wurde aber auch ein Teil der Fassade des Hauses erneuert.

Die Städtische Bäckerei erhielt eine Tiefkühlanlage; weiters wurden in der Mischhalle Zentralheizungskörper erneuert.

In der Hauptwerkstätte des Städtischen Fuhrparks wurde mit dem Einbau von Wasch- und Garderoberäumen für die dort beschäftigten Bediensteten begonnen.

In Erfüllung von Patronatsverpflichtungen wurden am Pfarrhaus der Kirche St. Othmar, 3, Kolonitzplatz 1, die Fenster erneuert und an der Pfarrkirche St. Leopold, 2, Alexander Poch-Platz 6, Stuckarbeiten an der Innenkuppel ausgeführt.

Einige der Stadt Wien gehörende Objekte mußten abgebrochen werden. Es waren dies die ehemalige Maschinenfabrik, 10, Rissaweggasse, das Lederer-Schloß in 14, Mühlbergstraße — Hofjägerstraße, und die Schule, 16, Abelegasse.

Umfangreiche Arbeiten waren für das Stadtgartenamt im Zusammenhang mit der WIG 74 auszuführen; für diese waren Eingangsbauwerke, ein Betriebsgebäude und Trafostationen zu errichten, Baumaßnahmen im Gartengelände vorzunehmen und Erdarbeiten für die Versorgungstrassen durchzuführen. Ferner wurde im Städtischen Reservegarten, 22, Hirschstetten, mit dem Bau eines Glashausblockes begonnen. Verschiedene Um- und Zubauten für das Au-Restaurant, 22, Donaupark, die innerhalb des Jahres 1972 begonnen worden waren, konnten bis Jahresende fertiggestellt werden.

Die Erhaltungsarbeiten an der Lainzer Tiergartenmauer wurden auch im Jahre 1972 fortgesetzt. Ferner wurden für die Forstverwaltungen Lainz und Lobau-Wienerwald Wirtschaftsstraßen ausgebaut oder instandgesetzt. In 13, Auhof, ist der Bau eines neuen Forsthauses geplant; hierfür wurden Planungsarbeiten ausgeführt. Schließlich wurde die Wasserversorgung des Rasthauses Hirschstamm verbessert.

Die großen Bäderbauten der Stadtverwaltung kamen gut voran. Am Dianabad, bei dem im September 1971 die Dachgleiche für den gesamten Rohbau erreicht worden war, wurde im Sommer 1972 die Montage der Fassadenkonstruktionen abgeschlossen. In der Schwimmhalle wurden die vier Becken im Rohbau hergestellt, isoliert und fertig verfließt. Auch die keramische Wandverkleidung wurde angebracht, wobei vier Mosaikbilder aus dem alten Dianabad mit eingelassen wurden. Die Montage der hölzernen Deckenuntersicht konnte gleichfalls beendet werden. Im Umkleidetrakt wurden sämtliche Zwischenwände aufgestellt und die Heizungs-, Lüftungs-, Sanitär- und Elektroinstallationen zum überwiegenden Teil fertiggestellt; mit der Abdichtung gegen Feuchtigkeit und der Wandverfließung wurde begonnen. Da der Bau bereits an das Fernheiznetz Spittelau angeschlossen war, konnte er bei der Durchführung der Innenarbeiten im Winter 1972/73 mit Fernwärme beheizt werden.

Im Ottakringer Bad, das in drei Baustufen errichtet wird, deren letzte im September 1971 begonnen wurde, konnten bis zum Herbst 1972 das neue Familienbecken und, nach Abbruch der alten, zwei neue Umkleideobjekte fertiggestellt werden. Bis Herbst 1973 sollen dann die alten Becken und alle Objekte, die erhalten bleiben, saniert werden.

Am Stadthallenbad, dessen Bau wegen der dort geplanten Europameisterschaften im Schwimmen im Frühjahr 1974 beschleunigt werden muß, wurden die Rohbauarbeiten aus Stahlbeton, einschließlich der Schwimmbecken, zum Teil mit Überstundenleistungen bis Mitte August 1972 abgeschlossen. Anschließend daran wurde sofort mit dem Aufstellen der Stahlkonstruktionen für die Schwimmhalle begonnen. Da bis Mitte Dezember, also vor Einbruch der tieferen Wintertemperaturen, die Außenhaut der Halle fertiggestellt werden konnte, war es möglich, noch in diesem Monat mit den Installations-

arbeiten zu beginnen. Die Aufnahme des Probebetriebes ist für den Anfang des Jahres 1974 geplant.

Da infolge der schwierigen Bodenverhältnisse die im Spätherbst 1969 begonnenen Vorarbeiten für den Bau des Schafberg-Bades sich bis Ende des Jahres 1971 hinstreckten, konnten das große Freibassin sowie die drei kleineren Becken erst im Herbst 1972 im Rohbau fertiggestellt werden. Anschließend daran wurden die Grünanlagen humusiert und besäht, aber auch die Installationsarbeiten weitergeführt.

Für das Höpfler-Bad, ein Sommerbad in Atzgersdorf wurde nach Abschluß der Planungsvorbereitung und gewisser Vorarbeiten auf dem Baugelände, wie der Planierung eines ehemaligen Teiches, mit der Planung begonnen.

An den Wiener Markthallen und offenen Märkten waren das ganze Jahr über verschiedene Erhaltungsarbeiten auszuführen. Der Großmarkt Wien-Inzersdorf konnte zum Teil schon in Betrieb genommen werden. Die im Jahre 1972 vorgenommenen Planungen sowie Hoch- und Tiefbauarbeiten befaßten sich mit der Errichtung der Anschlußhallen beim Bahnhof Inzersdorf und auf dem Gelände der Metzgerwerke, einer Alt-Autoverschrottung, an der Pottendorfer Linie der Österreichischen Bundesbahnen. Der Fleischtiermarkt im 3. Wiener Gemeindebezirk, ein Provisorium, konnte im Juli 1972 in Betrieb genommen werden; hierfür wurden in der „Polnischen Halle“ Verkaufskojen, eine Kühlanlage sowie zwei verschieden temperierte Räume eingerichtet.

An den bestehenden Anlagen des Schlachthofes St. Marx wurden lediglich die für den Betrieb notwendigen Erhaltungsarbeiten vorgenommen. Die Errichtung der neuen zentralen Versorgungsanlagen in St. Marx erforderte neben Planungsarbeiten Adaptierungen in der Viehmarkthalle. Der Neubau der Fleischgroßmarkthalle sowie der Kühlblock mitsamt dem Maschinenhaus konnten bereits in Betrieb genommen werden. An der Schlachthalle und ihren Nebeneinrichtungen wurden die Arbeiten weitergeführt.

Für die Feuerwehr der Stadt Wien waren an den einzelnen Feuerwachen verschiedene Baumaßnahmen durchzuführen. Hervorzuheben wären die Modernisierung der Nachrichtenzentrale der Zentralfeuerwache, 1, Am Hof 9, das Anbringen neuer Alarmtore und Außenfenster an der Hauptfeuerwache Mariahilf und der Umbau der veralteten Niederdruckdampfheizung in der Hauptfeuerwache Hernals, die durch eine Warmwasserpumpenheizung mit Warmwasserbereitung ersetzt wurde. Für den geplanten Neubau der Feuerwache Landstraße in 3, Baumgasse, wurden Planungsarbeiten geleistet.

## Technische Baupolizei

Das Jahr 1972 brachte einige, für die Handhabung der technischen Baupolizei wichtige Änderungen in der Gesetzeslage, die hier in der Reihenfolge der Kundmachung der Normen angeführt werden sollen. Zunächst wurden mit Verordnung vom 12. Jänner 1972, BGBl. Nr. 47/1972, der Strahlenschutzverordnung, Maßnahmen zum Schutze des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen angeordnet. Dieses umfangreiche Gesetzeswerk enthält Vorschriften, die vor allem im gewerbebehördlichen Verfahren zur Genehmigung von Betriebsanlagen zu beachten sind. Die Verordnung der Bundesregierung vom 2. Mai 1972, mit der die Verwaltungsformularverordnung 1951 geändert wurde, BGBl. Nr. 153/1972, löste zwangsläufig die Abänderung der Fassung von Formularen, die im Dienstbetrieb verwendet werden, aus. Ebenfalls eine im gewerbebehördlichen Verfahren wichtige Materie regelt das Bundesgesetz vom 30. Mai 1972 über den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Arbeitnehmerschutzgesetz), BGBl. Nr. 234/1972. Hingegen wurden mit dem Bundesgesetz vom 30. Mai 1972, BGBl. Nr. 232/1972, mit dem das Wohnbauförderungsgesetz 1968 geändert wurde, Bestimmungen bezüglich der Förderung von Bauvorhaben erlassen. Wieder vornehmlich bei der Genehmigung und Überprüfung von gewerblichen Betriebsanlagen zu beachten sind die Bestimmungen vom 22. September 1972, BGBl. Nr. 396/1972, womit die Dampfkesselverordnung geändert wurde; hier wird vorgeschrieben, in welcher Weise und unter welchen Vorkehrungen Druckbehälter zu überprüfen sind.

Auf Landesebene legte die Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 vom 30. Mai 1972, LGBl. für Wien Nr. 9/1972, die angemessenen Gesamtbaukosten je Quadratmeter sowie die normale Ausstattung der geförderten Baulichkeiten neu fest, es wurde also die maximale Höhe der Gesamtbaukosten je Quadratmeter bestimmt.

Ein für eine Stadt mit baugeschichtlich interessanten Straßenzügen, Plätzen und Gebieten wie Wien wichtiges Gesetz ist das vom 7. Juli 1972, mit dem Vorschriften über die Schaffung von Schutzzonen in Altstadtgebieten in die Bauordnung für Wien aufgenommen wurden. Die Altstadterhaltungsnovelle 1972, LGBl. für Wien Nr. 16/1972, sieht unter anderem vor, daß vor dem Abbruch eines Gebäudes in einer Schutzzone die Zustimmung des zuständigen Gemeinderatsausschusses zur Erteilung der be-

hördlichen Abbruchbewilligung eingeholt werden muß. Auch ein Abtragungsauftrag für ein in einer Schutzzone gelegenes, auffälliges Gebäude kann nur erlassen werden, wenn der zuständige Gemeinderatsausschuß zugestimmt hat. Damit wird verhindert, daß einzelne Gebäude oder Gebäudegruppen, die historisch oder für das Stadtbild von Wert sind, verändert oder abgetragen werden.

Im Zuge der baupolizeilichen Tätigkeit fiel im Laufe des Jahres 1972 auf, daß weniger Anträge auf Genehmigung von Ölheizungsanlagen eingebracht wurden, obwohl die rege Bautätigkeit anhielt. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß bei größeren Neubauten eine zentrale Wärmeversorgung vorgesehen wird und auch beim Abgehen von Heizungen mit festen Brennstoffen in älteren Bauwerken Gas-Etagen- und Elektroheizungen bevorzugt werden.

Weiters wurde beobachtet, daß Standberechnungen in zunehmendem Maße mit Hilfe von Computeranlagen erstellt werden. Dadurch wird die Überprüfung dieser Berechnungen zum Teil sehr erschwert. Es ist auch eine immer häufigere Verwendung von neuen Materialien, besonders von Kunststoffen, und zwar hauptsächlich bei verschiedenen Fertigteilbauweisen und für Geschosunterteilungen in Gebäuden mit den verschiedensten Verwendungszwecken, festzustellen.

Der Fortschritt beim U-Bahn-Bau brachte eine Reihe von neuen Problemen mit sich. Besonders wichtig ist die Sicherung bestehender Bauwerke während des Schildvortriebes, aber auch bei offener Bauweise sowie bei Injektionsarbeiten, obwohl sich zeigte, daß bei älteren, aus Ziegelmauerwerk errichteten Gebäuden relative Setzungsunterschiede bis 15 mm keine sichtbaren Schäden zur Folge haben. Jedenfalls ist es bisher in keinem Fall zu einer gefährlichen Situation gekommen.

Das Anwachsen des Verkehrs, besonders in den Innenbezirken, bedingt, daß Lagerungen von Baustoffen und Bauschutt auf öffentlichem Grund nur unter Anwendung von strengen Vorsichtsmaßnahmen gestattet werden können. Außerdem müssen die Lagerzeiten kurz und die Lagerflächen klein gehalten werden. Die Bauwirtschaft hat sich diesen Umständen angepaßt und verwendet moderne Geräte wie Container.

Als besonderes Ereignis wäre das Erdbeben vom 16. April 1972 zu erwähnen. Es hatte die Stärke 5 der Richterskala und richtete besonders im 2., 9. und 20. Bezirk an den Rauchfangköpfen, Rauchfängen und Dacheindeckungen der Gebäude Schäden an. Zu ihrer Behebung mußten einige hundert Baugerechensaufträge erteilt werden.

Im Hochbau waren, neben den bereits in den vergangenen Jahren begonnenen, einige neue, große Bauvorhaben zu überwachen. Von diesen wären besonders das Landstraßer Zentrum mit dem Hilton-Hotel, das Einkaufszentrum Kagran, die WIG 74 und der Amtssitz Internationaler Organisationen zu erwähnen.

Ferner wird im Künstlerhaus eine neues Saaltheater ausgestaltet, und auch der Vortragssaal des Wiener Lehrerhausvereins wurde als Saaltheater adaptiert. In einigen Privatbühnen wurden Verbesserungen unter Heranziehung von Subventionsmitteln vorgenommen. Unter anderem wurde die Beleuchtungsanlage im Raimundtheater und bei verschiedenen kleinen Bühnen erneuert, und auch die technischen Anlagen sowie die Sicherheitseinrichtungen wurden verbessert.

Zur Bekämpfung des wilden Bauens wurden von den 470 in Wien bestehenden Siedlungen bisher in 441 der Baubestand, insgesamt 38.905 Gebäude, aufgenommen. Bezüglich 292 dieser Siedlungen mit insgesamt 21.921 Gebäuden wurde mit der für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zuständigen Magistratsabteilung wegen einer allfälligen Sanierung der Rechtslage durch Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes Kontakt aufgenommen.

Ferner wurden im Jahre 1972 insgesamt 1.172 Aufträge zur Herstellung vorschriftsmäßiger Gehsteige erteilt, aber auch Kanaleinmündungsgebühren und Anliegerbeiträge vorgeschrieben.

Zur weiteren Mechanisierung annähernd gleichbleibender Arbeitsvorgänge im bau- und gewerbebehördlichen Verfahren wurden abermals neue Schreibhilfen aufgelegt und vorhandene den geänderten rechtlichen Verhältnissen angepaßt oder ergänzt, um einen Teil des Schreibaufwandes zu ersparen.

## Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Die Kapazität der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien war auch im Jahre 1972 voll ausgelastet. Als Erfolg der intensiven Tätigkeit konnte eine Erhöhung der Einnahmen aus Prüfgebühren gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent verzeichnet werden. Dies ist umso bemerkenswerter, als bereits im Jahre 1971 eine Steigerungsrate von 40 Prozent erreicht wurde.

Im Jahre 1972 konnten mehrere Forschungsarbeiten abgewickelt werden. Es handelte sich hiebei um Versuche mit keramischem Mauerwerk, um die Entwicklung einer Kunststoffschwelle sowie um Untersuchungen von schallgedämmten Fenstern, aber auch von Leicht- und Spannbeton.

Die Tätigkeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes vermehrte sich wesentlich. Sie galt vor allem

der Bekämpfung von Lärmbelastigungen und der Messung der Luftverunreinigungen. Gegen Ende des Jahres 1972 konnte ein Labor- und Meßwagen angeschafft werden, der in den nächsten Monaten noch ausgebaut werden wird. Letztlich soll dieser Meßwagen auf den verschiedenen Gebieten des Umweltschutzes und als Straßenbaulabor eingesetzt werden.

## Heizungs- und Maschinenbau

In den der Stadtverwaltung ausschließlich der Städtischen Unternehmungen zur Verfügung stehenden mehr als 1.500 Objekten wurden die Heizanlagen betreut und erhalten. Unter anderem wurden 18 Schulneubauten, das neue Zentraldepot des Historischen Museums der Stadt Wien, ein Kulturzentrum, die Garage des Städtischen Fuhrparks in 5, Einsiedlergasse, sowie das Heim Lindenhof in Eggenburg mit modernen Heizungen ausgestattet. Für die zum Großteil in Fertigteilbauweise ausgeführten Schulneubauten wurden die Bestandteile der Heizungen zum Teil vorgefertigt und auf der Baustelle in Fließarbeit montiert. Besonders umfangreiche Baustellen waren das Sportzentrum West, das Kulturzentrum Donaustadt, das Hallenstadion, ferner 2 Schulbauten, die später als Wohnhäuser verwendet werden sollen, das Kulturzentrum Kagran und 3 Rundturnhallen.

Einige der neu errichteten Schulen wurden, je nach der Lage, an Fernheizungsanlagen angeschlossen. Wo dies nicht möglich war, wurden Kesselhäuser errichtet und mit automatisierten Gas- und Ölf Feuerungen ausgestattet, um Personal zu sparen.

Die Erhaltung und Kontrolle der Wohnungsheizungen wurden, soweit diese nicht von der Heizbetriebe Wien-GmbH wahrgenommen wurden, gleichfalls besorgt. Beim sozialen Wohnhausbau fällt der Magistratsabteilung für Heizungs- und Maschinenbau die Planung, Ausschreibung und der Bau der Heizanlagen für derzeit durchschnittlich 4.500 Wohnungen im Jahr zu. In den Wohnhausneubauten waren aber auch die Entlüftungsanlagen innenliegender Sanitäräume zu betreiben, deren Zahl infolge der neuen Raumeinteilung, in der innenliegende Sanitär-Baderäume und Küchen zur Regel geworden sind, bedeutend zugenommen hat. Weiters wurde die Einbringung der Heizkostenrückstände aus den Jahren 1968/69 überwacht und betrieben. Nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz sollen alte Wohnungen durch den Einbau von Gaszentralheizungen oder Gasetagenheizungen sowie Be- und Entlüftungsanlagen aufgewertet werden. Es wurde daher mit der Adaptierung von zwei Versuchswohnungen begonnen, von denen eine im 12. Bezirk gelegene Wohnung bereits fertiggestellt werden konnte.

Der Um- und Neubau der Warmwasserheizungen im Rathaus und in den im Rathausbereich an die Fernheizung angeschlossenen Amtshäuser wurde fortgesetzt. Das Nordbuffet im Festsaal des Rathauses wurde mit einer Luftheizungsanlage ausgestattet, für den Einbau einer Klimaanlage im Festsaal selbst wurde mit Planungsarbeiten begonnen. Auch in den für die Datenverarbeitung vorgesehenen Räumen wurde der Einbau von Klimaanlage forciert. Ferner wurden die in den Amtshäusern der Stadt Wien verteilten rund 400 Kühlschränke, 320 Defensoren, 122 Heizgeräte, 170 Ventilatoren sowie 32 Klima-, Ozon- und Kühlgeräte instandgehalten. Den Transport besorgten 3 städtische Bedienstete, nämlich 2 Spezialmonteure und 1 Kraftfahrer.

Im alten Teil des Allgemeinen Krankenhauses wurde die Installation von Heizungs- und Klimaanlagen im Garnisonspital und in der Orthopädischen Universitätsklinik fortgesetzt, im Anatomisch-Pathologischen Institut wurde mit derartigen Arbeiten begonnen. In der I. und II. Universitäts-Augenklinik, in der Schule für Radiologie, in der Universitätsklinik für Röntgendiagnostik, ferner in der Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenerkrankungen sowie in der II. Medizinischen Universitätsklinik wurden Warmwasserheizungen eingebaut und zum Teil auch bereits fertiggestellt. In der Zentralküche wurden 4 elektrische Umluftbacköfen und in der Zentraldesinfektion Desinfektionsapparate aufgestellt.

Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wurden die Ausschreibungsunterlagen für den Bau der Klimaanlagen des Kerngebäudes erstellt und die Anbote durchgerechnet.

Im Wilhelminenspital wurde die Heizungs- und Lüftungsanlage im Nordteil des Pavillons 26 fertiggestellt. Die Planung der Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen für den Pavillon 27 wurde abgeschlossen und ist auch bereits gesundheitsbehördlich genehmigt. Weiters wurde in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe eine Warmwasserheizung eingebaut und das Zentralröntgeninstitut im Kurhaus mit einer Be- und Entlüftungsanlage ausgestattet. An den Einrichtungen des Franz Joseph-Spitals wurden Erhaltungs- und Adaptierungsarbeiten ausgeführt, während im Operationsaal des Krankenhauses Floridsdorf eine nach dem letzten technischen Stand ausgestattete Klimaanlage eingebaut wurde.

Im Karolinen-Kinderspital wurden Vorbereitungen für den Anschluß an die Fernwärmeleitung

getroffen sowie eine Be- und Entlüftungsanlage im Röntgenuntersuchungs- und im Röntgenentwicklungsraum installiert.

Die Pavillons A und B sowie das Direktions- und das Kurgebäude des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel konnten an die Heißwasserfernleitung schon angeschlossen werden, im Pavillon für entwicklungsgestörte Kinder wurde noch am Einbau der Heizungs- und Lüftungsanlagen gearbeitet. Im Neurologischen Krankenhaus Maria Theresien-Schlößl mußten lediglich Erhaltungsarbeiten vorgenommen werden. Die Arbeiten an einer zentralen Dampfversorgung und der Einbau der Radiatorenheizung im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs an der Donau wurden fortgesetzt.

Die beiden Schwesternwohnhäuser, 3, Schlachthausgasse, und 15, Stättermayergasse, konnten in der Heizperiode 1972/73 schon mit Fernwärme versorgt werden. In der Schwesternschule des Zentralkinderheimes, die mit einer Warmwasserheizung und einer Warmwasserbereitung ausgestattet werden soll, wurden die alte Heizung sowie die Kessel demontiert; mit der Errichtung einer Fernleitung vom Kesselhaus des Zentralkinderheimes zur Schwesternschule wurde begonnen.

Die Herbergen für Obdachlose, 3, Gänsbachergasse, und 20, Meldemannstraße, wurden mit neuen Heizzentralen ausgestattet; für die Herberge Meldemannstraße wurde überdies eine zentrale Lüftungsanlage projektiert und die Arbeit zur Anbotstellung ausgeschrieben.

Am Fernwärmewerk Spittelau wären nur noch Vervollständigungsarbeiten auszuführen; an den Heißwasserkesseln wurde die Leistungsabnahme durchgeführt, und auch das Funktionieren der Müllverbrennungsanlage wurde überwacht. Ferner wurden Pläne für eine Spitalmüllvernichtungsanlage und eine Altölverbrennung ausgearbeitet. Weitere Planungsarbeiten standen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau, mit einem Heizungskonzept für das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe sowie mit einem Fernheiznetz im Altersheim und im Krankenhaus Lainz.

Für die Großkläranlage Simmering wurden in Zusammenarbeit mit anderen städtischen Fachdienststellen Untersuchungen angestellt, die sich mit der Behandlung und Verwertung des Klärschlammes befaßten.

Im Stadthallenbad wurde mit der Arbeit an der Filteranlage begonnen. Es wurden sämtliche Mehrschichtfilter aufgestellt und gefüllt, die Verrohrung erfolgte entsprechend dem Baufortschritt. Für den Hubboden wurden die Mauerkästen versetzt, und mit der Fertigung der Antriebsstationen sowie der Hubbodenkonstruktion wurde begonnen. Nach Abschluß der Planung für die Sanierung der Ammoniak-Luftkühlanlage wurden die Arbeiten zur Anbotstellung ausgeschrieben und zum Teil auch schon in Auftrag gegeben. Weiters wurden für das Hallenbad Hietzing die Vorplanung und der Entwurf des elektrischen Schaltschemas einschließlich der Wärmerückgewinnung abgeschlossen. Die Arbeiten an den Heizungs- und Lüftungsanlagen im Schafbergbad wurden fortgeführt. Im östlichen Teil des Jörgerbades konnte die Umstellung von Dampf- auf Warmwasserbetrieb nahezu fertiggestellt werden, für den Bau der Lüftungsanlage wurden die Arbeiten ausgeschrieben und vergeben.

Die Vorplanung für das Atzgersdorfer Bad, bei dem das Wasser in den Becken durch eine Unterwassergasverbrennung erwärmt werden soll, konnte abgeschlossen werden; die dafür nötigen Versuche wurden im Floridsdorfer Hallenbad durchgeführt. Im Ottakringer Bad wurde die Badewasseraufbereitungsanlage sowie die Wärmeversorgung für das Erholungsbecken fertiggestellt; mit den Arbeiten an der Badewasseraufbereitungsanlage für das alte Becken wurde begonnen.

Weiters konnten die Heizungsklimaanlagen, die Heiz- und Kältezentrale, die Kühlboxen sowie die Hängebahnen und Waagen des Fleischzentrums St. Marx fertiggestellt werden. Der Betrieb des Fleischgroßmarktes wurde am 1. September 1972 aufgenommen.

Der Großgrünmarkt Inzersdorf, der vom Fernwärmewerk Süd mit Wärme versorgt wird, konnte nach Abschluß der Arbeiten an den Heizungs- und Lüftungsanlagen sowie an den Fernleitungen und Wärmeübergabestationen mit einer Wärmekapazität von 7 Gcal/h am 31. Oktober 1972 in Betrieb genommen werden.

Die für den U-Bahn-Bau vorgenommenen Untersuchungen, die eine Luftschwallverminderung und die Temperaturhaltung zum Ziele hatten, führten zu einer technisch und ökonomisch befriedigenden Lösung; zu Jahresende wurden noch Details betreffende Untersuchungen fortgeführt. Insgesamt wurde die Planung für 8 Bauabschnitte der Wiener U-Bahn durchgeführt; für den Bauabschnitt Karlsplatz wurde die Genehmigung der Heizungs- und Lüftungsanlagen beantragt, für die Station Taubstummengasse wurden die Ausschreibungsunterlagen verfaßt.

Weitere Projektierungsarbeiten befaßten sich mit dem Schnellbahnhof Leopoldau, mit einer Tiefgarage im 1. Wiener Gemeindebezirk und mit dem Donaukanalverkehrssystem. Die Vorplanungen für den Autobahntunnel Laaer Berg konnten abgeschlossen werden; mit Detailplanungen wurde begonnen.

Es wurden aber auch für Servitutsverhandlungen und Wärmelieferungsverträge die technischen Unterlagen erstellt und zu 441 Bauverhandlungen Amtssachverständige für Heizung, Lüftung und

Ölfeuerung in beratender Funktion entsendet. Ferner wurden neben der Überprüfung von Dampfkesseln Druckbehälter mit den verschiedensten Verwendungszwecken überprüft. Schließlich wurden in Angelegenheiten des Umweltschutzes, etwa bei Rauch- und Lärmbelästigungen, Erhebungen durchgeführt und Vorschläge zur Behebung der Übelstände ausgearbeitet.

## Technische Angelegenheiten des Gas- und Elektrizitätswesens

Im Zusammenhang mit der behördlichen Überprüfung und Überwachung von Elektro-, Stadt- und Flüssiggasanlagen sowie von Hausinstallationen in Gebäuden und Betriebsanlagen, die für Zwecke des Theater-, Kino-, Ausstellungs-, Gewerbe- und Sanitätswesens dienen, ferner bei der Begutachtung von Befähigungsnachweisen von Personen, die sich um eine Konzession für das Elektro-, Gas- und Wasserinstallationsgewerbe bewarben, und schließlich anlässlich der Abnahme der für Kinooperateure und Theaterbeleuchter vorgeschriebenen Prüfungen wurden 1.783 Dienststücke bearbeitet. Weiters nahmen an der Kollaudierung von Hochspannungsfreileitungen, Umspann- und Unterwerken sowie an der Abnahme von Gashochdruckleitungen und Gasregelstationen der Wiener Stadtwerke Amtssachverständige teil. Hervorzuheben wäre die Mitarbeit an den anlässlich der Errichtung des Lorenz Böhler-Krankenhauses in 20, Pasettistraße, einer Prüfanstalt für Gasgeräte im Gaswerk Simmering und des kalorischen Kraftwerkes Lobau durchgeführten Verfahren. Zu den sehr umfangreichen, mit dem U-Bahn-Bau im Zusammenhang stehenden Verhandlungen wurden Sachverständige für Sicherheitstechnik und Vorschriftenwesen entsendet.

Für die öffentliche Beleuchtung wurden im Jahre 1972 eine Reihe von Straßenbeleuchtungsanlagen neu errichtet oder umgebaut, es wurden aber auch umfangreiche Erhaltungsarbeiten durchgeführt; insgesamt wurden hiebei 9.200 Leuchten errichtet, geändert oder instandgesetzt. 4.719 Glühlampen zu je 200 Watt wurden durch Gasentladungslampen ersetzt. Obwohl zu Jahresende ein Zuwachs von insgesamt 10.152 Lampen und 3.217 Leuchten zu verzeichnen war, reduzierte sich der gesamte Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung um rund 56 kW auf rund 1.335 kW.

Von den im Jahre 1972 errichteten Beleuchtungsanlagen sollen hier nur einige wegen ihres Umfangs oder ihrer Gestaltung bemerkenswerte erwähnt werden. Im 2. Bezirk wurden die Donaukanalschnellstraße, im Bereich von der Aspernbrückengasse bis zur Gredlerstraße, der Handelskai, dessen letztes Teilstück von der Meiereistraße bis zur Walcherstraße aber nur entsprechend dem Fortschritt des Straßenbaues behandelt werden konnte, sowie die Straßen um die Nordwestbahnstraße — Rauscherstraße mit neuen Beleuchtungen ausgestattet. Im 5. Bezirk erhielt die Schönbrunner Straße, vom Margaretengürtel bis zur Redergasse, eine neue Straßenbeleuchtung. Für die Bahnunterführung im Zuge der Simmeringer Hauptstraße im 11. Bezirk waren verschiedene Vorarbeiten, wie eine entsprechende Ausleuchtung der Umleitungsstrecken und Kabelumlegungen, vorzunehmen. Im 15. Bezirk bemerkenswert ist die neue Beleuchtung der Mariahilfer Straße, vom Gürtel bis zur Rustengasse, mit Natriumhochdruckdampflampen, die eine angenehme, warme Lichtwirkung haben, wie sie auf der inneren Mariahilfer Straße — zwischen Gürtel und Getreidemarkt — herrscht. Im 19. Bezirk wurden die alten Ortskerne von Grinzing und dem Kahlenbergerdorf mit dem Altstadtbild angepaßten Glühlampenleuchten, die Klosterneuburger Bundesstraße aber bis zur Landesgrenze mit Natriumhochdruckdampflampen ausgestattet. Auch im 21. Bezirk wurde anlässlich des Straßenumbaues der Ortskern von Leopoldau mit Leuchtstofflampen versehen, die den Altstadtcharakter wahren, obwohl durch die neue Beleuchtung das Beleuchtungsniveau wesentlich gehoben werden konnte. Weiters wurden in diesem Gemeindebezirk in der Dr. Nekowitsch-Straße und in der Thayagasse neue Straßenbeleuchtungen gebaut sowie alle öffentlichen Verkehrsflächen in der Großfeldsiedlung, bis auf einige unbedeutende Fußwege, mit einer Beleuchtung ausgestattet.

Zu Ende des Jahres 1972 standen insgesamt 171 Uhren in öffentlicher Verwaltung; es sind dies Würfeluhren an Verkehrsflächen sowie Uhren an Kirchtürmen, Amtshäusern, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden; 4 Würfeluhren waren wegen großer Bauvorhaben außer Betrieb gesetzt oder demontiert. Bei 12 weiteren Uhren wurde lediglich die Zifferblattbeleuchtung betreut. Es wurden 470 Kontrollgänge und 208 Bauüberwachungen durchgeführt sowie auf Grund von 443 Störungsmeldungen Behebungsmaßnahmen ergriffen. Neben den nötigen Erhaltungsarbeiten konnten einige große Uhren auf Hauptuhrensteuerung sowie drei Uhrenanlagen, nämlich die Würfeluhr am Südbahnhof, die Uhr am Amtshaus Hietzing und die Springzifferuhr auf der Kennedybrücke, auf Funksteuerung umgestellt werden.

Im Versuchsraum der Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung, Elektrizitätswesen und brennbare Gase wurden insgesamt 44 Versuchsreihen durchgeführt; hiebei handelte es sich, neben Material- und Geräteüberprüfungen, um Stichproben und Kontrollen von Liefer- und Lagermaterial.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten wurden bei Verkehrssignalanlagen, für die Lichtmaste benützt werden, die Benützungsbedingungen festgelegt sowie der Bau überwacht. Weiters wurde für alle diese Anlagen die Zündanzeige an die Wiener Elektrizitätswerke gemacht. Für die Magistratsabteilung für Straßenbau wurden überdies 12 provisorische Verkehrslichtsignalanlagen errichtet und instandgehalten.

Die Anstrahlung von Baudenkmalern, Brücken und Brunnen wurde im Einvernehmen mit dem Kulturamt der Stadt Wien an 50 Objekten durchgeführt; beim Stephansdom, beim Staatsgründungsdenkmal und beim Haydndenkmäl wurde sie verbessert.

Einige umfangreiche Arbeiten betrafen öffentliche Objekte. In das Arbeitsgebiet des Fernmeldewesens fällt die Vermehrung der Anschlüsse der Kurzrufnummer des Rathauses 42 800 von 50 auf 60, durch die sich eine weitgehende Entlastung der Vermittlungstische in der Telephonzentrale des Rathauses ergab. Außerdem wurden, um für die Verlegung des Amtssitzes städtischer Dienststellen vorzusorgen, die Nebenstellen um 200 Anschlüsse vermehrt.

Besondere Probleme ergaben sich bei städtischen Nutzbauten. Um bei den Landparteiengplätzen im Großgrünmarkt Inzersdorf bei nur geringem Platzbedarf, ungeachtet des geringen Strombedarfes, ein hohes Beleuchtungsniveau zu erreichen, wurden dort neuartige, sogenannte „Giraffenleuchten“ angebracht; die besonders wirtschaftliche Wartung dieser Leuchten kann zudem ohne Beeinträchtigung des Marktbetriebes durchgeführt werden.

Ein weiteres Problem war für Verkehrsbauwerke und U-Bahn-Stationen zu lösen, bei denen aus städtebaulichen Gründen die Stiegenanlagen nicht überdacht werden sollen, wie etwa bei der U-Bahn-Station Stephansplatz. Um die exponierten Verkehrsflächen, also die Stiegen und Rampen, schnee- und eisfrei zu halten, ist eine Oberflächenbeheizung notwendig. Gemeinsam mit der Elektroindustrie wurde hierfür ein System mit elektrisch beheizten Platten entwickelt. Vorteil dieses Systems sind die niedrigen baulichen Herstellungskosten, zufolge einer temperatur- und feuchtigkeitsabhängigen Steuerungsautomatik geringe Betriebskosten, ferner geringfügige Wartungs- und Reparaturkosten sowie die Anwendbarkeit auch bei bereits fertiggestellten Stiegenanlagen, weil die Plattenstärke nur 10 bis 15 mm beträgt und die Plattenoberfläche außerordentlich abriebfest ist.

Schließlich wurden im Krankenhaus Lainz zwei automatische Rohrpostanlagen eingerichtet, von denen die für das Zentrallabor eingerichtete zur Beförderung von Blutproben und die andere für den Anstaltsbetrieb zur Weitergabe von Schriftstücken dient.

## Technische Verkehrsangelegenheiten

Die Straßenverkehrsbehörde führte auch im Jahre 1972 verschiedene Untersuchungen wie Verkehrszählungen durch, die Unterlagen für die Verkehrsorganisation und für Verkehrsregelungen erbrachten. Der Festlegung von verkehrsbehördlichen Verfügungen, wie Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen und sonstigen Verkehrsmaßnahmen, gingen eingehende Ermittlungsverfahren voraus. Häufig wurden die Rückwirkungen der getroffenen Maßnahmen auf größere Gebiete nachträglich untersucht. Für 62 Straßenstellen, bei denen dies zur Koordinierung des Fußgänger- und des Fahrzeugverkehrs notwendig war, wurden Verkehrslichtsignalprojekte mit Schutzwegen ausgearbeitet. Weiters wurden Bodenmarkierungspläne für 133 Örtlichkeiten und Signalpläne für 4 bereits signalgeregelt Kreuzungen, an denen sich im Laufe der Zeit infolge der Wohn- und Straßenbautätigkeit Änderungen in der Verkehrslage ergeben hatten, abgeändert und neu gezeichnet.

Hier wäre auch anzumerken, daß sich die Einrichtung der Ringstraße als Einbahn im allgemeinen bewährt hat und nur an wenigen Stellen die getroffenen verkehrsorganisatorischen Maßnahmen geändert werden mußten.

Ferner wurde der Plan eines umfassenden Vorrangstraßennetzes ausgearbeitet, in dem auch bereits die notwendigen Verkehrslichtsignalanlagen festgelegt wurden. Der Plan ist ausführungsfähig und enthält Angaben über die Dringlichkeit des Baues der einzelnen Verkehrslichtsignalanlagen und anderer verkehrsorganisatorischer Maßnahmen; als Ausführungszeitraum sind vier Jahre vorgesehen. Die Arbeiten an dem Entwurf eines zentralen Wegweiser- und Orientierungssystems für ganz Wien wurden fortgeführt.

Gemäß § 96 Abs. 2 der Straßenverkehrsordnung (StVO), BGBl. Nr. 159/1960, ist die Behörde verpflichtet, alle zwei Jahre die angebrachten Straßenverkehrszeichen daraufhin zu überprüfen, ob sie noch erforderlich sind; nach diesem Gesichtspunkt wurden in den Bezirken 1 bis 11 insgesamt 206 Verkehrslichtsignalanlagen überprüft. Außerdem wurden 27 Schutzwege mittels Verkehrszeichen neu gekennzeichnet.

In allgemeinen verkehrsbehördlichen Angelegenheiten wurden 1.534 Geschäftsfälle bearbeitet. Von

diesen betrafen 757 Ladezonen und fallweise Halteverbote, 180 Parkplatzreservierungen für Veranstaltungen und Haltezonen für diplomatische Vertretungsbehörden sowie 28 Standplätze für das Platzfuhrwerksgewerbe (Taxistandplätze) und Stadtrundfahrten.

An Straßenstellen, an denen sich wiederholt Verkehrsunfälle ereignet hatten, wurde untersucht, welche Maßnahmen zur Unfallverhütung getroffen werden könnten. Hiefür wurden auch Kollisionsdiagramme und Unfallstatistiken bezüglich der Unfallursachen sowie die Aufzeichnungen der polizeilichen Unfallkommandos ausgewertet.

Ferner wurden zu allen den Verkehr in Wien betreffenden Besprechungen und Ortsaugenscheinverhandlungen anderer Dienststellen und Behörden Sachverständige entsendet, die teils in beratender Funktion, teils als Begutachter wirkten. Umfangreiche verkehrstechnische Gutachten waren zu den großen Straßenbauprojekten, bei beabsichtigten Änderungen der Linienführung öffentlicher Verkehrsmittel, zum Bau von Tiefgaragen und anlässlich der Aufschließung der für die Industrieansiedlung vorgesehenen Gebiete abzugeben.

In technischen Angelegenheiten des Eisenbahnwesens ergab sich die Notwendigkeit zur Mitwirkung an etwa 60 eisenbahnbehördlichen Verfahren, die hauptsächlich anlässlich von Gleis- und Straßenumbauten, bei der Errichtung oder Auflassung von Kreuzungen von Straßen mit Eisenbahnen sowie bei der Festlegung provisorischer Ausweichrouten und bei beabsichtigten Bauten der Österreichischen Bundesbahnen oder privater Bauherren auf Eisenbahngrund durchgeführt wurden, sowie an den alljährlichen Revisionen eisenbahnähnlicher Unternehmungen, wie der Donauparkbahn, der Liliputbahn im Prater und der Sessellifanlage im Donaupark. Ferner wurden anlässlich von Gleisbauarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe etwa 70 Bewilligungen für besonders umfangreiche Arbeiten auf der Straße nach vorangegangenen Ermittlungsverfahren an Ort und Stelle erteilt. Etwa 5.200 kleineren Bauvorhaben öffentlicher Stellen auf Straßen wurde nach Prüfung der Sachlage zugestimmt, und zur Möglichkeit der Benützung von Straßen für verkehrsfremde Tätigkeiten wurde in 4.300 Fällen ein Gutachten abgegeben; in den zuletzt genannten Fällen war die Erlaubnis von anderen Behörden zu erteilen. Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau waren 132 Erledigungen zu treffen und Sachverständige zu den periodisch abgehaltenen Baustellenbesprechungen zu entsenden.

Anlässlich der Errichtung von Wohn-, Büro- und Geschäftshäusern, Spitälern, Schulen, Sportanlagen, Industriebauten und gewerblichen Betriebsanlagen, vornehmlich solchen, deren Betriebsgegenstand die Einstellung, Reparatur und Wartung von Kraftfahrzeugen ist, sowie vor der Erteilung von Konzessionen, deren Betrieb ein besonderes Verkehrsaufkommen verursacht oder deren Bewilligung vom Bevölkerungsbedarf abhängig gemacht wird, wurden 886 verkehrstechnische Gutachten abgegeben; in 7 derartigen Fällen wurden Gutachten auf Verlangen der Bauoberbehörde erstellt. Außerdem wurden während der amtlichen Sprechstunden etwa 1.300 Besprechungen mit den Planverfassern von Bauten und Betriebsanlagen abgehalten und hiebei Ratschläge vom verkehrstechnischen Standpunkt gegeben. 156 Gutachten betrafen Tankstellenprojekte und öffentliche Bauten.

1.436 Bewilligungen wurden nach dem Kraftfahrzeuggesetz für Transporte mit Übergewichten und Übermaßen sowie zum Anhängen von nicht zum Verkehr zugelassenen Anhängern erteilt. In den meisten Fällen waren umfangreiche Routenerhebungen und Verfahren zur Ermittlung des Zustandes, der Einbauten und der fahrtechnischen Eignung der zu befahrenden Straßen durchzuführen. 817 Ausnahmegenehmigungen entbanden Verkehrsteilnehmer vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot sowie von sonstigen Verkehrsbeschränkungen und -verfügungen oder gestatteten das Halten zum Zwecke der Ladetätigkeit in Halteverbotszonen. 92 Kraftfahrzeugmechanikern und 48 Transportunternehmern wurde unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse die Eignung der von ihnen gewählten Lokalitäten bescheinigt.

Sportveranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden in 83 Fällen bewilligt; in einigen Fällen erstreckte sich die Bewilligung auf mehrere Bundesländer. Weitere 68 Ausnahmegenehmigungen gestatteten die Benützung öffentlicher Verkehrsflächen für verkehrsfremde Zwecke, wie die Herstellung von Filmaufnahmen.

In 96 Fällen wurden die Eigentümer von Liegenschaften oder deren Bevollmächtigte von der Verpflichtung zur Bestreuerung von Gehsteigen bei Glatteis entbunden.

Die beiden Amtssachverständigen für Luftfahrtangelegenheiten der Wiener Stadtverwaltung wirkten an allen einschlägigen Entscheidungen des Magistrats sowie an der Neufassung der Zivillflugplatzverordnung, die vom Bundesministerium für Verkehr erarbeitet wird, mit.

An den Kraftfahrzeug-Lenkerprüfungen nahmen 12 und an den Fahrschul- und Fahrlehrerprüfungen 4 technische Sachverständige als Prüfungskommissäre teil. Von den in Wien zur Lenkerprüfung angetretenen 47.950 Kandidaten waren nur 22.665 erfolgreich. Von den 25.285 Prüflingen, welche die Prüfung nicht bestanden, wiesen 41,2 Prozent nicht das nötige Wissen an Verkehrsvorschriften

nach, 21,7 Prozent hatten keine ausreichenden technischen Kenntnisse ihres Fahrzeuges und 37,1 Prozent entsprachen bei der praktischen Fahrprüfung nicht. Ferner wurden 132 Kraftfahrzeuge auf ihre Eignung als Schulfahrzeuge überprüft. Weitere 512 Gutachten wurden über Körperbehinderte, die Ausgleichskraftfahrzeuge benutzen mußten, abgegeben. Die Verhandlungen mit Kraftfahrzeughauptpflichtunternehmen zur Erlangung eines Schadenersatzes für beschädigte Verkehrseinrichtungen nach Kraftfahrzeugunfällen wurden oft mit Hilfe der für Zivilrechtsangelegenheiten zuständigen Magistratsabteilung geführt. Von einiger Bedeutung war schließlich die Mitwirkung an der Kraftfahrzeuggesetzgebung in Form von Gutachten.

Die **Landeskraftfahrzeugprüfstelle** überprüfte 5.412 Personenkraftwagen, 6.685 Lastkraftwagen, Sonderkraftfahrzeuge, selbstfahrende Arbeitsmaschinen, Anhängerzugmaschinen und Feuerwehrfahrzeuge, 265 Motorräder, 1.420 Kraftfahrzeuganhänger, 53 Omnibusse, 91 Tankkraftwagen und 39 Tankanhänger auf ihre Verkehrseignung; in einigen Fällen wurden Einzelgenehmigungen ausgestellt. Bei technischen Mängeln wurde deren Behebung gefordert und überwacht. Weiters wurden 164 amtliche Motor- und Fahrgestellnummern zugeteilt und eingeschlagen, 130 Duplikate von Einzelgenehmigungsbescheiden ausgefertigt und 365 technische Verkehrs-, Kraftfahr- sowie Kraftfahrzeugbegutachtungen in Verwaltungsstrafsachen, meist im Berufungsverfahren, abgegeben. In 3 Fällen wurde an Typenprüfungen mitgewirkt und in 381 Fällen die Genehmigung einer Ausnahme beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie beantragt. Für die angeführten Tätigkeiten wurden Einnahmen von 3.459.400 S an Verwaltungsabgabemarken erzielt.

Die **Straßenverwaltung** besorgte alle mit dem Bau von Verkehrslichtsignalanlagen zusammenhängenden Verwaltungsaufgaben, wie Anbotausschreibungen, die Vergabe der Arbeiten und Abrechnungen, aber auch die Bauüberwachungen. Im Jahre 1972 wurden 61 automatische Anlagen fertiggestellt, 5 weitere Anlagen waren zu Jahresende noch im Bau. Infolge des Anschlusses der Signalgruppen Ring I und II sowie Kai I an die Verkehrsleitzentrale wurden zu Jahresende bereits 176 Signalgruppen zentral gesteuert; am Anschluß weiterer Gruppen wurde noch gearbeitet. Ferner wurden 40 provisorische Verkehrslichtsignalanlagen im Zusammenhang mit Bauführungen eingerichtet. Die ständigen Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten waren an 515 Verkehrslichtsignalanlagen, 164 Blinkanlagen, 23 Fernsehbeobachtungsstellen sowie an der Verkehrsleitzentrale, die mit einer Datenverarbeitungsanlage gekoppelt ist, vorzunehmen. Schließlich waren etwa 190 gerichtliche Anfragen und 25 Anfragen der Verwaltungsstrafbehörden, die sich auf Verkehrsunfälle im Bereich von Verkehrslichtsignalanlagen bezogen, zu beantworten.

Zur Leitung und Sicherung des Verkehrs auf Grund neuer Verkehrsregelungen wurden 2.849 Straßenverkehrszeichen, 1.504 Zusatztafeln, 1.419 Eisenständer und 260 Kettenständer aufgestellt sowie anlässlich laufender Erhaltungsarbeiten oder nach Beschädigungen bei Unfällen 6.309 Straßenverkehrszeichen, 4.492 Zusatztafeln, 3.394 Eisenständer und 351 Kettenständer ausgewechselt. An beleuchteten Verkehrsleiteinrichtungen wurden 72 Verkehrszeichen, 13 Verkehrsleuchtsäulen und 27 Wegweiser angebracht. Außerdem wurden 4 Wegweiserbrücken errichtet. Vorübergehende Verkehrsmaßnahmen während des Friedhofsverkehrs anlässlich der Totenfeiertage wurden durch Aufstellung von 214 auf Eisenständern angebrachten transportablen Straßenverkehrszeichen kundgemacht.

An Bodenmarkierungen zur Lenkung oder Sicherung des Verkehrs wurden auf den Landesstraßen 364.820 m Strichmarkierungen, wie Parkordnungsbezeichnungen, Sperr-, Leit- und Randlinien, sowie 41.950 m<sup>2</sup> Flächenmarkierungen aller Art, zum Beispiel Zebrastreifen für Fußgängerübergänge und Sperrflächen, angebracht. Zur Markierung der Umleitungsstrecken für die U-Bahn-Bauabschnitte waren zusätzlich 16.422 m Strichmarkierungen und 4.053 m<sup>2</sup> Flächenmarkierungen nötig. Die Bundesstraßen A und B wurden mit insgesamt 224.697 m Strichmarkierungen sowie 13.549 m<sup>2</sup> Flächenmarkierungen ausgestattet. Die Bodenmarkierungen wurden in vermehrtem Ausmaße als Dauermarkierungen mit starkschichtigen Lackmaterialien und Kaltplastik ausgeführt, wodurch ihre Haltbarkeit und Erkennbarkeit verbessert wurde. Die Geräusentwicklung der nachts zur Markierung eingesetzten Maschinen und Geräte konnte auf ein unbedeutendes Maß verringert werden.

## Stadtreinigung und Fuhrpark

Da der ständig zunehmende Arbeitsumfang mit Rationalisierungsmaßnahmen allein nicht mehr bewältigt werden konnte, mußte der Personalstand neuerlich etwas erhöht werden. Einschließlich der jugoslawischen Gastarbeiter waren ohne Berücksichtigung der im Dienstkraftwagenbetrieb Beschäftigten im Jahre 1972 bei der Stadtreinigung und im Fuhrpark zusammen 2.625 Bedienstete tätig. Während der Personalmehrbedarf der Müllabfuhr auf dem heimischen Arbeitsmarkt gedeckt werden konnte, mußten für die Straßenpflege wieder jugoslawische Gastarbeiter eingestellt

werden. Von diesen wurden im Jahre 1972 weitere 31 in ein vertragsmäßiges Dienstverhältnis übernommen. Insgesamt wurden zu Jahresende 326 jugoslawische Gastarbeiter (160 Saison- und 166 Vertragsarbeiter) verwendet. Außerdem waren im Durchschnitt ca. 280 Tagelöhner zweimal wöchentlich bei der Straßenpflege beschäftigt und für die Müllabfuhr von Firmen 26 Müllaufleger, 6 Hilfsarbeiter für die Kübelwäscherei und 3 Lenker zur Verfügung gestellt.

Der starke Verkehr, unvorschriftsmäßiges Parken und die Unsitte, Fahrzeugwracks einfach in den Straßen stehen zu lassen, verursachten auch eine Zunahme der rechtlichen Angelegenheiten, die zu behandeln waren. Die von der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark versicherungsrechtlich und technisch betreuten Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung waren im Jahre 1972 an 937 Schadensfällen beteiligt. Als Schadenersatz konnten von den Haltern der fremden Fahrzeuge oder deren Haftpflichtversicherungen 812.644 S hereingebracht werden. Weiters wurden für Beschädigungen an Papierkörben, Müllsammelgefäßen und Sanddächern 75.200 S eingefordert. Wegen des die Stadtreinigung behindernden Parkens langten 33.480 Anzeigen ein; von diesen wurden, da bezüglich zahlreicher Kraftfahrzeuge mehrmals und von verschiedenen Personen Anzeige erstattet wurde, 13.550 protokolliert und bearbeitet. Die Zahl der abgeschleppten Kraftfahrzeugwracks stieg gegenüber dem Vorjahr nahezu auf das Doppelte an und betrug 4.347. 1.490 Wracks konnten, da Verzichtserklärungen der Eigentümer vorlagen, in kurzer Zeit und ohne weiteren Verwaltungsaufwand aus den Straßen weggebracht werden.

Die Straßenpflege wird wegen des weiterhin ansteigenden Verkehrs zunehmend schwieriger, weil dieser die maschinelle Straßenreinigung stark behindert. Vor allem der ruhende Verkehr zwingt dazu, die Reinigung in verstärktem Maße mit Handarbeit zu besorgen. Es waren rund 19 Millionen Quadratmeter Fahrbahnen, 65.000 Laufmeter Gehsteige und Brückengehsteige, 218 Stiegenanlagen und 29 Märkte mit einer Gesamtfläche von 453.000 m<sup>2</sup> von der Straßenpflege zu betreuen. Unter den Märkten befand sich auch der neue Großgrünmarkt Inzersdorf mit einer Fläche von 360.000 m<sup>2</sup>.

Zur Straßenreinigung mittels Handarbeit waren täglich durchschnittlich 850 Arbeitskräfte eingesetzt. Die maschinelle Reinigung wurde im Sommer von 10 Kehrmaschinen vorgenommen, die nachts abwechselnd auf 17 Planrouten und tagsüber nur bei dringendem örtlichem Bedarf eingesetzt waren. Der weitaus überwiegende Teil der maschinellen Reinigung mußte in die Nachtstunden verlegt werden, weil die Verkehrslage einen Kehrmaschineneinsatz bei Tag kaum noch zuläßt. Außerdem wurden die Straßen bei Tag und Nacht mit Hilfe von 7 Waschmaschinen gewaschen. Vom 15. bis 26. Mai 1972 wurden wie alljährlich Stadtreinigungswochen abgehalten; während dieser Zeit wurden 1.600 m<sup>3</sup> Müll von wilden Ablagerungen und als Sperrmüll aus Haushalten abgeführt.

Während des Winters 1971/72 waren 82 städtische Lastkraftwagen mit Schneepflügen und 135 Lastkraftwagen privater Firmen, 3 Schneefräsen sowie 368 Salz- und Sandstreugeräte eingesetzt, um die Straßen befahrbar zu halten. Bei Auftreten von Straßenglätte mußten insgesamt 22.000 t Streuriesel und 3.500 t Auftausalz gestreut werden. Außerdem wurden mit städtischen und privaten Fahrzeugen ca. 270.000 m<sup>3</sup> Schnee aus den Straßen weggebracht.

Eine größere Anzahl von Geräten der Straßenpflege mußte wegen Überalterung ausgeschieden werden, doch konnten nicht alle Geräte ersetzt werden, so daß sich der Maschinenpark gegenüber dem Jahre 1971 etwas verkleinerte.

Die Müllabfuhr beseitigte im Jahre 1972 rund 2,9 Millionen Kubikmeter Müll mit einem Gewicht von 377.000 t. Die Müllmenge nahm demnach etwa um 1 Prozent zu, das spezifische Müllgewicht sank jedoch weiter von 142 kg/m<sup>3</sup> auf 130 kg/m<sup>3</sup> ab. Der angefallene Müll wurde zu 37,8 Prozent in der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig und zu 29,9 Prozent in der Müllverbrennungsanlage Spittelau verbrannt, 2,4 Prozent des angefallenen Mülls wurden in der Biomüllanlage zu Kompost verarbeitet und 29,9 Prozent auf den Ableerplätzen geordnet abgelagert. Da zeitweilig Mangel an Müllgefäßen herrschte, mußte, wie in den vergangenen Jahren, vereinzelt Hausmüll mittels Lastkraftwagen mit Ladekran offen abgeführt werden.

Obwohl vor allem im ersten Halbjahr 1972 zeitweise zuwenig Müllgefäße und Müllwagen einsatzfähig waren, konnten durch verstärkten Einsatz von 1,1-m<sup>3</sup>-Großmüllbehältern 57,5 Prozent des wöchentlich anfallenden Mülls mit durchschnittlich nur 60 Müllwagen und 120 Müllauflegern bewältigt werden; es waren dies 39 Prozent der eingesetzten Wagen und 21 Prozent des gesamten Ladepersonals. Die starke Fluktuation beim Ladepersonal — es wurden bei voller Besetzung aller Strecken 573 Mann gebraucht — wurde durch den zusätzlichen Einsatz von durchschnittlich 26 Bediensteten privater Reinigungsfirmen ausgeglichen.

In der Kübelwäscherei werden die vorhandenen etwa 180.000 Stück 110-l-Mülltonnen in Intervallen von ca. 1½ Jahren gewaschen und repariert. Im Jahre 1972 wurde versucht, auch die 1,1-m<sup>3</sup>-Großmüllgefäße dort einer Wartung zu unterziehen.

Die Entrümpelungsaktion gegen Gebühr und das Einsammeln von wilden Ablagerungen wurden in verstärktem Ausmaß fortgesetzt.

In der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig wurde im Jahre 1972 um 1 Prozent mehr Müll als im Vorjahr verbrannt; die auf diese Weise vernichtete Müllmenge wog 143.000 t. Damit konnte die bei der Planung unter Berücksichtigung von unvermeidlichen Revisions-, Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie des wechselnden Energiebedarfs der angeschlossenen Verbraucher mit ca. 120.000 t pro Jahr angenommene Leistungsgrenze der Anlage erheblich überschritten werden; dieser Erfolg ist auf die Installation der Dampfturbine und auf die gute Zusammenarbeit mit allen Verbrauchern zurückzuführen. Da im übrigen der Heizwert des Mülls stark angestiegen ist, war zwar nicht mit der Kapazitätsgrenze der Ofen, wohl aber mit der der Dampfkessel zu rechnen. Bei der Planung war angenommen worden, daß aus 1 t Rohmüll maximal 1,3 t Dampf erzeugt werden würden, tatsächlich liegt die Verdampfungsziffer aber bereits bei 1,8 bis 2,1. Aus dem verbrannten Müll wurden 280.000 t Dampf, um 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr, und 2.860.000 kW elektrische Energie erzeugt. Außerdem wurden 2.250 t Eisenschrott, um etwa 10 Prozent weniger als im Jahre 1971, aussortiert und verkauft.

Im Fuhrpark wie auch im Dienstkraftwagenbetrieb war im Jahre 1972 neuerlich ein Absinken der Fahrleistung gegenüber dem Vorjahr um je etwa 2 Prozent zu verzeichnen. Von den Fahrzeugen des Fuhrparks wurden insgesamt 6,260.000 km und von denen des Dienstkraftwagenbetriebes 1,085.000 km gefahren.

Das weitere Ansteigen der Müllmenge führte dazu, daß der Großteil der zur Verfügung gestellten Budgetmittel zur Anschaffung neuer Müllfahrzeuge verwendet werden mußte. Es wurden 12 Müllwagen skartiert und 23 angeschafft. Die Zahl der Kehrmaschinen blieb mit 12 gegenüber dem Vorjahr gleich, die Anzahl der sonstigen, bei der Straßenpflege eingesetzten Fahrzeuge und Geräte nahm gegenüber diesem Zeitraum ab.

Die städtische Hauptwerkstätte führte an Fahrzeugen 1.035 und an Schneepflügen 485 Reparaturen aus. 28 Motore wurden gänzlich überholt. Weitere 1.900 Reparaturen wurden an Streugeräten und verschiedenen Einzelteilen vorgenommen. Außerdem wurden sämtliche Schneepflüge und Streugeräte, die vom städtischen Fuhrpark und von anderen Dienststellen der Stadtverwaltung verwendet wurden, montiert.

Zu Ende des Jahres 1972 standen 148 öffentliche Bedürfnisanstalten in Betrieb; davon waren im Laufe des Jahres 2 Anlagen, nämlich eine am Parkplatz vor dem Riesenrad an der Straße des 1. Mai im 2. Bezirk und eine in 3, Am Modenapark, errichtet worden. Das Pissoir in 3, Am Modenapark, wurde abgebrochen.

Die beiden fahrbaren Toilettenanlagen waren an insgesamt 240 Tagen eingesetzt, davon eine Anlage am Südtiroler Platz vom 29. März bis 1. Oktober, während der Dauer der Reparaturarbeiten an der Bedürfnisanstalt im dortigen Verkehrsbauwerk. Die 3 transportablen Toilettenanlagen standen an insgesamt 624 Tagen auf verschiedenen Lagerwiesen im Einsatz.

Von den baulichen Herstellungen sollen hier nur einige größere genannt werden. Unter anderem wurde eine Anlage zur Messung von elektrischer Energie in der städtischen Hauptwerkstätte errichtet und verkabelt sowie der Personenaufzug im Amtshaus, 5, Einsiedlergasse 2, erneuert. Weiters wurden in der Zentralgarage, 1, Friedrich Schmidt-Platz, die Beleuchtungseinrichtungen ausgewechselt und die elektrischen Leitungen saniert. In der Müllverbrennungsanlage, 16, Flötzersteig 12, wurde die Betonfahrbahn der Ausfahrt der Eisenabscheidung neu hergestellt. Schließlich wurde mit dem Umbau der gesamten Heiz- und Warmwasseraufbereitungsanlage in der Garage, 17, Richthausenstraße 2, begonnen.

## **Straßenbau und Straßenerhaltung**

Im Jahre 1972 besorgte die Stadtverwaltung die Verwaltung und die Erhaltung von 2.423 km öffentlicher Straßen, darunter von 138 km Bundesstraßen und 17 km Autobahnen. Im Laufe des Jahres wurden in diesem Straßennetz an 214.000 m<sup>2</sup> Fahrbahnen, 9.000 m<sup>2</sup> Autoabstellflächen und 71.000 m<sup>2</sup> Gehsteigen Erhaltungsarbeiten ausgeführt, 1,193.000 m<sup>2</sup> Fahrbahnen, 26.000 m<sup>2</sup> Autoabstellflächen und 88.000 m<sup>2</sup> Gehsteige wurden neu hergestellt oder mit neuen Belägen versehen. Bei einer durchschnittlichen Straßenbreite von 8,50 m läßt sich errechnen, daß 25 km Fahrbahnen und 23,5 km Gehsteige instandgesetzt sowie 140 km Straßenflächen und 29,5 km Gehsteige gebaut oder erneuert wurden.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau der Siedlungsstraßen waren 18 Straßenwalzen, 6 sonstige Baumaschinen, 8 Straßenreparaturfahrzeuge und 1 Lastkraft-

wagen, die im Eigentum der Stadt Wien standen, in etwa 5.800 Arbeitsschichten eingesetzt. Mit diesen Straßenreparaturfahrzeugen konnten Schäden in leichten, bituminösen Straßendecken rasch behoben werden. Bei ihrem Einsatz legten die Fahrzeuge eine Strecke von rund 41.000 km zurück.

Für den Neubau und die Instandsetzung von Versorgungsleitungen und Kanälen wurden an öffentliche Dienststellen und an private Bauwerber ca. 14.500 Aufgrabungsbewilligungen erteilt.

Die im Vorjahr begonnene strenge Überwachung der Künettenschließung wurde im Jahre 1972 intensiviert. In Zusammenarbeit mit der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien wurden laufend stichprobenweise Druckversuche mit Lastplatten während der Zuschüttung und auf den erst kürzlich verschlossenen Künetten vorgenommen. Bei den rund 450 durchgeführten Versuchen ergab sich, daß 340 Zuschüttungen sachgemäß ausgeführt waren, bei 110 Stichproben, also bei fast einem Viertel, war die Verdichtung mangelhaft. Bei letzteren wurden die bauausführenden Firmen beauftragt, den Mangel zu beheben. Nach Vornahme der Nachverdichtungen entsprachen weitere 102 Schüttungen den Anforderungen, so daß lediglich in 8 Fällen Strafverfahren gegen die Baufirmen eingeleitet werden mußten. Da die Überprüfung mit Lastplatten zu einer wesentlich besseren Wiederherstellung der Straßendecken nach Aufgrabungen führte, wird sie fortgesetzt werden.

In den Hauptverkehrsstraßen wurden neben Erhaltungsarbeiten Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durchgeführt. Derartige Maßnahmen waren im 3. und 11. Bezirk der Umbau des Gräßplatzes, durch den eine äußerst unangenehme Kreuzung so weit wie möglich entschärft wurde, und im 9. Bezirk, im Bereich der Markthalle, der Umbau der Nußdorfer Straße und der Alserbachstraße, durch den ebenfalls eine merkbare Verbesserung der Verkehrslage erzielt werden wird.

Im Zusammenhang mit der WIG 74 wurde der Ausbau der Laaer Berg-Straße von der Bitterlichstraße bis zur Ober-Laaer Straße weitergeführt. Gleichzeitig wurden die Arbeiten an der südlichen und an der nördlichen Randstraße des WIG-Geländes sowie an den dort einzurichtenden Parkplätzen aufgenommen. Ebenso wurde mit dem Ausbau der Laaer Berg-Straße von der Bitterlichstraße stadteinwärts bis zur Absberggasse begonnen. Im 12. Bezirk, wo wegen der starken Bautätigkeit am südlichen Stadtrand in den letzten Jahren durchgehende Straßenzüge für den Verkehr geschaffen werden müssen, wurde der Ausbau der Graf Seilern-Gasse—Fasangartengasse von der Gaßmannstraße bis zur Stranzenberggasse zum Abschluß gebracht und mit dem Umbau der Edelsinnstraße von der Gaßmannstraße bis zur Schwenkgasse begonnen. Hiedurch konnte die wegen der Unterfahrung der Altmannsdorfer Straße mit der Edelsinnstraße notwendige Umleitungsstrecke wesentlich verbessert werden. Ein weiteres Teilstück des von der Wienerbergbrücke bis zum Rosenhügel auszubauenden Straßenzuges ist die Atzgersdorfer Straße; dort wurden die Erdarbeiten von der Defreggerstraße bis zur Schmardagasse so weit fertiggestellt, daß mit dem Kanalbau begonnen werden konnte.

Im 14. Bezirk in der Reingasse von der Linzer Straße bis zur Hütteldorfer Straße, im 15. Bezirk in der Felberstraße vom Gürtel bis zur Schweglerstraße und im 16. und 17. Bezirk in der Ottakringer Straße vom Gürtel bis zur Hubergasse wurde der Hartfußasphalt auf den Fahrbahnen hergestellt.

Im Zusammenhang mit den großen Schulbauten auf der Schmelz steht der Ausbau der Possinger-gasse in der neuen Trasse von der Johnstraße bis zur Gablenzgasse; gleichzeitig mit diesem werden Fußwege und Parkplätze im Bereich der Schulbauten hergestellt.

Im Anschluß an die Unterfahrung der Ostbahn in Stadlau wurden Straßenbauarbeiten in der Konstanziagasse und in der Langobardenstraße durchgeführt. Im 22. Bezirk wird der Kagranner Platz von der Wagramer Straße bis zur Breitenleer Straße umgebaut, wobei zum Teil getrennte Richtungsfahrbahnen für den immer stärker werdenden Fahrzeugverkehr geschaffen werden.

Im 23. Bezirk konnte der Umbau des Liesinger Platzes, der Breitenfurter Straße und der angrenzenden Gassen soweit fertiggestellt werden, daß nur noch der endgültige Fahrbahnbelag aufgebracht werden muß.

Ferner wurden in einigen Hauptverkehrsstraßen Fußgängerübergänge mit einem dauerhaften Weißasphaltbelag versehen; unter anderem wurden derartige Schutzwege im 1. Bezirk am Tiefen Graben und am Michaelerplatz, im 6. Bezirk in der Marihilfer Straße, im 10. Bezirk in der Gudrunstraße, Quellenstraße und Laxenburger Straße, im 12. Bezirk in der Graf Seilern-Gasse, im 18. Bezirk am Türkenschanzplatz und im 22. Bezirk in der Erzherzog Karl-Straße angelegt. Auch Bundesstraßen wurden mit Schutzwegen in Weißasphaltbelag ausgestattet.

In einigen Straßen von örtlicher Bedeutung konnte der Ausbau abgeschlossen werden, so im 3. Bezirk in der Rechten Bahngasse und im 19. Bezirk in der Agnesgasse von der Krottenbachstraße bis zur Sieveringer Straße. In der Agnesgasse konnte erst nach der Herstellung umfangreicher Entwässerungsanlagen der endgültige Asphaltbelag fertiggestellt werden. Im 22. Bezirk wurde mit Straßenbauarbeiten im Bezirkszentrum Kagan begonnen.



Ein neues Gerät ermöglicht das raschere Abschleppen von Autos

#### Stadtreinigung und Fuhrpark

Diese 21 Tonnen schwere Planier- und Müllverdichtungsmaschine wird auf der städtischen Mülldeponie in Mannswörth bei Schwechat eingesetzt





Bürgermeister Felix Slavik pflanzt zwei Birkenbäume im Schulhof in der Wiener Innenstadt

#### Stadtgartenamt

Im Reservergarten Hirschstetten werden die Blumen und Blütenstauden für die Auspflanzung in den städtischen Gartenanlagen kultiviert





Frau Stadtrat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) und Polizeipräsident Josef Holaubek in der Verkehrsleitzentrale Rößauer Kaserne

#### Verkehrsangelegenheiten

Die Wiener Ringstraße wurde am 12. Juli 1972 zur Einbahn





Beleuchtete Wegweiser auf der Südbahn-Brücke am Matzleinsdorfer Platz bieten den Kraftfahrern bei Nacht bessere Orientierung

Verkehrsangelegenheiten

#### Öffentliche Beleuchtung

Die Freyung, einer der attraktivsten Plätze der Inneren Stadt, wurde mit einer Flutlichtanlage ausgestattet



Im Zuge der Regenerierung alter Asphaltbeläge wurden im 1. Bezirk die Fahrbahnen des Dr. Karl Renner- und des Opernrings mit einem neuen Hartgußasphaltbelag ausgestattet, und auch der Fahrbahnbelag in der Lichtenfelsgasse wurde von der Bartensteingasse bis zur Lastenstraße erneuert.

Bei laufenden Erhaltungsarbeiten wurden erstmals in einigen Straßen in größerem Ausmaß Teppichbeläge auf Fahrstreifen aufgebracht. Dabei wurden die seitlich gelegenen Abstellstreifen nicht mitbelegt, so daß nicht nur die Kosten der Belagherstellung auf diesen Streifen, sondern in der Regel auch die Ausgaben für den Umbau der Entwässerungsanlagen und Gehsteige eingespart werden konnten. Im Jahre 1972 wurden rund 50.000 m<sup>2</sup> derartiger Fahrbahnbeläge hergestellt.

Für die Behebung von Frostschäden im Straßennetz mußten im Jahre 1972 rund 40 Millionen Schilling aufgewendet werden. Einige Fahrbahndecken mußten teilweise gänzlich erneuert werden; insgesamt wurden rund 150.000 m<sup>2</sup> neue Asphaltfahrbahnen innerhalb des gesamten Stadtgebietes hergestellt.

Weiters wurden an Straßen der äußeren Bezirke in einem Ausmaß von rund 600.000 m<sup>2</sup> Oberflächenbehandlungen durchgeführt. Durch dieses Verfahren werden leichte, bituminöse Fahrbahndecken gegen die Einflüsse des Wetters und des Verkehrs widerstandsfähiger gemacht.

Die Arbeiten an den Straßen im Bereich von städtischen Wohnhausanlagen wurden fortgesetzt. In 10, Sibeliugasse, und in den umliegenden Gassen wurden rund 43.000 m<sup>2</sup> und bei den Wohnhausanlagen in 11, Mühlangergasse und Thürndlhofstraße, mehr als 30.000 m<sup>2</sup> Asphaltbeläge hergestellt. Im 13. Bezirk wurde der Neubau der unbenannten Gasse hinter dem Wasserbehälter Rosenhügel begonnen. Im 14. Bezirk wurden im Bereich der „Stadt des Kindes“ die Hofjägerstraße und die Mühlbergstraße ausgebaut oder zumindest mit neuen Asphaltbelägen ausgestattet. Im 19. Bezirk konnten in der Siolygasse und Gugitzgasse weitere rund 5.000 m<sup>2</sup> Asphaltfahrbahnen gebaut werden. Die Arbeiten in 21, Großfeldsiedlung, wurden mit dem Aufbringen von mehr als 33.000 m<sup>2</sup> Asphaltbelägen abgeschlossen. Auch in 21, Leopoldauer Straße, wurden ca. 30.000 m<sup>2</sup> Asphaltbetonbelag fertiggestellt; der Umbau des Leopoldauer Platzes war bis Ende des Jahres 1972 gleichfalls schon weit gediehen. Im 22. Bezirk wurde bei der Wohnhausanlage Ziegelhofstraße—Quadenstraße eine größere Zahl von Verkehrsflächen gebaut; die verlegten Asphaltbeläge erreichten ein Ausmaß von 46.000 m<sup>2</sup>. Schließlich wurde noch in 23, Breitenfurter Straße von der Levasseurgasse bis zur Canavesegasse, ein neuer Asphaltbelag hergestellt.

Die Straßenbauten bei privaten Wohnhausanlagen und sonstigen Neuanlagen wurden unter anderem in 13, Klitschgasse—Maygasse, und in 23, Brüder Albert-Gasse, fortgesetzt. Weiters wurden Straßenbauarbeiten im 13. Bezirk in der Adolfstorgasse, in der Beckgasse und in der Hummelgasse, im 14. Bezirk in der Rosentalgasse von der Dehnegasse bis zur Freyenthurm-gasse, im 15. Bezirk in der Diefenbachgasse und in der Dreihausgasse, im 19. Bezirk in der Rudolf Kassner-Gasse und in der Sickenberggasse sowie im 20. Bezirk, hier vor allem im Bereiche des neuen Unfallkrankenhauses, nämlich in der Pasettistraße, Leystraße und Allerheiligengasse, sowie in der Leipziger Straße und in der Romanogasse, durchgeführt. Im 21. Bezirk wurde der Ausbau der Mayerweckstraße abgeschlossen; größere Arbeiten in der Siegfriedgasse und Bertlgasse wurden begonnen. Im 23. Bezirk wurde beim neuen Großgrünmarkt Inzersdorf die Fahrbahn der Laxenburger Straße verbreitert.

Bei Straßenbauten in den Siedlungen wurden rund 30.000 m<sup>2</sup> Fahrbahnen befestigt, mit bituminösen Belägen ausgestattet oder Oberflächenbehandlungen unterzogen. Weiters mußten Frostschäden auf Siedlungsstraßen behoben und dabei 15.000 m<sup>2</sup> Fahrbahnen neu hergestellt werden. Ferner wurden im Zuge von Straßenbauarbeiten auf Ersuchen der Anrainer Niveau- und Gehsteigerstellungen für Private vorgenommen; hiedurch wird der Straßenbau wesentlich erleichtert.

Als Vorbereitung für den U-Bahn-Bau wurden im Jahre 1972 wieder Straßen, die infolge von Verkehrsumleitungen größeren Belastungen ausgesetzt sein werden, umgebaut. Im 1. Bezirk wurden derartige Arbeiten am Michaelerplatz und Kohlmarkt, in der Tuchlauben, Marc Aurel-Straße und Vorlaufstraße sowie am Tiefen Graben, ferner in der Dominikanerbastei mit der Herstellung der endgültigen Fahrbahnbeläge abgeschlossen; im Bereich der Börsegasse und am Schlickplatz war ein guter Baufortschritt zu verzeichnen. Im 2. Bezirk wurden in den als Umleitungstrecke für die Praterstraße vorgesehenen Verkehrsflächen, das sind die Hollandstraße, Heinestraße, Karmelitergasse, Kleine Sperl-gasse und Kleine Stadtgutgasse, umfangreiche Straßenbauarbeiten durchgeführt. Außerdem wurden im Bereich des Pratersterns verschiedene Umbauten vorgenommen. Im 4. und 10. Bezirk wurden auf den fertiggestellten U-Bahn-Tunneldecken in der Favoritenstraße, soweit es die Tiefbauarbeiten zuließen, neue Straßenbeläge aufgebracht.

Die Arbeiten zur Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden im Jahre 1972 in erhöhtem Umfange betrieben. Im 3. Bezirk wurden Straßenbauarbeiten im Erdberger Mais aufgenommen, desgleichen im 11. Bezirk in der Simmeringer Haide und in der Simmeringer Hauptstraße, bei der Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe. Die Arbeiten im Gebiete der Schönthalergasse und Siemensstraße im 21. Bezirk wurden weitergeführt. Im 22. Bezirk wurden im Bereich der Trabrennvereinsgründe bei Straßenbauarbeiten rund 18.000 m<sup>2</sup> Fahrbahnen befestigt, während in den Betriebsbaugebieten an der Julius Ficker-Straße und an der Teiläckergasse zusammen rund 16.000 m<sup>2</sup> Fahrbahnen gebaut wurden. Im 23. Bezirk konnten bei den Arbeiten im Bereich der Zetschegasse etwa 14.000 m<sup>2</sup> Fahrbahnen und Abstellstreifen befestigt werden; weitere 28.000 m<sup>2</sup> Fahrbahnen und Abstellstreifen wurden bei den umfangreichen Straßenbauten im Betriebsbaugebiet Blumental hergestellt.

Auf den Bundesstraßen und Autobahnen waren im Jahre 1972 gleichfalls zahlreiche Arbeiten auszuführen. Im Zuge der Bundesstraße B 1, der Wiener Straße, wurde im 13. Bezirk am Hietzinger Kai zwischen der St. Veit-Gasse und der Dommayergasse ein neuer Hartgußasphaltbelag aufgebracht und die Strecke Firmiangasse—Dommayergasse gegen die Stadtbahn zu mit Leitschienen gesichert; im 5. Bezirk wurde mit dem Ausbau der Schönbrunner Straße von der Redergasse bis zum Gürtel begonnen.

Auf der Bundesstraße B 3, der Donaustraße, wurde der Ausbau der Groß-Enzersdorfer Straße, des Siegesplatzes und der Aspernstraße von der Lannesstraße bis zur Erzherzog Karl-Straße im 22. Bezirk in die Wege geleitet.

Weiters wurde auf der Bundesstraße B 10, der Budapester Straße, der Umbau des Handelskais vom Mexikoplatz bis zur Ostbahnbrücke im 2. Bezirk weitgehend abgeschlossen. Im Abschnitt „verlängerte Zinnergasse“, einer von der Kaiser-Ebersdorfer Straße bis zur Simmeringer Hauptstraße im 11. Bezirk reichenden Verkehrsfläche, konnte nach Abschluß der Erdarbeiten der Einbau der bituminösen Kies-tragschicht weitgehend fertiggestellt werden. Die Simmeringer Hauptstraße und die Donauländebahn kreuzen einander in einer Ebene. Diese Kreuzung soll durch eine Unterführung ersetzt werden. Die Arbeiten an den für den Verkehr der Simmeringer Hauptstraße notwendigen Umleitungsstrecken konnten im Spätherbst 1972 weitgehend abgeschlossen werden.

Einer der gefährlichsten Punkte im Zuge der Bundesstraße B 14, der Klosterneuburger Straße, war die Eisenbahnkreuzung vor der Einbindung der Kuchelauer Hafestraße in diese. Da der Ausbau der Heiligenstädter Straße im 19. Bezirk zwischen Nußdorf und der Stadtgrenze so weit gediehen ist, daß sie nun wieder in zwei Fahrspuren vom Verkehr benützt werden kann, ist die Umleitung über die Kuchelauer Hafestraße entbehrlich geworden. Der Bau der Hangbrücke entlang des Leopoldsberges sowie der begleitenden Stütz- und Futtermauern konnte weitgehend abgeschlossen werden. Im Abschnitt Nußdorf—Kahlenbergerdorf wurde an den Brückenwiderlagern und Stützmauern für die spätere Weiterführung der B 14 in Richtung Nordbrücke gearbeitet. Der Verlegung der Franz Josefs-Bahn, die für den Ausbau der Klosterneuburger Bundesstraße notwendig war, ist bereits abgeschlossen.

Im Zuge der Bundesstraße B 16, der Ödenburger Straße, konnte in Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen die zu eng gestaltete Übersetzung der Donauländebahn durch einen Umbau der Schrankenanlage beseitigt und die Humberger Straße im 10. Bezirk verbreitert werden.

Die Bundesstraße B 221, die Wiener Gürtelstraße, wurde am inneren Neubaugürtel im 7. Bezirk von der Stollgasse bis zur Mariahilfer Straße ausgebaut und verbreitert.

Auf der Bundesstraße B 222, der Wiener Vorortestraße, wurde die im 19. Bezirk gelegene Barawitzkagasse von der Heiligenstädter Straße bis zur Hohen Warte mit einem neuen Asphaltbetonbelag ausgestattet.

Eine der größten Baustellen liegt im Bereich der Bundesstraße B 224. Hier wird die Altmannsdorfer Straße durch Absenken der Donaulände- und Verbindungsbahn von Eisenbahnkreuzungen befreit. Die Österreichischen Bundesbahnen haben den „Flohbergtunnel“ sowie den Tunnel von der Altmannsdorfer Straße bis zur Schönbrunner Allee im Rohbau bereits fertiggestellt und die Gleisverlegungsarbeiten aufgenommen.

Im Zuge der Bundesstraße S 2, der Donaukanalschnellstraße, wurde am linken Donaukanalufer im 2. Bezirk die Untere Donaustraße von der Aspernbrücke bis zur Marienbrücke ausgebaut und mit einem neuen Hartgußasphaltbelag versehen. Mit den Arbeiten im Abschnitt Franzensbrücke—Aspernbrücke wurde im Spätherbst begonnen. Der Umbau des Aspernplatzes konnte in provisorischer Form abgeschlossen werden.

Die Auf- und Abfahrtsrampen in der Anschlußstelle Auhof der Bundesstraße A 1, der Westautobahn, wurden mit einem neuen Hartgußasphaltbelag versehen.

Besonders umfangreiche Arbeiten wurden im Bereiche der Bundesstraßen A 2 und A 23, der Südauto-bahn und Autobahnverbindung Wien-Süd, Abschnitt Inzersdorf—Altmannsdorf, durchgeführt.

Hier konnten die Arbeiten am Erdbaulos und am Unterführungsbauwerk ES 10, der Unterföhrung der Altmannsdorfer Straße in stadtauswärtiger Richtung, abgeschlossen werden. Die Überföhrungsbauewerke über die Triester Straße und die Badner Bahn, die Bröckenobjekte ES 6 und ES 7/8, konnten ebenfalls bis auf Arbeiten an den Geländern und am Belag fertiggestellt werden. Die Überföhrung im Zuge der Nauheimergasse—Gutheil-Schoder-Gasse (Bröckenobjekt ES 9) ist so weit gediehen, daß, bei günstiger Wetterlage, zu Anfang des Jahres 1973 die aus Beton zu fertigenden Tragwerksteile hergestellt werden können.

An der Anschlußstelle Favoriten der Autobahnverbindung Wien-Süd wurde mit dem Bau des Objektes ES 19, der Untertunnelung des Laaer Berges, begonnen; die Arbeiten am Verteilerkreis sind so weit gediehen, daß dessen östliche Hälfte seit Ende November 1972 provisorisch auf Bitumenkies befahrbar ist. Bei der Anschlußstelle Favoriten—Knoten Arsenal wurden weitere Baugrunduntersuchungen und Grundfreimachungen durchgeführt. Dem Projekt „Knoten Arsenal“ hat das Bundesministerium für Bauten und Technik bereits grundsätzlich zugestimmt; es wurde daher um die Genehmigung der in diesem Knoten erforderlichen Bröckenobjekte angesucht.

Im Knoten Prater der Bundesstraße A 20, der Wiener Gürtelautobahn, konnten die Arbeiten an der Umlegung des rechten Hauptsammelkanals abgeschlossen werden.

Ferner wurde für die Ostautobahn, die Bundesstraße A 4, um die Genehmigung des Detailprojektes für das Baulos Freudenau am linken Donaukanalufer beim Bundesministerium für Bauten und Technik angesucht; die wasserrechtliche Bewilligung für dieses Bauvorhaben wurde bereits erwirkt. Der für den Bau der Ostautobahn notwendige Umbau des Gaswerksteges ist fast abgeschlossen, und auch für den Neubau der Donaukanalbröcke im Zuge der am linken Ufer gelegenen Richtungsfahrbahn liegen die Firmenangebote schon vor, so daß die Vergabe dieser Arbeit beim Bundesministerium für Bauten und Technik beantragt werden konnte.

Im weiteren Verlauf der Ostautobahn liegt die Anschlußstelle Simmering; auch dieses Detailprojekt ist grundsätzlich genehmigt. Für den Knoten Kaiser-Ebersdorf wurde ein generelles Projekt dem Bundesministerium für Bauten und Technik zur Genehmigung vorgelegt.

## U-Bahn-Bau

Die für die Abwicklung der Bauarbeiten an den U-Bahn-Linien U 1 und U 2 des Grundnetzes verantwortliche Unterabteilung „U-Bahn-Bau“ der Magistratsabteilung für Bröcken- und Wasserbau mußte mit dem Anlaufen der U-Bahn-Bauarbeiten ebenso wie die Referate und Abteilungen aller anderen am U-Bahn-Bau beteiligten Dienststellen des Magistrats und der Wiener Stadtwerke stufenweise fortschreitend ausgebaut werden, weil ihr Aufgabenbereich sich nicht mehr in das Tätigkeitsgebiet ihrer Stammabteilung fügte. Im April 1972 wurde eine neue Magistratsabteilung für U-Bahn-Bau geschaffen und diese mit den mit dem U-Bahn-Bau zusammenhängenden Aufgaben betraut. Der rasche Ausbau eines geeigneten Mitarbeiterstabes gelang dank dem Interesse städtischer Techniker aller Verwendungsgruppen an diesem schwierigen und interessanten Bauvorhaben; die Einschulung besorgte ein schon bisher im Wiener Stadtbauamt tätig gewesenes Team erfahrener Tiefbaufachleute, vor allem solcher der Sparten Verkehrsbauwerke und Bröckenbau.

Der U-Bahn-Bau nahm im Jahre 1972 rasch an Umfang zu; die Bauarbeiten erstreckten sich bald vom Reumannplatz im 10. Wiener Gemeindebezirk bis zum Stock im Eisen-Platz in der Inneren Stadt, und schon Ende September wurde mit dem Ausbruch der Tunnelöffnungen in der südlichen Wand des Zielschachtes Paulanergasse eine Verbindung zwischen den zuerst begonnenen Bauabschnitten „Karlsplatz“ und „Favoritenstraße“ hergestellt. Die Vorarbeiten, nämlich das Verlegen der Einbauten und der Bau der Umföhrungsstraßen, wurden auf die Gebiete um den Praterstern und die Lassallestraße sowie um die Universitätsstraße und die Maria Theresien-Straße ausgedehnt.

Im Bauabschnitt „Karlsplatz“ der Linie U 1, der von der Paulanergasse bis zum Stephansplatz reicht, wurde der Tunnelvortrieb in den Strecken- und Stationsröhren erfolgreich weitergeföhrt. Von Mitte Februar bis Ende April wurde die fast 500 m lange zweite (östliche) Streckenröhre zwischen Karlsplatz und Paulanergasse vorgetrieben. Der Ende November 1971 begonnene Vortrieb der westlichen Stationsröhre am Karlsplatz konnte trotz eines am 5. Jänner erfolgten Wassereintrittes Ende April erfolgreich abgeschlossen werden. Die östliche Stationsröhre der Station Karlsplatz wurde in der Zeit von Mitte Juni bis Ende August aufgeföhrt. Weiters wurde in einer Vortriebszeit von nur 76 Tagen, von Mitte Juli bis Mitte Oktober, mit Hilfe der in der westlichen Stationsröhre in Anfahrstellung gebrachten vollmechanischen Streckenvortriebsmaschine unter Druckluft von 1,1 bis 1,4 atü die fast 700 m lange Streckenröhre zum Stock im Eisen-Platz hergestellt. Die durchschnittliche Tagesleistung betrug somit etwa 9 m. Dabei wurden Schäden oder Geföhrdungen der unterföhrenen Gebäude

nicht verzeichnet. Im November und Dezember erfolgte dann der Vortrieb eines 38 m langen Verbindungstunnels zwischen der Linie U 4 und dem Zwischengeschoß unter der Linie U 2 in bergmännischer Bauweise.

Die Arbeiten in offener Bauweise an den Strecken- und Stationsbauwerken der Linien U 2 und U 4 am Karlsplatz wurden plangemäß weitergeführt. Nach dem Abbruch der Häuser Getreidemarkt 2 und 4 konnte mit den Arbeiten am Tunnel der Linie U 2 zwischen Gauer mann gasse und Friedrichstraße begonnen werden, ebenso mit den Bauarbeiten für den Verbindungsgang und der Ladenstraße zwischen Operngasse und Karlsplatzpassage; auch mit der Herstellung der Ostpassage, der Fußgeherquerung vom Resselpark zur Akademiestraße, wurde angefangen.

Im Bauabschnitt „Favoritenstraße“ der Linie U 1 zwischen Paulanergasse und Gellertgasse wurden noch einige Vorarbeiten ausgeführt. Vor allem wurden die Baubereiche von Einbauten freigemacht und die Umfahrungsstraßen ausgebaut.

Im Baulos „Innere Favoritenstraße“, das sich von der Paulanergasse bis zur Theresianumgasse erstreckt, konnten im März, also ein Jahr nach Baubeginn, bereits die obersten Stahlbetondecken fertiggestellt und im Verlauf des übrigen Jahres die endgültigen Straßenbauarbeiten durchgeführt werden. Bis Jahresende waren alle Zwischendecken und ein großer Teil der Tunnelsohlenplatten ausgeführt.

Im anschließenden Baulos „Südtiroler Platz“, also in der Favoritenstraße von der Theresianumgasse bis zum Columbusplatz, mußten zunächst die Anfahrtschächte, und zwar bei der Theresianumgasse für den Streckenröhrenvortrieb und am Südtiroler Platz für den Stationsröhrenvortrieb, sowie die Schlitzwände für den Zielschacht am Columbusplatz hergestellt werden. Im November begann dann der Vortrieb der östlichen Streckenröhre, und im Dezember wurde die östliche Stationsröhre angefahren. Die den Tunnelvortrieb vorbereitenden und begleitenden Arbeiten, wie die Grundwasserabsenkung und die Injektionsarbeiten zur Bodenverfestigung, wurden über das Jahresende hinaus fortgesetzt.

Die seit Mitte April im Gange befindlichen Bauarbeiten im Baulos „Äußere Favoritenstraße“ vom Columbusplatz bis zur Gellertgasse zeigten einen sehr günstigen Verlauf. Bis Jahresende konnten etwa 70 Prozent der Tunnelwände im Schlitzwandverfahren und etwa 35 Prozent der Tunneldecken fertiggestellt werden. Auf den fertigen Tunneldecken wurde bis Ende November ein provisorischer Straßenbelag aufgebracht, so daß das Weihnachtsgeschäft in der als Geschäftsstraße bedeutenden äußeren Favoritenstraße ungestört abgewickelt werden konnte.

Auf die öffentliche Ausschreibung der Arbeiten am technisch sicherlich schwierigsten Bauabschnitt des U-Bahn-Grundnetzes „Stephansplatz—Nestroyplatz“ der Linie U 1 langten im Jänner Anbote von vier Arbeitsgemeinschaften großer Baufirmen ein. Wegen der großen technischen Schwierigkeiten und der hohen Baukosten wurde ein technisch wie wirtschaftlich optimaler Vergabevorschlag auf Grund eingehender konstruktiver Untersuchungen ausgearbeitet, in dem die in den Firmenangeboten in Form von Varianten enthaltenen Anregungen berücksichtigt wurden. Anfang Juli wurde dieser Vorschlag den zuständigen Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt, die im November erfolgte, so daß die Vergabe der Arbeiten vorgenommen werden kann.

Von Mitte Februar bis Ende Oktober wurde vor dem Stephansdom eine Bohrpfählsicherungswand aus 50 Stahlbetonbohrpfählen, die einen Durchmesser von 88 cm haben und eine Tiefe von 32 m erreichen, mit einem erschütterungsarm arbeitenden Bohrgerät ausgeführt. Ständige Setzungsmessungen am Dombauwerk, Neigungsmessungen an den Heidentürmen und automatische Erschütterungsmeßgeräte an kritischen Punkten des Domgebäudes gewährleisteten, daß die Arbeiten den Dom nicht gefährdeten.

Am Morzinplatz wurde gleichzeitig an der Tiefgarage und an dem unter dieser zu liegen kommenden U-Bahn-Tunnel für das Verbindungsgleis von der Linie U 1 zur Linie U 4 gearbeitet.

Weiters wurden umfangreiche Vorarbeiten, wie die Umlegung und Sanierung von Straßeneinbauten und Straßenbauarbeiten, ausgeführt, um den Stephansplatz, Schwedenplatz und Nestroyplatz für die Tunnelbauarbeiten freizumachen. Bedeutendes war hierbei für die Umfahrungsstraßen, vor allem für die Ringstraßeneinbahn, sowie für die Verlegung der Straßenbahnlinie O zu leisten, die nun über Praterstern—Hollandstraße—Kleine Sperl gasse—Schmelz gasse—Zirkus gasse und Ferdinandstraße geführt wird.

Seit Juli 1972 konzentrierten sich die Vorarbeiten auf die Einbautenverlegungen zur Freimachung des Bauabschnittes „Praterstern“ der Linie U 1 und des Bauabschnittes „Landesgerichtsstraße—Deutschmeisterplatz“ der Linie U 2.

Der Magistratsabteilung für U-Bahn-Bau wurde auch die Mitwirkung am Entwurf von Fernheizkanälen und die Bauüberwachung bei Tiefbauarbeiten an Fernheizkanälen übertragen.

Im Jahre 1972 wurden die Bauarbeiten an den Fernheizkanälen der Stadtleitung von der Salztorbrücke bis zum Einkaufszentrum beim Bahnhof Landstraße und der Abzweigung Roßau von der

Roßauer Lände bis zum Allgemeinen Krankenhaus fertiggestellt; die Kanäle wurden zum Teil im Stollenvortrieb unter Druckluft hergestellt. Auch der Bau der Fernheizleitungen vom Allgemeinen Krankenhaus bis zur Allgemeinen Poliklinik und im Bereich Spitalgasse—Garnisongasse wurde beendet; hier war teils offene Bauweise, teils Stollenvortrieb angewendet worden. Weitere Fernheizleitungen wurden im 1. Bezirk von der Bartensteingasse bis zur Volksgartenstraße, im 11. Bezirk in der Thürlhofstraße, im 17. Bezirk beim Jörgerbad mit Anschlußleitungen zur Volksschule Rötzer-gasse, im 20. Bezirk in der Wexstraße, im 21. Bezirk in der Quadenstraße—Bernouillistraße—Skrabal-gasse und in der Großfeldsiedlung sowie im 22. Bezirk für die Wohnhausanlage Saikogasse ausgeführt.

## Brücken- und Wasserbau

Von den im Brückenbau durchgeführten Planungen und Vorarbeiten sollen hier nur größere Objekte betreffende Arbeiten erwähnt werden. Im Jahre 1972 aufgenommen wurden die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Bau eines Fußgängersteiges unter der Ostbahnbrücke über das Mühlwasser, ferner für die Herstellung eines Fußgängertunnels unter der Donauländebahn im Bereich des Bahnhofes Ober-Laa und für die Errichtung eines Brückenprovisoriums über den Donaukanal oberhalb der Augartenbrücke. Die im Jahre 1971 erwähnten Planungen wurden, soweit sie nicht bereits realisiert werden, fortgeführt.

Erhaltungsarbeiten großen Umfanges waren die völlige Instandsetzung des Rustensteiges und des Gaswerksteiges. Kleine Arbeiten, wie die Instandsetzung der Fahrbahnbeläge, Dehnfugenkonstruktionen, Entwässerungsanlagen, Stiegenstufen, Geländer und der Anstriche der Metallteile sowie die periodische Reinigung, waren bei allen Brückenobjekten vorzunehmen.

Die Neu- und Umbauten von Brücken nahmen einen zügigen Fortgang. Die meisten der im Verwaltungsbericht 1971 erwähnten Brückenbauten konnten sogar gänzlich abgeschlossen werden. Für die Beseitigung der Kreuzungen der Donaulände- und der Verbindungsbahn mit der Altmannsdorfer Straße in einer Ebene sowie für die Tiefführung der Edelsinnstraße sind Rampen und eine Stützmauer zu errichten, die weitgehend hergestellt wurden. Weiters wurde für die Unterfahrung der Donauländebahn an der Westseite des Bahnhofes Ober-Laa und der als Schnellstraße auszubauenden Laaer Berg-Straße der größte Teil der Bauarbeiten abgeschlossen. Auch bei der im Zuge der Spittelauer Lände zu errichtenden Straßenbrücke über die Stadtbahn konnten die Bauarbeiten bereits beendet werden.

Im Schutzwasserbau waren an den Wiener Gewässern zum Teil sehr umfangreiche Erhaltungsarbeiten auszuführen; ebenso wurden die Regulierungsarbeiten an den zeitweilig Hochwasser führenden Gerinnen fortgesetzt. Bei der Liesingbachregulierung konnten die Bauabschnitte 1 und 2 im Baulos „Inzersdorf“ zur Gänze fertiggestellt werden. Im Oberlauf des Liesingbaches konnte wegen der erfolglosen Grundeinlösungsverhandlungen und des nun notwendigen langwierigen Enteignungsverfahrens mit den Regulierungsarbeiten im dritten und letzten Bauabschnitt, dem Baulos „Kalksburg“, nicht begonnen werden. Dieses Baulos umfaßt die rund 1.200 m lange Bachstrecke zwischen der Straßenbrücke im Zuge der Jakob Sommerbauer-Straße in Kalksburg und der Stadtgrenze von Wien gegen Niederösterreich, die möglichst naturnah verbaut werden soll.

Die Regulierungsarbeiten am Mühlwasser wurden flußabwärts der Trasse der Ostbahn mit Sohlenbaggerungen in einer Länge von rund 300 m fortgesetzt; dort wurden auch die Böschungen profiliert.

Um eine Überschwemmung durch den Wienfluß mit Sicherheit zu verhindern, wurde an dessen rechtem Ufer die als Abgrenzung gegen die Wiener Stadtbahn errichtete Mauer anläßlich ihrer Instandsetzung zwischen dem Badhaussteg und der Schönbrunner Schloß-Brücke an den besonders gefährdeten Stellen vor der Schönbrunner Schloß-Brücke und vor der Schönbrunner Brücke in einer Länge von jeweils 30 und 60 m um 1 m erhöht. Ferner wurde, um die Rückhaltebecken VI und VII des Wienflusses auch bei feuchter Witterung erreichbar zu machen, durch das sumpfige Gelände entlang der Böschung und der Stützmauer der Wiental-Begleitstraße ein befestigter, 3,50 m breiter Fahrstreifen angelegt.

Von der Hangentwässerung des Kolbeterberges im 14. Wiener Gemeindebezirk wurden in der zweiten Ausbaustufe zwei Stichgräben angelegt, welche die von Norden und Osten anfallenden Oberflächenwässer aufnehmen; sie werden als Vorfluter für die in der dritten Ausbaustufe vorgesehene Flächendränage dienen. Kleinere wasserbauliche Arbeiten waren Pflasterungen, die Anlage von Sohlenstufen und Ufersicherungsarbeiten am Reisenbach, Anderbach und Waldbach.

An der oberen Alten Donau, beim Angelibad, mußten Ufersicherungsarbeiten vorgenommen werden.

Die an der Langen Allee zur Ufersicherung angelegte 10 m lange Ufermauer konnte einschließlich einer Stiegenanlage fertiggestellt werden.

Von den für die WIG 74 durchzuführenden Arbeiten wurde die Baggerung des Seerosenteiches abgeschlossen und zwischen dem Schwanensee und dem Seerosenteich eine ca. 150 m lange, 12 m tiefe Stahlspundwand als vertikale Abdichtung errichtet. Der Schwanensee wurde überdies erweitert. Von der im Wassertal vorgesehenen Teichkette konnte jedoch nur der dritte, also der unterste Teich abgedichtet werden. Am Kanalsystem der nördlichen Kuranstalt wurde zügig gearbeitet; gewisse Verzögerungen ergaben sich hier nur durch Materiallagerungen für den Bau des Kurmittelhauses und der Mehrzweckhallen, die nicht rechtzeitig entfernt werden konnten. Ferner wurde mit dem Bau der Kanäle, Dränagen, Überlaufbauwerke, offenen Gerinne und Kaskaden im ganzen WIG-Gelände begonnen.

Beim Umbau des Nußdorfer Wehres, einer für die Verbesserung des Donauhochwasserschutzes von Wien notwendigen Maßnahme, mußte außer der äußeren Baugrubenumschließung, die fertiggestellt werden konnte, wegen unvorhersehbarer Gründungsschwierigkeiten eine innere Baugrubenumschließung aus bis zu 20 m langen Stahlspundbohlen gebaut werden; diese umschließen eine Fläche von rund 1.900 m<sup>2</sup> und reichen bis in den tertiären Tegel des Baugrundes hinab. Überdies mußte wegen des vorhandenen Grundwassers eine Grundwasserabsenkungsanlage installiert werden, die Tag und Nacht arbeitet, um die vorgesehene Bohrpfehlgründung des Wehres ausführen zu können. Für diese werden 170 Stück bis zu 20 m lange Bohrpfähle mit einem Durchmesser von 120 cm in den Untergrund eingelassen. Die ersten Bauabschnitte der Wehrsohle konnten bereits betoniert werden, mit den Stahlwasserbauarbeiten in den Stahlbauwerken wurde begonnen. Ferner wurden am rechten Donauufer, beim Alberner Hafen, die Dammbauten, bei denen Dämme verschwenkt und erhöht werden mußten, abgeschlossen. Als Vorbereitungsmaßnahmen für die weiteren Dammschüttungen am rechten Donauufer wurden zwischen der Nordbrücke und der Floridsdorfer Brücke Abbrucharbeiten und Niveaueherstellungen ausgeführt. Am linken Donauufer wurde im November 1972 mit den Tiefbauarbeiten für das Einlaufbauwerk in das Entlastungsgerinne bei Stromkilometer 1938, in der Höhe von Langenzersdorf — Klosterneuburg, begonnen. Nachdem der Humus abgetragen war, wurde die Baugrube ausgehoben und mit dem Bau der Umschließungsdämme für die Baugrube angefangen; gleichzeitig wurde an der Baugrubendichtung gearbeitet. Diese wird im stromseitigen Fangdamm als Spundwand, im übrigen aber als Schmalwand ausgeführt. Die Einrichtung der Baustelle des ersten Bauloses des Entlastungsgerinnes, das sich von der Stadlauer Brücke 9,4 km stromabwärts erstreckt, begann am 1. März 1972. Dann wurde aus 1.000 t schweren Stahlspundbohlen ein Absturzbauwerk errichtet, das für die Aufrechterhaltung der Hochwassersicherheit notwendig ist. Das 200 m breite Gerinne konnte in einer Länge von 200 m ausgebaggert werden; das gewonnene Aushubmaterial, insgesamt 300.000 m<sup>3</sup>, wurde zur Verstärkung bereits bestehender Dämme verwendet. Dieser Aushub wurde mit Hilfe von zwei Schürfkübelbaggern und einem schwimmenden Eimerkettenbagger bewältigt. Die Sohlensicherung im Anschluß an das Absturzbauwerk wird aus Steinen mit einem Stückgewicht von ca. 1 t errichtet; bis Jahresende wurden 9.000 t Steine verbaut. Es wurde auch damit begonnen, eine 170 m lange und 8,5 m breite Pontonbrücke zu installieren, auf die die Steintransporter auffahren können, um die Steine direkt in das ausgebaggerte Gerinne abzukippen. Im Oktober wurden die Arbeiten an der Steinspornbrücke aufgenommen, der ersten Verbindung zur künftigen Donauinsel in der Nähe des Kanalpumpwerkes der Magistratsabteilung für Kanalisation und des Kühlwasserentnahmewerkes für das Kraftwerk Donaustadt.

Im Verkehrswasserbau konnten die im Jahre 1970 begonnenen Arbeiten an einem etwa 330 m langen Teilstück der Kaianlage im Hafen Freudenau abgeschlossen werden, wodurch der *Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke AG (VOEST)* sowie der *Eisenhof-GmbH, Linz/Donau*, die Betriebsaufnahme ermöglicht wurde; außerdem wurden die Gleise der Hafeneisenbahn um 400 m verlängert, so daß diese beiden Betriebe nun auch über einen Bahnanschluß verfügen. Nach Abschluß der Arbeiten am 6. Bauabschnitt wurden als Vorbereitung zur Arbeitsaufnahme am 7. Bauabschnitt, einem rund 450 m langen Teilstück der Kaianlagen, alte Magazine abgebrochen; da sich das Räumen der Magazine — je nach der sich aus den Bestandverträgen ergebenden Kündigungsmöglichkeit — bis Ende des Jahres 1972 hinzieht, konnten die Abbrucharbeiten erst im Dezember voll einsetzen. Es wurden aber bereits seit Jahresbeginn Erdarbeiten als Vorbereitung für die Herstellung der Bohrpfehlwand vorgenommen. Weiters wurde der Lastenkran auf die bereits fertiggestellte Kaimauer umgestellt, um die alte Kranbahn abbrechen zu können. Zur Verbesserung der Stromversorgung des Pachthafens wurde auf Grund eines Baubeauftragungsvertrages von der *Wiener Hafen-Betriebs-GmbH* die Verstärkung der bestehenden Stromleitungen und der Bau einer 20 kV-Zusatzleitung vom Umspannwerk Kaiser-Ebersdorf veranlaßt. Im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Firmen im Pacht-

hafengelände war es ferner notwendig, 5 Stichstraßen einschließlich der erforderlichen Regenwasserkanalisation anzulegen, die Wasserversorgung zu verbessern und den alten Luftschutzbunker abzutragen.

Im Hafen Lobau wurde die Abwasserbeseitigungsanlage fertiggestellt und, wegen des möglichen Einsatzes moderner, schwerer Betriebsmittel, der Oberbau des Schienennetzes der Hafenbahn verstärkt. Etwa 1.000 m Übergabegleis und rund 200 m Bahnhofgleise wurden neu hergestellt. Ferner wurde der Bau einer stationären Preßluftölsperre am unteren Hafeneinde angeordnet, um eine Ausbreitung von Mineralölen, die in das Hafenbecken gelangt waren, zu verhindern; der Bau wird auf Grund eines Baubeauftragungsvertrages von der Wiener Hafen-Betriebs-GmbH veranlaßt werden.

Im Hafen Kuchelau wurden Baggerungsarbeiten in der Hafeneinfahrt vorgenommen.

Auf Grund des Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetzes und des Wasserbauten-Förderungsgesetzes wurden für die in den Häfen vorgenommenen Arbeiten Bundeszuschüsse angesprochen.

Ferner wurden zu wasserrechtlichen und schiffahrtsrechtlichen Verhandlungen Sachverständige entsendet und Überprüfungen von Schiffen verschiedener Art und Größe vorgenommen.

Im Grundbau war für die Hoch- und Tiefbauvorhaben der Stadt Wien die Fundamentbeschau durchzuführen, die Fundierungsart anzugeben, die zulässige spezifische Belastung der Baugründe zu berechnen und die notwendige Fundierungstiefe zu ermitteln. Hiefür waren Grundbelastungsversuche und Setzungsmessungen vorzunehmen, die als Grundlage für die Berechnungen dienten. Weiters wurden Architekten und private Bauführende grundbautechnisch beraten. Bei unsicheren Baugrundverhältnissen waren Nachforschungen in Archiven, Bibliotheken und Sammlungen notwendig. Bei Schäden an städtischen Bauten, die durch ungleiche Setzungen entstanden waren, wurden die Ursachen geklärt und Maßnahmen zu deren Beseitigung vorgeschlagen.

Baugrunduntersuchungen größeren Umfanges waren für das 1. und 2. Wehr zur Verbesserung des Donauhochwasserschutzes, den linken Donausammelkanal, den linken Hauptsammelkanal und den Düker durch den Donaukanal, das Nußdorfer Wehr sowie für geplante Brücken im Zuge der Südautobahn und im Gelände der WIG 74 in Ober-Laa durchzuführen. Bei den Untersuchungen handelte es sich um Probebohrungen, Grundwasseruntersuchungen, Laboruntersuchungen und teilweise auch um Untersuchungen mit dem Pressiometer. Bei den Baugrunduntersuchungen für die Wiener U-Bahn wurden die vorhandenen Bodenaufschlüsse durch Kernbohrungen in den Bauabschnitten „Stephansplatz — Nestroyplatz“ und „Praterstern“ ergänzt. Die schwierigen geologischen Verhältnisse, vor allem im Donaukanalbereich mit dem zum hydraulischen Grundbruch neigenden schluffigen Feinsandschichten, konnten hiebei näher präzisiert werden; auf diese Weise wurde eine natürliche Dokumentation von Bodenprofilen geschaffen.

Die gemeinsam mit der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal durchgeführten Injektionsversuche mit radioaktiven Isotopen am linken Vorkai des Donaukanals, unterhalb der Schwedenbrücke, brachten weitere Erkenntnisse über die Injizierbarkeit der schluffigen Feinsandschichten. Da die Spezialfirmen aber an der Örtlichkeit, an der die Versuchsinjektionen durchgeführt wurden, kein Interesse mehr zeigten, wurden die Versuche am Injektionsschacht in der zweiten Jahreshälfte abgeschlossen. Ergänzende Fundamentuntersuchungen zur Feststellung der Fundamenttiefe, des Zustandes der Fundamente und der anstehenden Bodenverhältnisse wurden am Haas-Haus, 1, Stock im Eisen-Platz 4, und am Kennedy-Haus, 1, Rotenturmstraße 1-3, vorgenommen; die Ergebnisse wurden vom Institut für Grundbau und Bodenmechanik der Technischen Hochschule Wien in einem Gutachten verwertet, das als Grundlage für Servitutsverhandlungen benötigt wurde.

Die im Jahre 1971 am Bauabschnitt VI der Linie U 2, vom Landesgericht für Strafsachen Wien I bis zum Ringturm, durchgeführten Probebohrungen wurden durch weitere Bohrungen sowie durch umfangreiche und zeitraubende Fundamentaufschließungen an den im Trassenbereich liegenden Häusern ergänzt. Auch wurden Tiefe und Zustand der Fundamente sowie die anstehenden Bodenverhältnisse erkundet.

Für die U-Bahn-Linie 6B wurden im Abschnitt Philadelphiabrücke — Donauländebahn gemeinsam mit der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal in den Grundwasserpegeln der bereits im Jahre 1971 ausgebauten Probebohrungen die Grundwasserströmungen mit Hilfe radioaktiver Isotopen untersucht. Hiebei wurde in mehreren Grundwasserstockwerken die Fließrichtung sowie die Fließgeschwindigkeit des Grundwassers festgestellt und gemessen. Die Ergebnisse vermitteln Einblick in die hydrogeologischen Verhältnisse dieses Streckenteiles, in dem voraussichtlich geschlossene Bauweise angewendet werden wird.

Ferner wurden Pfahlprobebelastungen auf einem der Bohrpfähle durchgeführt, auf denen das Kernbauwerk des Neuen Allgemeinen Krankenhauses mit den beiden, rund 70 m hohen Bettenhäusern errichtet werden wird. Die Gebäudelasten werden größtenteils durch eine Tieffundierung auf den

Baugrund übergeleitet, zu der 27,5 m lange Bohrpfähle mit einem Schaftdurchmesser von 1,20 m und einer Fußerweiterung auf 2,40 m verwendet werden. Jeder Pfahl ist für eine Lastableitung von 900 t, bei zweifacher Sicherheit gegen das Erreichen der Grenztragfähigkeit des Pfahles, in den blauen Wiener Tegel berechnet. Gegen Ende Oktober wurde mit der Probelastung eines Pfahles bis zu einer Gebrauchslast von 900 t begonnen. Da die in den Tonböden stark zeitgebundenen Setzungen und Hebungen lange Konsolidationsperioden zur Folge haben, wird die weitere Belastung bis 1.800 t Anfang Jänner 1973 vorgenommen, wobei die Lastaufbringung stufenweise erfolgen und sich über mehrere Wochen erstrecken wird. Erst nach Abschluß dieser letzten Belastungsperiode können verbindliche Aussagen über die Standfestigkeit des Pfahles gemacht werden. Die geodätische Vermessung wird hierbei von der Wiener Stadtvermessung durchgeführt.

Im November 1972 wurde erstmals für den Wohnbau, 11, Mühlisangergasse, eine neue Fundierungsmöglichkeit mittels „Wurzelpfählen“ geprüft. Wurzelpfähle sind schlanke, bewehrte Betonpfähle mit einem Durchmesser von etwa 10 bis 30 cm, bei denen der Pfahlbeton, im Gegensatz zu den Bohrpfählen mit großem Querschnitt, mit einem Druck von 10 und mehr atü eingepreßt wird. Das Einpressen des Betons führt zur Verdichtung des benachbarten Bodens und zu dem bestmöglichen Kontakt zwischen Pfahl und Boden. Hiedurch wird die Mantelreibung optimal ausgenützt und die Tragfähigkeit des Pfahles relativ erhöht. Die Probelastung wurde an einem 10 m langen Wurzelpfahl mit einem Durchmesser von 20 cm durchgeführt. Da Versuchsergebnisse nicht vorlagen, wurde die Tragkraft des Pfahles vom Hersteller zunächst mit ca. 50 t angesetzt. Bei der Laststeigerung nahm die Setzung nicht wie üblich in stärkerem Maße, sondern nur linear, also mit gleichbleibenden Werten, zu. Die Probelastung mußte bei einer Last von 156 t abgebrochen werden, ohne daß die Grenztragfähigkeit erreicht war, weil ein Versagen eines der beiden Reaktions-(Zug-)Pfähle zu erwarten war. Das erstaunliche hohe Tragvermögen dieses Einzelpfahles kann voraussichtlich erst geklärt werden, wenn der Pfahl zur Gänze ausgegraben sein wird. Der Versuch dauerte 5 Tage und 5 Nächte, zur Belastung wurden zwei 1,15 m hohe und 11 m lange, geschweißte Versuchsträger mit Meßuhren verwendet. Die Laststeuerung und die Konstanthaltung der aufgebrachten Last wurde von der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien überwacht, die geodätischen Meßdaten wurden von der Stadtvermessung gesichert.

Ein interessanter Versuch wurde mit Injektionsankern im Stationsschacht der künftigen U-Bahn-Haltestelle Südtiroler Platz durchgeführt. Der Stationsschacht ist 50 m lang, 20 m breit und 25 m tief, die Baugrubenbegrenzung bilden Schlitzwände. Um diese gegen den Boden abzustützen, wurden Aussteifungshorizonte aus Stahlbeton und Stahlbetonträgern eingebaut. Da im Niveau der Stations- und Streckenröhren der Höhenabstand der Aussteifungslagen zu groß geworden wäre, das Umsteifen verschiedener hoher Horizonte je nach Baufortschritt aber erspart werden sollte, wird in diesem Bereich der Baugrubenrand von 116 ringsum angebrachten Injektionsankern gehalten. Die Haftkörper dieser auf ca. 90 Mp Gebrauchslast gespannten Anker befinden sich im Wiener Tegel, einem schluffigen Sediment aus dem Tertiär, das unterschiedlich fest gelagert und von Feinsandlagen durchzogen ist, in denen gespanntes Wasser angetroffen wird. Eine Eignungsprüfung, die im Zielschacht des Bauloses U 1/1, am Beginn der Favoritenstraße, im Winter 1971/72 durchgeführt wurde, ließ das Ankersystem unter sechs gleichzeitig erprobten Systemen als das technisch beste erscheinen. Sichere Aussagen über die Zweckmäßigkeit der Verwendung von Injektionsankern im Wiener Tegel werden aber erst nach Fertigstellung des Stationsschachtes gemacht werden können.

Von der geologisch-geotechnischen Karte des Wiener Stadtgebietes, die in Zusammenarbeit mit der Geologischen Bundesanstalt erarbeitet wird, waren zu Ende des Jahres 1972 bereits 134 Blätter im Maßstab 1 : 2000 und 32 Blätter im Maßstab 1 : 5000 fertiggestellt. Das dargestellte Gebiet umfaßt den Stadtkern, reicht im Westen bis zur Gürtelstraße und im Norden bis an den Fuß des Kahlenberges, erfaßt im Osten und Südosten das Areal des künftigen Donauhochwasserschutzes sowie im Süden das der „Aufbauachse Süd“. Dargestellt wurden alte Bauwerke, ehemalige Befestigungsanlagen, alte Ziegelgruben mit ihren Auffüllungen und ehemalige Donauarme und -gerinne. Geringe Bedeckung oder Anschüttung sowie die Tiefe der Lage des Wiener Tegels im Untergrund sind aus einer Isohypsenkarte zu ersehen, für deren Erstellung alle verfügbaren Unterlagen ausgewertet wurden. Auch aus der Grundwasserbeobachtung gewonnene Erkenntnisse wurden verwertet.

Weiters wurde für das Einlaufbauwerk des zweiten Donaugerintes im Raume Klosterneuburg — Grinzing und am Südwesthang des Bisamberges eine detaillierte geologisch-geotechnische Kartierung durchgeführt.

Der Baugrunderkennungskataster wurde durch eine große Zahl von Bodenaufschlüssen bereichert. Seine Neuordnung, bedingt durch die Verwendung der neuen Stadtkarte im Maßstab 1 : 2000, wurde fortgesetzt.

## Wasserwerke

Wie im Jahre zuvor wirkten sich die Witterungsverhältnisse 1972 ungünstig auf die Wasserwirtschaft aus. Infolge der abnormal geringen Niederschläge im Winter 1971/72 sanken die Quellschüttungen kurz nach Jahresbeginn stark ab, so daß vom 12. Februar bis 10. März Wassersparmaßnahmen verfügt werden mußten. Zur Behebung der Wasserknappheit wurden beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Notkonsense zur Einleitung von Wasser aus dem Siebenseebach, der Pirknerquelle und dem Schneepalpenstollen in die beiden Hochquellenleitungen erwirkt. Die ergiebigen Niederschläge im Frühjahr und die relativ feuchte Witterung in den folgenden Sommermonaten führten zu einem starken Ansteigen der Quellschüttungen, so daß im Herbst und Frühwinter keine weiteren Versorgungsschwierigkeiten auftraten, obwohl zu diesen Zeiten die Niederschlagsmengen unter dem langjährigen Durchschnitt blieben. Der gesamte Wasserverbrauch nahm gegenüber dem Vorjahr um 4,58 Millionen Kubikmeter, das sind 2,4 Prozent, ab.

Insgesamt wurden 186,59 Millionen Kubikmeter Wasser bezogen. 70,2 Prozent dieser Menge lieferten die beiden Hochquellenleitungen, 19,5 Prozent wurden durch Grundwasserförderung und 2,1 Prozent durch Oberflächenwasseraufbereitung aufgebracht, 8,2 Prozent stammten aus Fremdwasserbezug.

An auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden wurden 4,737.660 m<sup>3</sup>, an den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden 302.840 m<sup>3</sup> und an das Wiener Rohrnetz 177,963.880 m<sup>3</sup> Wasser abgegeben; mehr als 3,5 Millionen Kubikmeter Wasser gingen durch Überfälle und Ableitungen verloren.

Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 487.572 m<sup>3</sup> Wasser. Das Tagesmaximum wurde am 22. Juni mit 595.100 m<sup>3</sup>, das Tagesminimum am 2. April mit 373.600 m<sup>3</sup> gemessen.

Zur Entkeimung des Wassers wurden insgesamt 27.662 kg Chlor verwendet; dies entspricht einer durchschnittlichen Beimengung von 0,22 mg pro Liter Wasser.

Die längst nicht mehr kostendeckenden Wassergebühren wurden zunächst mit Gemeinderatsbeschluß vom 7. Juli 1972, Pr.Z. 2180, ab 1. August 1972 erhöht, und zwar wurde je Kubikmeter Wasser der Preis für den verbilligten Hauswasserbezug — 50 l pro Bewohner eines Hauses täglich — von 1,80 S auf 2,80 S und für einzelne, in der Wassergebührenordnung aufgezählte Gewerbe und Industriezweige, ferner für Krankenanstalten, für Bauzwecke sowie für Kleingartenanlagen von bisher 2,10 S auf 3,30 S; die Normalgebühr wurde je Kubikmeter Wasser mit 4 S festgesetzt. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 24. November 1972, Pr.Z. 3624, wurde der Gewerbetarif neuerlich, nämlich von 3,30 S auf 3,45 S je Kubikmeter Wasser, angehoben; diese Gebührenerhöhung tritt am 1. Jänner 1973 in Kraft.

Die Wasserleitungskraftwerke in Wien und an den beiden Außenstrecken lieferten im Jahre 1972 insgesamt 48,958.463 kWh an elektrischer Energie. Davon erzeugten die Werke in Wildalpen 8,309.697 kWh, Gaming 37,059.101 kWh, Hirschwang 663.959 kWh, Naßwald 168.517 kWh, Kaiserbrunn 44.485 kWh, Hinternaßwald 34.988 kWh und die Wiener Werke 2,677.716 kWh.

Als Voraussetzung für den Beginn der Bauarbeiten für die III. Wiener Wasserleitung wurden zahlreiche Grundbenützungsbereinkommen abgeschlossen. Es wurde auch die Baufläche für den Behälter Unter-Laa erworben. Ferner wurden die im Wasserrechtsbescheid vorgeschriebenen Beobachtungen und Messungen fortgesetzt; auf diese Weise wurde das Beweissicherungsnetz erweitert. Auch die Detailprojekte für die Grundwasseranreicherung und zur Ermittlung des Einflusses der Piesting auf den Brunnen M I wurden ausgearbeitet und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vorgelegt. Desgleichen wurden die Detailprojekte für die Erweiterung der Brunnengebäude M I und M II, für den Behälter Mitterfeld-Moosbrunn, für dessen Zuleitungen und das Betriebsgebäude sowie für den Ableitungsrohrstrang vom Behälter Mitterfeld zum Behälter Unter-Laa fortgesetzt. Da infolge von rechtlichen Schwierigkeiten der Baubeginn verzögert wurde, mußte um Erstreckung der Frist für den Beginn und die Vollendung des Wasserleitungsbauwerkes angesucht werden. In diesem Zusammenhang erwähnenswert wäre noch, daß der Verwaltungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 20. Oktober 1972 die im Wasserrechtsbescheid der Stadt Wien auferlegten Verpflichtungen, bei steigendem örtlichen Bedarf nicht die volle bewilligte Wassermenge zu entnehmen und die im engeren Schutzgebiet liegenden Grundflächen anzukaufen, aufgehoben hat.

Für das Grundwasserwerk Untere Lobau wurde der Probepumpenbetrieb mit dem Horizontalfilterrohrbrunnen Markethäufel aufgenommen. Die Pumpversuche wurden mit dem Ziele durchgeführt, eine Erhöhung des Konsenses zur Wasserentnahme von 100 auf 150 l/sec zu erreichen. Auf dem an die Lobau angrenzenden Gebiet Schüttelau wurden die geohydrologischen Untersuchungen mit Hilfe der Horizontalfilterrohrbrunnen fortgesetzt, und auch die wasserrechtliche Genehmigung für

dieses Projekt wurde erwirkt. Das baubehördliche Verfahren sowie das wasserrechtliche Verfahren zur Festlegung eines Schutzgebietes für die beiden Horizontalfilterrohrbrunnen wurde abgewickelt, ferner ist der Abschluß eines Grundbenützungsbereinkommens mit den Österreichischen Bundesforsten in Kürze zu erwarten.

Da die im Bereich der künftigen Donauinsel, stromaufwärts der Nordbrücke, durchgeführten geohydrologischen Untersuchungen keine befriedigenden Ergebnisse erbrachten, wurden die Untersuchungen auf den Inselteil südlich der Stromstufe Freudenau ausgedehnt. Das Wasserrechtsverfahren über die Pumpversuche auf dem südlichen Teil der künftigen Donauinsel konnte mit zustimmendem Ergebnis abgeschlossen werden.

Die für das Wasserleitungsprojekt Sieben Quellen vorgeschriebenen Messungen und Beobachtungen über den Aufstau der Bergwässer im Inneren der Schneealpe wurden fortgesetzt. Die bei den Druckmessungen beobachteten Werte — maximal 5,25 atü am 16. Juli 1972 als Folge einer Niederschlags Spitze — blieben weit unter den erwarteten und für die Abmauerung sowie für die Verschußarmaturen angenommenen Druckwerten zurück. Die im Jänner an der Nordseite des Schneealpenstollens zur Dichtung der Abmauerung begonnenen Betoninjektionsarbeiten konnten erfolgreich abgeschlossen werden, ebenso wurde die im Wasserrechtsverfahren der Stadt Wien mit Bescheid aufgetragene Sanierung der Schneealpe beendet. Über den Baufortschritt und besondere Ereignisse wurde der Obersten Wasserrechtsbehörde, wie aufgetragen, berichtet. Da im Wasserrechtsbescheid nur eine Oberflächenfassung der zur Einleitung in die I. Hochquellenleitung bestimmten Wässer genehmigt wurde, um das Naturdenkmal der Sieben Quellen nicht zu gefährden, reichte die Stadt Wien im Dezember 1972, zugleich mit dem Antrag auf Erstreckung der Bauvollendungsfrist, beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft neuerlich das Projekt einer unterirdischen Fassung der Quellen zur Genehmigung ein. Diese Art der Erfassung der Wässer würde nämlich eine weitgehende Sicherheit gegen gefährliche Verunreinigungen bieten.

Für das Wasserleitungsprojekt „Pfannbauernquelle“ konnten auch im Jahre 1972 nur Untersuchungen und geringfügige Nebenarbeiten durchgeführt werden; die Bauarbeiten blieben eingestellt.

Nach Abschluß sämtlicher Arbeiten zur Einleitung der Pirknerquelle in die II. Hochquellenleitung wurde im November 1972 das wasserrechtliche Überprüfungsverfahren durchgeführt; bei diesem ergaben sich keine Anstände. Auf Grund des Ableitungskonsenses steht nunmehr der Stadt Wien das ganze Jahr über die Quellschüttung von rund 100 l/sec zur Verfügung. In Wildalpen und Wechselboden wurden die Quellenbeobachtungen und Vermessungsarbeiten fortgesetzt, um Unterlagen für die Erstellung eines Projekts zur Einleitung der Antengrabenquelle und anderer noch ungefaßter Quellen in die II. Hochquellenleitung zu gewinnen. Bei einigen ungefaßten Quellen wurden Meßstellen errichtet. Ferner konnte mit Hilfe eines Färbeversuches der Zusammenhang des Standortes einer geplanten Liftanlage mit der Kläfferquelle innerhalb von 17 Tagen nachgewiesen werden, obwohl nur geringe Niederschlagsmengen fielen; das Projekt wurde daraufhin vom Konzessionswerber zurückgezogen.

Schließlich konnten noch die 20 kV-Leitung Gschöder — Wechselboden, die bereits seit der Aufnahme der Stromlieferung an das Elektrizitätswerk Mariazell in Betrieb steht, und die Schaltstation Höll fertiggestellt werden. In Wildalpen, auf der Winterhöhe, wurde an Stelle eines abgebrannten Dienstgebäudes ein neues errichtet.

Weiters wurden an der I. Hochquellenleitung vier und an der II. Hochquellenleitung zwei Gesamt- abkehren zur Durchführung von laufenden Erhaltungsarbeiten vorgenommen. Überdies waren an der II. Hochquellenleitung drei Kurzabkehren notwendig, um Schadensstellen zu ermitteln. Anlässlich der Instandhaltung wurden auch Maßnahmen getroffen, um die Leistung der Leitungskanäle zu erhöhen.

Bei dem Erdbeben am 5. Jänner 1972 traten geringfügige Schäden an den Durchlässen Matzendorf und Weikersdorf sowie ein stärkerer Wasseraustritt am Aquädukt in Leobersdorf auf, die bei einer Kurzabkehr der I. Hochquellenleitung ebenfalls behoben wurden. Das neuerliche starke Erdbeben im gesamten Quellengebiet am 16. April verursachte hingegen nur eine rasch vorübergehende Trübung des Kaiserbrunnens.

Der Leitungsspeicher Neusiedl wurde wegen des überaus geringen Wasserzuflusses zu Jahresbeginn gänzlich entleert und instandgesetzt. Die Arbeiten zur Sicherung von Rutschhängen in der Trasse der II. Hochquellenleitung wurden fortgesetzt.

Beim Grundwasserwerk Wöllersdorf wurde die Geländesanierung fortgesetzt, wobei vor allem die noch vorhandenen Gebäuderuinen abgetragen wurden. Außerdem wurde für die örtliche Wasserversorgung im Brunnen III eine eigene Pumpe installiert. Mit den Arbeiten an der Abwasserbeseiti-

gung im Brunnenschutzgebiet wurde im Oktober begonnen; bis Jahresende konnten 1.360 m Abwasserkanal fertiggestellt werden.

Von den Anlagen in Wien wurden vor allem die unwirtschaftlichen Wasserleitungskraftwerke Gallitzinstraße und Hungerberg abgetragen und durch Energievernichtungsanlagen ersetzt. Im Hebewerk Steinhof wurde ein neuer Hochspannungsraum eingerichtet und die Anlage von 5 auf 10 kV umgeschaltet. Ferner wurden im Grundwasserwerk Nußdorf die bisherigen Absperrorgane durch motorisch betriebene Kugelschieber ersetzt. Das alte Werkstättengebäude im Rohrlager Baumgarten wurde wegen des geplanten Neubaus abgebrochen.

Im Wiener Rohrnetz konnte ein weiterer Teil der Ringleitung Ost, von der Floridsdorfer Brücke bis zur Praterbrücke — sie verläuft hier entlang des Handelskais —, in Betrieb genommen werden; für den Bauabschnitt, der von der Praterbrücke bis St. Marx reicht, wurde die Detailplanung ausgearbeitet. Die Rohrlegungen für die Ringleitung Süd konnten zwar in einem Bauabschnitt fortgesetzt werden, mußten aber in einem anderen wegen rechtlicher Schwierigkeiten mit Grundeigentümern eingestellt bleiben. Der Transportrohrstrang des Triestingtaler Wasserleitungsverbandes wurde bei der Vösendorfer Straße an die Ringleitung Süd angeschlossen, so daß im Bedarfsfalle zusätzlich 18.000 m<sup>3</sup> Wasser täglich bezogen werden können.

Die Verlegung des Transportrohrstranges zur Aufschließung der ehemaligen Trabrennvereinsgründe wurde weitergeführt. Bis Jahresende wurden für den Ausbau des städtischen Rohrnetzes und zur Versorgung neuer Wohnhausanlagen 15.877 m Rohrstränge verlegt; insgesamt hatten die Neurohrverlegungen eine Länge von 27.809 m. Ferner wurden 41.357 m überalterte und schadhafte Rohrstränge ausgewechselt und 782 Schadenstellen am Rohrnetz im Laufe des Jahres 1972 behoben. Während dieses Zeitraumes wurden auch 905 neue Häuser und Grundstücke an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen, wobei 21.597 m Rohre verlegt werden mußten. Für diese Anschlüsse wurden 855 Wasserzähler eingebaut.

An Abzweigungen wurden 4.322 Gebrechen entdeckt und behoben. Anlässlich der turnusmäßigen Auswechslung wurden 21.552 Wasserzähler ausgetauscht und 21.560 Wasserzähler in der eigenen Werkstätte repariert. Weiters wurden 4.099 Überprüfungen von Installationen bei 1.817 Wasserabnehmern durchgeführt und hiebei 1.685 Gebrechen festgestellt, deren Behebung veranlaßt wurde.

Auf Grund von Schadenersatzansprüchen wurden bei Beschädigungen von Wasserleitungseinrichtungen rund 1,5 Millionen Schilling hereingebracht. Die Schadenersatzleistungen im Zusammenhang mit Wasserrohrgebrechen beliefen sich auf etwa 1,2 Millionen Schilling, wobei die Einigung mit den Geschädigten im Vergleichswege erfolgte.

Schließlich wurden vom Bundesministerium für Bauten und Technik 45,55 Millionen Schilling, die als Darlehen aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds für die Aufschließung der Trabrennvereinsgründe, den Bauabschnitt II der Ringleitung Ost, die Errichtung des Horizontalfilterrohrbrunnens Markethäufel des Grundwasserwerkes Untere Lobau und für den Bau der III. Wiener Wasserleitung zugesichert worden waren, bewilligt.

## Städtische Bäder

Im Jahre 1972 standen, einschließlich der Volksbäder, 22 Warmbäder, 4 Warm- und Sommerbäder, 10 Sommerbäder sowie 33 Kinderfreibäder in Betrieb. Bei den Volksbädern ist das Bad, 6, Esterházygasse 2, nicht mehr mitgezählt; es wurde wegen irreparabler Bauschäden und wegen des überaus schwachen Besuches geschlossen. Die Kinderfreibäder erhielten durch die neuerbaute Anlage, 22, Hirschstetten, Emichgasse, Zuwachs. In der im Vorjahr errichteten Saunaabteilung des Volksbades, 7, Hermannsgasse, wurde versuchsweise ein Familienabend eingeführt, der regen Zuspruch und bisher keinerlei Schwierigkeiten zur Folge hatte.

Von den Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten sollen hier nur solche größeren Umfanges erwähnt werden. Im Amalienbad, 10, Reumannplatz, wurde damit begonnen, die gesamte Elektroinstallation auszuwechseln. Im Theresienbad, 12, Hufelandgasse, mußten Teile der bade- und wärmetechnischen Einrichtungen erneuert werden. Die Sanierung der Abortanlagen und der Kanalisation sowie die Renovierung des Buffets im Kongreßbad, 16, Julius Meinel-Gasse, konnten abgeschlossen werden, von den Filterleitungen wurde ein Teil neu verlegt. Weiters wurde im Jörgerbad, 17, Jörgerstraße, nach dessen Anschluß an das Fernwärmewerk Spittelau und der vollständigen Umstellung auf den Fernheizbetrieb, der nun entbehrliche Kamin abgetragen; außerdem wurden die Dampfbäder umgebaut, und auch eine Brauseabteilung wurde eingebaut.

In den Strandbädern Angelibad, Alte Donau und Gänsehäufel mußten Baggerungsarbeiten durchgeführt werden, weil der abnorm seichte Wasserstand der Alten Donau die Benützbarkeit dieser

Bäder stark beeinträchtigte. Im Strandbad Alte Donau, 22, Arbeiterstrandbadstraße, das an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen wurde, konnten überdies die Senkgruben aufgelassen werden, und im Strandbad Gänsehäufel, 22, Moissigasse, wurde, neben Arbeiten an der Elektroinstallation, mit der Errichtung weiterer 72 Saisonkabinen begonnen.

Am Kinderfreibad, 18, Währinger Park, wurden das Dach und die Fassade erneuert.

Die Neubauten im Rahmen des Bäderkonzepts, des Diana-, Stadthallen-, Ottakringer- und Schafbergbades, wurden bereits unter dem Titel „Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten“ besprochen.

Im Besuch der Bäder wieder war die seit langem beobachtete und, infolge der zunehmenden Ausstattung der Wohnungen mit Badegelegenheiten, durchaus verständliche sinkende Inanspruchnahme der öffentlichen Reinigungsbäder zu bemerken. Die Abnahme von Besuchern in Brause- und Wannensäulen wurde aber durch den Zustrom zu den Dampf- und Saunabädern sowie zu den Schwimmhallen weitaus wettgemacht. Hatten die Brausebäder mit 1.572.494 und die Wannensäulen mit 160.656 Inanspruchnahmen gegenüber dem Vorjahr um 153.432 beziehungsweise 7.592 Besuche weniger zu verzeichnen, so wiesen die Dampf- und Saunabäder mit 692.488 und die Schwimmhallen mit 1.285.736 Besuchern gegenüber dem Vergleichszeitraum eine um 16.874 beziehungsweise 156.191 Besuche erhöhte Frequenz aus. Die Besucherzahlen der Medizinalbäder waren insgesamt nur um 474 höher als im Jahre 1971; sie betragen in der Medizinalabteilung des Amalienbades 113.506 und in den Schwefelbädern des Theresienbades 19.605. Dem ungünstigen Wetter allein war die Abnahme der Frequenz der Sonnenbäder im Amalien- und Jörgerbad um 2.947 Besuche zuzuschreiben; insgesamt wurden diese Bäder von 7.541 Personen aufgesucht. Hingegen war die gegenüber dem Jahre 1971 um 385.107 Besuche verminderte Frequenz der Sommerbäder, die eine Besucherzahl von 1.391.857 erreichten, und die um 41.720 geringere Zahl der Kinderfreibadbenutzer — in den Kinderfreibädern wurden 502.694 Kinder gezählt — zusätzlich auf den ungenügenden Wasserstand in den Strandbädern zurückzuführen.

Die städtischen Bäder wurden von 452.781 zahlenden Kindern und von 660.957 kleinen Gästen unentgeltlich in Anspruch genommen.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 25. Februar 1972, Pr.Z. 435, wurden die Preise für die Benützung der städtischen Bäder ab 1. März 1972 neu festgesetzt. Gleichzeitig wurden aber auch Begünstigungen für die Besucher wirksam. So wurde die Benützungsdauer (Badezeit) in den Brausebädern von 30 auf 45 Minuten und in den Wannensäulen von 45 auf 60 Minuten erhöht. Bei den Kinderkarten fielen einige Gültigkeitsbeschränkungen weg. Das Problem der Anpassung der Bäderbesuchsgebühren an das Umsatzsteuergesetz 1972 wurde in der Weise gelöst, daß der Gemeinderat am 20. Dezember 1972 zu Pr.Z. 3.691 beschloß, die im Februar 1972 festgesetzten Gebühren so zu behandeln, als ob die 8prozentige Umsatzsteuer in diesen bereits enthalten wäre. Dieser Beschluß trat am 1. Jänner 1973 in Kraft.

## Kanalisationswesen

Mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 7. Juli 1972, Pr.Z. 2.180, wurden die Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen ab 1. August 1972 erhöht. Die Kanalbenützungsgeld wurde für A-Aborte von 58 S auf 96 S, für B-Aborte von 55 S auf 92 S und für C-Aborte von 87 S auf 148 S jährlich erhöht. Die Senkgrubenräumungsgeld wurde je Kubikmeter Aushub in der Normalarbeitszeit von 68 S auf 70 S und bei Überstundenleistung von 81 S auf 84 S angehoben. Für die Behebung einer Verstopfung sind nun für die Normalarbeitsstunde 65 S anstatt 38 S und für die Überstunde 92 S anstatt 56 S zu entrichten.

Kanalbauten größeren Umfanges, für die im Jahre 1972 Planungen ausgearbeitet wurden, waren: der zweite Bauabschnitt des Linken Donausammelkanals, der sich vom projektierten Inselpumpwerk bis zum Leopoldauer Sammelkanal erstreckt und auch die Querung des vorgesehenen Hochwasser-Entlastungsgerinnes umfaßt; das Netz der Kanäle zur Erschließung des Geländes der WIG 74 sowie des Kurmittelzentrums; die in zwei Baulosen zusammengefaßten Kanalbauten in der Heiligenstädter Straße im Zuge des Ausbaues der Bundesstraße 225; die Verlängerung des Altmannsdorfer Sammelkanals bis zur Triester Straße, die eine Voraussetzung für die beabsichtigte teilweise Auflassung der Kläranlage „Gelbe Heide“ bildet; ferner Kanalbauten am Bensasteig und Karl Toldt-Weg im 14. Gemeindebezirk, die wegen des Baues einer Volksschule südlich des Flötzersteiges notwendig sind; die Kanalisierung für städtische Wohnhausanlagen in 11, Mühlsangergasse, und 22, Trabrennvereinsgründe, sowie für Wohnhausbauten der Gemeinde Wien im 23. Bezirk und schließlich die Kanalbauten zur Erschließung der Betriebsbaugebiete im 11. Bezirk, südlich der Simmeringer Haupt-

straße und der 7. Haidequerstraße, im 21. Bezirk an der Holzmannngasse sowie im 23. Bezirk südlich der Ober-Laaer Straße und im Gebiet Hungereckstraße — Moseitiggasse.

Einige Projekte sind bis zur öffentlichen Ausschreibung der Bauarbeiten gediehen. Hierher zählen das Projekt des Donaudükers, das an Hand von umfangreichen Modellversuchen erarbeitet wurde, die Planung für die Verlängerung des Linken Hauptsammelkanals, einschließlich des Hochwasserpumpwerkes und des Donaukanaldükers, sowie die Unterlagen für weitere Abschnitte des 2. Leopoldauer Sammelkanals.

An maschinellen Einrichtungen wurden die Kreisel- und die Rücklaufschlammumpen für die Hauptkläranlage zur Anbotstellung ausgeschrieben. Für den U-Bahn-Bau waren die Projekte von Kanalumbauten im 1. und 9. Bezirk, und zwar am Franz Josefs-Kai, auf der Roßauer Lände sowie in der Türkenstraße, ferner im 2. Bezirk in der Praterstraße und im 10. Bezirk in der Favoritenstraße sowie am Reumannplatz auszuarbeiten. Weiters wurde in einem Stadtplan von Wien im Maßstab 1:12.500 das gesamte Straßenkanalnetz eingetragen. Dieser Plan wurde vervielfältigt und bildet unter anderem einen wichtigen Arbeitsbehelf bei Ölalarm.

Von der Hauptkläranlage in 11, Kaiser-Ebersdorf, konnte die Beckengruppe zum Großteil fertiggestellt werden, mit dem Bau der Kollektoren und Kanäle wurde begonnen. Die Schneckenpumpen, die einen Durchmesser von 3,15 m und ein Einzelgewicht von 25 t je Schnecke aufweisen, wurden bereits in die bis zu 14 m breiten Schneckenträge hineingehoben.

Die im Zusammenhang mit dem Bau einer Donaukanalbrücke im Zuge der Nordostautobahn sowie der Flughafen-Autobahn entlang des Donaukanals auf einer 825 m langen Strecke im Bereich der Erdberger Lände durchgeführte Verlegung des Rechten Hauptsammelkanals wurde abgeschlossen; diese Arbeiten waren seit dem Jahre 1970 durchgeführt worden.

Die Verlängerung des Rechten Hauptsammelkanals auf der Simmeringer Lände, von der bisherigen Ausmündung in den Donaukanal beim Kraftwerk Simmering der Elektrizitätswerke bis zur Hauptkläranlage, konnte soweit fertiggestellt werden, daß nur noch Teile des Überfallkanals und ein Teil des dritten Gerinnes zwischen dem Überfallbauwerk und der Kläranlage zu errichten sind. Nach Ausbau des dritten Gerinnes können die Abwässer aus den Bezirken 2, 20, 21 und 22 ebenfalls der Hauptkläranlage zugeleitet werden.

Am Handelskai, im 2. Wiener Gemeindebezirk, wurde ein 1,4 km langes Teilstück des Rechten Donausammelkanals errichtet, der die noch am rechten Donauufer ausmündenden Kanäle erfassen und am Mexikoplatz enden wird; er wird später zum Donaukanal weitergeführt und an die Hauptkläranlage angeschlossen werden. Die Arbeiten am Bauabschnitt 3 des Linken Donausammelkanals, die als erste aufgenommen wurden, konnten beendet werden. In dem begonnenen Bauabschnitt 2 weist der Kanal größtenteils, so wie in dem bereits beendeten, einen Querschnitt von  $2 \times 5,30/3,10$  m auf; ein Teil davon kommt unter das Entlastungsgerinne zur Verbesserung des Donauhochwasserschutzes zu liegen. In diesem Bereich ist auch ein Kollektor vorgesehen. Hier wird der Aushub geböschts ausgeführt und die Baugrube mittels einer Schmalwand abgedichtet. Weiters konnte ein beträchtlicher Teil des im Jahre 1971 begonnenen Bauabschnittes 7 fertiggestellt werden.

Zur Aufschließung des für die WIG 74 vorgesehenen Geländes wurden 2,5 km Kanäle gebaut. Weiters wurde der Bau des 2. Leopoldauer Sammelkanals in einer Länge von 1,4 km weitergeführt. Vor dem Ausbau der Verkehrsflächen von Bundesstraßen mußten 1,2 km Kanäle verlegt werden. Zur Erweiterung des Kanalnetzes wurden, neben anderen Bauten, 4,7 km und zur Abwasserbeseitigung aus Wohnhausanlagen und Siedlungsgebieten 3,4 km Kanäle neu angelegt. Ein großes Vorhaben in der Industriestraße, der 2. Donaufelder Sammelkanal, der unter anderem zusammen mit dem 2. Leopoldauer Sammelkanal der Aufschließung der Trabrennvereinsgründe dient, konnte beendet werden; von dem 2,3 km langen Kanal wurden 1,4 km im Jahre 1972 errichtet. Außerdem wurde mit dem Bau des Kanals in 23, Hochwassergasse, zwischen der Laxenburger Straße und der Neilreichgasse, der Ausbau des Linken Liesingtal-Sammelkanals fortgesetzt; das fertiggestellte Teilstück hatte eine Länge von 1 km.

Im Zuge des Ausbaues der Bundesstraße 225, zwischen Nußdorf und Kahlenbergerdorf, wurden die Kanalbauarbeiten in zwei Baulosen aufgenommen; im Jahre 1973 werden sie im letzten Baulos mit der Kanalisierung des Kahlenbergerdorfes fortgesetzt werden.

Ferner wurden zur Kanalisierung von Betriebsbaugebieten 2,6 km öffentliche Straßenkanäle errichtet. Es erfolgten unter anderem Kanalverlegungen in den Betriebsbaugebieten 11, Simmeringer Hauptstraße, 11, Simmeringer Haide, und 23, Zetschegasse.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau waren Kanalumbauten in einer Länge von 1,6 km durchzuführen; unter anderem wurden derartige Arbeiten in 2, Praterstraße, und in 9, Türkenstraße — Schlickplatz, vorgenommen.

In Baupolizeilichen Angelegenheiten waren rund 7.200 neue Geschäftsfälle zu bearbeiten und rund 6.100 Kanalinstandsetzungen und Anschlußaufträge aus früheren Jahren, die von den Hauseigentümern noch nicht erfüllt worden waren, zu überwachen. Ferner wurden etwa 3.560 Kanalbefunde ausgestellt und auf Antrag von Privatpersonen die Pläne von etwa 4.800 größeren Hauskanalanlagen begutachtet.

Die starke Bautätigkeit führte im Jahre 1972 zu einer Erweiterung des Kanalbetriebes; die notwendigen technischen Einrichtungen müssen zum Teil allerdings noch beschafft werden. Insgesamt wurde im Jahre 1972 der Einsatzdienst zur Behebung von 15.132 Kanalgebrehen gerufen. Mit Hilfe von Hochdruckwagen wurden 441.788 m Rohrkanäle und 254.797 m Profilkonkanäle gereinigt, um einiges weniger als im Vorjahr, was auf die Überalterung eines Teiles der Fahrzeuge zurückzuführen ist. Hingegen nahm die Materialförderung, das ist die Entfernung von Sand, Schotter und sonstigen Anlandungen aus allen Teilen der Kanalanlagen, auf 8.539 m<sup>3</sup>, zu. Der Aushub aus den Schotterfängen betrug 3.302 m<sup>3</sup>, aus dem Hauptsammelkanal 1.480 m<sup>3</sup>, aus den Straßenkanälen 1.877 m<sup>3</sup> und aus den Kläranlagen Blumental und Gelbe Heide 1.880 m<sup>3</sup>.

Die Hochwasserpumpwerke arbeiteten im Jahre 1972 an 27 Tagen, und zwar das Pumpwerk Schirlinggrund an 10 Tagen, Stadlau und Fännergasse an je 5, Kaiser-Ebersdorf an 4 und das Pumpwerk Kaisermühlen an 3 Tagen.

Die Kanalhebewerke förderten 1.036.000 m<sup>3</sup> Abwässer, davon Schwarzlackenau 150.000 m<sup>3</sup>, Pastorstraße 200.000 m<sup>3</sup>, Arbeiterstrandbadstraße 150.000 m<sup>3</sup>, Spandlgasse 288.000 m<sup>3</sup> und Autokaderstraße 248.000 m<sup>3</sup>.

Die Regenwasserpumpwerke Wiens, die sämtliche bei Straßenunterführungen angeordnet sind, erbrachten mit 50.270 m<sup>3</sup> gehobenem Niederschlagswasser eine fast viermal so hohe Leistung wie im Jahre 1971. Von dieser Menge wurden in der Ketzergasse 2.150 m<sup>3</sup>, bei der Nordbahnbrücke 16.900 m<sup>3</sup>, in der Lorenz Müller-Gasse 3.280 m<sup>3</sup>, in der Siemensstraße 1.940 m<sup>3</sup> und in der Kuchelau 26.000 m<sup>3</sup> abgepumpt.

Der Stromverbrauch der Kläranlagen, Hebewerke, Hochwasserpumpwerke und Regenwasserpumpwerke belief sich auf 3.906.608 kW.

Der Rechengutanfall erreichte in den Hochwasserpumpwerken und Kläranlagen ein Volumen von 2.615 m<sup>3</sup>.

Ungeachtet des stark angewachsenen Arbeitsanfalles waren im Kanalbetrieb nur 71 leichte und 2 schwere Unfälle zu verzeichnen.

Der Bestand an Senkgruben nahm im Jahr 1972 auf 30.192 zu. Senkgrubenräumungen wurden 25.113 durchgeführt, wobei ein Aushub mit einem Gesamtvolumen von 132.233 m<sup>3</sup> abgeführt wurde.

Die in den beiden Kläranlagen, 23, Inzersdorf-Gelbe Heide, und 23, Inzersdorf-Blumental, gereinigte Abwassermenge erreichte ein Ausmaß von 21.958.362 m<sup>3</sup>.

Schließlich wurden bei 68 Führungen durch die Kanal- und Kläranlagen der Stadt Wien 3.824 Personen gezählt.

Instandhaltungsarbeiten wurden im Jahre 1972 an 442 Schadensstellen ausgeführt, wobei 793 Kanalgitter und -deckel repariert wurden. Um das Klappern zu verhindern, wurden an 105 Kanalverschlüssen Kunststoff-(PVC-)Plättchen zur Schalldämpfung angebracht. Weiters wurden im Rechten Hauptsammelkanal 2.000 m schadhafte Handläufe gegen stählerne, mit einem fixen Kunststoffüberzug ausgewechselt. Bei einem kleineren Kanalumbau am Franz Josefs-Kai/Hafnersteig, der wegen des U-Bahn-Baues durchgeführt wurde, mußte am Schottenring auch eine neue Schützenkammer hergestellt werden. Erhaltungsarbeiten waren ferner an Senkgrubenableschächten und an den Hochwasserschiebern im Zuge der Engerthstraße vorzunehmen.

In der Hauptwerkstätte wurden verschiedene Reparaturen und Herstellungen, die von Privatfirmen nicht zu erhalten waren, für den Kanalbetrieb ausgeführt und auch die Handwerkzeuge der Wiener Friedhofsverwaltung wurden instandgesetzt. Unter anderem wurde ein Laufkran mit 2,5 t Tragkraft für das Feinrechenhaus der Kläranlage Blumental, 12 Tore sowie Geländer für verschiedene Bauwerke, aber auch Container hergestellt. In allen Hebewerken wurden Notstromanschlußmöglichkeiten eingebaut.

Neue Regenwasserpumpwerke wurden in der Straßenunterführung im Zuge der Altmannsdorfer Straße sowie an den Unterführungen der Ostbahn mit der Hirschstettner Straße und der Erzherzog Karl-Straße gebaut. Das Strandbad „Alte Donau“ wurde mit einem Kanalhebewerk für die Bäderabteilung ausgestattet. Die Funkanlage zur automatischen Überwachung der Kanalhebewerke ist seit dem Jahre 1972 in Betrieb, wodurch die Nachteile, die das bisherige unkontrollierte System hatte, überwunden werden konnten. Als Folge der Hochdruckwagenräumung konnten im Jahre 1972 neuerlich 30 Spülkammereinrichtungen demontiert werden.

Bauliche Herstellungen waren auf dem Gelände der Außenstelle, 14, Hackinger Straße, ein Zubau zu dem Betriebsgebäude für Zwecke des Zentralmagazins und der Schuhmachergruppe, ferner ein Betriebsgebäude für den 22. Wiener Gemeindebezirk in 22, Waldrebenweg, sowie in der Kläranlage Blumental ein Zubau zum Rechenhaus II, der das Magazin und ein Abwasserlabor aufnehmen wird.

Weiters wurde im Betriebslokal für den 3. und 11. Bezirk die Heizungsanlage auf Warmwasserheizung umgestellt. Im Betriebslokal für den 13. und 14. Bezirk, das wesentlich erweitert wurde, mußte eine neue Wärmezentrale errichtet werden; hierbei wurden 2 Kessel mit je 50.000 kcal/h sowie 2 Boiler mit je 1.000 l Fassungsvermögen aufgestellt. In diesem Betriebslokal wurden auch die Sanitäranlagen erneuert und erweitert.

## Städtische Gartenanlagen

Das Stadtgartenamt schuf im Jahre 1972 wieder eine große Anzahl von neuen Gartenanlagen, gestaltete einige bestehende um und sorgte auch in anderer Weise für ein gefälliges Aussehen sowie für eine bessere Benützbarkeit der öffentlichen Anlagen. Besondere Sorge galt wieder den Grünflächen im Prater, in dem auch weiterhin Wege und Plätze staubfrei gemacht wurden. Die Flächen der ehemaligen Endstelle der Linie 80 beim Lusthaus wurden gärtnerisch gestaltet und in das Pratergebiet einbezogen.

Im 4. Bezirk wurde auf dem Grundstück Margaretensstraße 30 begonnen, eine öffentliche Parkanlage anzulegen. Die gärtnerische Ausgestaltung des Margaretens- und Gaudenzdorfer Gürtels, die nach Beendigung des Straßenbaues einsetzte, konnte abgeschlossen werden. Ein Anliegen der Stadtverwaltung ist es, das dicht bebaute Gebiet der inneren Bezirke durch Gartenanlagen aufzulockern. In der Siebensterngasse 36 bot sich nach Abbruch eines alten Hauses Gelegenheit, eine kleine öffentliche Gartenanlage zu schaffen, die zugleich als Ersatz für eine Parkanlage angesprochen werden kann, die dem Umbau der Siebensterngasse zum Opfer gefallen ist.

Eine große öffentliche Gartenanlage wurde in der Gußriegelstraße im 10. Bezirk auf einem ehemaligen Fußballplatz gestaltet. Sie hat ein Ausmaß von etwa 10.000 m<sup>2</sup> und ist mit einer Wattrinne, einem Kinderspielplatz, einem Ballspielplatz, einem Rodelhügel und mehreren Sitzplätzen für Erwachsene ausgestattet. Die im Jahre 1970 begonnenen Arbeiten wurden 1972 beendet. Auch in der Per Albin Hansson-Siedlung, entlang der neuen Straßenbahntrasse und an der Favoritenstraße, wurden weitere Grünflächen ausgestaltet. Zusammen mit den Grünanlagen innerhalb der Wohnhausanlagen sorgen sie für gesündere Luftverhältnisse und schirmen außerdem die Wohnungen gegen den Straßenlärm ab.

Die Gestaltung des für die Wiener Internationale Gartenschau 1974 (WIG 74) vorgesehenen Geländes in 10, Ober-Laa, wurde fortgesetzt. Die Einbauarbeiten, wie die Kanalisation sowie die elektrischen, die Wasser- und Telefonleitungen, sind im wesentlichen fertiggestellt. In einzelnen Teilen der Anlage, etwa beim Filmteich, beim Konzertgarten und bei der Baumschulenschau, konnten auch die gärtnerischen Arbeiten abgeschlossen werden. Ebenso sind die Straßen und Wege bereits weitgehend gebaut. Bis Ende des Jahres 1972 wurden 140.000 Gehölze, 2.800 Bäume sowie je 25.000 Sträucher, Blütenstauden und Rosenstöcke gepflanzt. Um auch das Ortsgebiet von Ober-Laa zu verschönern, wurde, neben der Anlage von Grünflächen, vor allem für die Beleuchtung des Promenadenweges entlang der Liesing gesorgt.

Weiters wurde eine ca. 10.000 m<sup>2</sup> große, brachliegende Fläche hinter dem Volkswagen-Werk in der Sickingengasse — Sahulkastraße in 10, Inzersdorf, als öffentliche Gartenanlage mit einem Rodelhügel, einem Kinderspielplatz und einer Lagerwiese ausgestaltet.

Bei den neuen Wohnhausanlagen in 11, Geringergasse — Seeschlachtweg — Mitterweg, wurde eine ca. 15.000 m<sup>2</sup> große Gartenanlage, die außer einem Rodelhügel, einer Rollerbahn, Kleinkinderspielplätzen und Ballspielplätzen auch Lagerwiesen umfaßt, nahezu fertiggestellt.

Im dichtbebauten Gebiet des 15. Bezirks wurde in der Kranzgasse — Herklotzgasse nach dem Abbruch alter Häuser eine Fläche frei, auf der eine kleine öffentliche Gartenanlage mit Spiel- und Sitzplätzen angelegt wurde. Außerdem wurde auf einem Grundstück in der Viktoriagasse, neben der Schule, ein provisorischer Jugendspielplatz eingerichtet. Auf der Schmelz, ebenfalls im 15. Bezirk, wurde mit der gärtnerischen Ausgestaltung des Fußgängerweges in der Verlängerung der Johnstraße, neben den Hochschulbauten, begonnen.

Weiters wurde in 16, Hettenkofergasse — Koppstraße, auf einer freien Fläche neben einer neu errichteten Fabrik, eine öffentliche Parkanlage mit Ballspiel-, Kleinkinderspiel- und Sitzplätzen für Erwachsene gestaltet. Die Arbeiten an dem Erholungszentrum, 19, Hohe Warte, wurden fortgesetzt. In 20, Brigittenau, entstand in der Spielmannsgasse, neben dem Kindergarten, der Schule und den

Wohnhausbauten, eine kleine Gartenanlage mit einem Rodel- und Spielhügel. Auch in der Großfeldsiedlung wurden die neu angelegten öffentlichen Grünflächen mit Spiel- und Sitzplätzen ausgestattet.

Im 22. Bezirk, An der unteren Alten Donau, wurden weitere Uferflächen im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für Wasser- und Brückenbau gärtnerisch ausgestaltet.

Schließlich wurden im 23. Bezirk, in der Rudolf Zeller-Gasse — Mehlführergasse und Wagemannsgasse, wo in den letzten Jahren große Wohnhausanlagen gebaut wurden, die Arbeiten an den auf den freien Flächen gestalteten Grünanlagen beendet.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Wohnhausbau wurden bei neuerrichteten Wohnhausanlagen zur Umlandsanierung provisorisch Grünflächen ausgestaltet, die den Kindern im nächsten Jahr als Spielplätze zur Verfügung stehen werden.

Wie jedes Jahr wurden in einigen Straßen Wiens Neupflanzungen vorgenommen und Bäume, die andernfalls gerodet hätten werden müssen, umgepflanzt. Neben den gärtnerischen Arbeiten wurden zahlreiche Gartenwege und Spielplätze staubfrei gemacht, Einfriedungen instandgesetzt oder neue Ballfanggitter errichtet.

Für den Wettbewerb „Wien im Blumenschmuck“ wurden Geld- und Ehrenpreise im Werte von 120.000 S gestiftet.

Die Organe des amtlichen Pflanzenschutzdienstes nahmen 22.607 Gartenkontrollen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vor. Außerdem wurden 228 Vorträge, bei denen zum Teil auch Lichtbilder gezeigt wurden, zur Schulung der Gartenbesitzer gehalten und 26 Kurse sowie 69 Tonfilmvorführungen veranstaltet.

Bei den Pflanzeneinfuhrkontrollen auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnungen sowie bei den Qualitätsklassenkontrollen, die nach dem Qualitätsklassengesetz vorzunehmen sind, wurden 7.295 Sendungen, darunter 3.009 Waggons und 2.064 Lastkraftwagen, überprüft.

## Städtische Friedhöfe

Im Jahre 1972 mußten die Entgelte für Grabstellen und die Arbeitsentgelte den tatsächlichen Erfordernissen angepaßt werden, um eine ausgeglichene Gebarung des Friedhofsbetriebes sicherzustellen. Der mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 29. September zu Pr.Z. 3027 genehmigte neue Tarif für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien trat am 1. Oktober in Kraft; zuletzt war der Tarif im August 1968 erhöht worden. Die seit dem Jahre 1958 unverändert gebliebene Gebühr für die Einfahrerlaubnis für private Kraftfahrzeuge in den Wiener Zentralfriedhof wurde, ebenfalls ab 1. Oktober 1972, mit 10 S festgesetzt.

Anlässlich der Neufestsetzung der Entgelte wurde auch der die Arbeitsentgelte betreffende Teil B des Tarifs überarbeitet, wobei bisher getrennt ausgewiesene Positionen so weit als möglich zusammengefaßt wurden. Damit wurde eine Pauschalierung der Begräbniskosten erreicht und eine Verwaltungsvereinfachung erzielt, weil bei der Aufnahme eines Beerdigungsauftrages nun nicht mehr 7 bis 12 Positionen berechnet werden müssen, sondern nur eine einzige. Diese Vorgangsweise ist auch für die Hinterbliebenen schonender, weil sie bei der Bestellung eines Begräbnisses nicht mehr mit einzelnen Tätigkeiten des Friedhofsbetriebes konfrontiert werden. Außerdem wird die durch die Pauschalierung eintretende Entlastung des Personals es ermöglichen, in der Friedhofsverwaltung ein Referat zu schaffen, das ausschließlich mit der Einziehung verwahrloster Grabstellen sowie auffälliger Grabkammern und Grüfte befaßt sein wird. Die Neubelegung verwahrloster Grabstellen wird einerseits den trostlosen Eindruck mancher Friedhofsteile beseitigen und andererseits bewirken, daß die Erweiterungsflächen erst in längeren Zeiträumen verbraucht werden.

Die Maßnahme, alle Tore der Friedhöfe Neustift, Ottakring und Baumgarten zu öffnen, wurde von der Mehrzahl der Besucher begrüßt; nur ein geringer Teil der Bevölkerung wies auf die Erleichterung von Diebstählen hin und lehnte sie ab. Obwohl tatsächlich Disziplinosigkeiten bemerkt wurden, wie etwa die Mitnahme von Haustieren und Fahrrädern, ist daran gedacht, auch auf anderen städtischen Friedhöfen alle Tore zu öffnen.

Erwähnenswert ist ferner, daß im Jahre 1972 für den Hütteldorfer Friedhof eine Erweiterungsfläche im Ausmaße von 23.446 m<sup>2</sup> erworben werden konnte.

Die Zahl der im Jahre 1972 erfolgten Beerdigungen war mit 26.586 um 1.655 (6,2 Prozent) niedriger als im Vorjahr, und zwar wurden 22.392 Erd- und 4.194 Urnenbestattungen vorgenommen. Mit einem Verhältnis von 84,2 zu 15,8 Prozent entsprachen somit die Anteile der Erd- und Urnenbestattungen an den gesamten Beerdigungen denen des Jahres 1971, nur war bei den Erdbestattungen eine Abnahme um 1.377 und bei den Urnenbestattungen eine solche um 278 Bestattungsfälle zu verzeichnen. Von den Beerdigungen waren 20.089 (75,6 Prozent) Beilegungen, 2.600 (9,8 Prozent) Neubelegungen heim-



Nationalrats- und ÖGB-Präsident Anton Benya (links) und Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten, Bildmitte) bei der Eröffnung des neuen Hauptwerkes der ITT-Austria im Industriezentrum Strebersdorf

#### Liegenschaftswesen

Das Grundstück für den 1.250 Arbeitsplätze umfassenden Betrieb hat die Stadt Wien zur Verfügung gestellt. Im Bild die 18.000 m<sup>2</sup> große Fertigungshalle für Telephonanlagen





Die Feuerwehr bekämpft einen gefährlichen Brand, der in einem Geschäft für Feuerwerkskörper ausgebrochen war

## Feuerwehr

Zur Bekämpfung ausströmenden Ammoniaks mußten die Feuerwehrmänner Schutzanzüge tragen



gefallener Grabstellen und 3.125 (11,7 Prozent) Neubelegungen auf Erweiterungsflächen. Bei den Urnenbestattungen entfielen 6,2 Prozent auf Belegungen in Familiengräbern und 9,6 Prozent auf Bestattungen in Urnengräbern. Die Zahl der Einäscherungen betrug 4.575 und war somit etwas niedriger als im Vorjahr. Auch die Beerdigungen in einfachen Gräbern kamen mit 772 Fällen seltener vor als im Jahre 1971, doch blieb ihr Anteil an der Gesamtheit der Bestattungen mit 2,9 Prozent gleich dem des Jahres 1971.

Eine starke Zunahme zeigte sich in dem Wunsch der Bevölkerung, die Gräber mit Deckplatten auszustatten. Es wurden um 1.112 mehr Bewilligungen erteilt als im Jahre 1971; insgesamt belief sich die Zahl der erteilten Deckplattenbewilligungen auf 5.717.

Die Instandhaltungsarbeiten an Gebäuden wurden weitergeführt, auch die Modernisierung der Anlagen wurde weiterhin betrieben. Im Amtshaus, 1, Werdertorgasse, mußten sämtliche Kamine und die Dacheindeckung, die im Frühjahr durch das Erdbeben stark beschädigt worden waren, repariert werden. Der Zu- und Umbau der Halle 3 des Wiener Zentralfriedhofes konnte abgeschlossen werden. Ferner wurden, um die Einäscherung auch der Bevölkerung der Stadtrandgebiete als Bestattungsform näherzubringen, die Aufbahrungshallen der Friedhöfe Mauer, Atzgersdorf und Döbling in einer für Kremationsfeiern geeigneten Form umgebaut. Beisetzkammern mit Kühleinrichtungen wurden in den Friedhöfen Inzersdorf und Groß-Jedlersdorf eingebaut und, nach dem Umbau der Halle 1, auch im Friedhof Ottakring. Die Aufbahrungshalle im Friedhof Süßenbrunn wurde renoviert.

Der Wunsch, die Arbeitsbedingungen für das Personal zu verbessern, war ausschlaggebend für den Einbau einer Zentralheizungsanlage im Verwaltungsgebäude des Wiener Zentralfriedhofes und für die Ausstattung der Friedhofskanzlei mit neuen Möbeln. Eine weitere Zentralheizungsanlage wurde anlässlich des Einbaues von Bädern und von Personalgarderoben im Verwaltungsgebäude des Südwestfriedhofes installiert. Im Verwaltungsgebäude des Stammersdorfer Zentralfriedhofes wurden Personalgarderoben, ein Speiseraum und eine Abortanlage eingebaut. Schließlich wurde, auf Wunsch der Bevölkerung, im Ottakringer Friedhof eine öffentliche Abortanlage errichtet.

In der Simmeringer Feuerhalle wurde der Bau einer Urnennischenmauer fortgesetzt. Weiters wurden 6.353 Grabstein- und 4.978 Einfassungsfundamente auf 2.060 Piloten hergestellt, 24 Grüfte, 96 Grabkammern, 9 Urnengrabkammern und 70 Urnenwandnischen neu errichtet sowie 16 heimgefallene Grüfte und Grabkammern instandgesetzt und neu vergeben. An Einfriedungen wurden 400 m neu errichtet und 970 m instandgesetzt. Dagegen wurden nur 4.057 m<sup>2</sup> Straßen und 2.690 m<sup>2</sup> Wege neu hergestellt, aber 41.502 m<sup>2</sup> Straßen und 57.169 m<sup>2</sup> Wege instandgesetzt oder staubfrei gemacht. 1.450 m Wasser- und 72 m Gasleitungsrohre wurden neu verlegt sowie 170 m Wasser- und 40 m Gasleitungsrohre ausgewechselt. Außerdem wurden 176 Wasserrohrgebreche behoben. Weiters mußten 2.200 m Kabel neu verlegt und 700 m Kabel ausgewechselt werden. An Kanälen wurden 291 m und an Drainageleitungen 537 m hergestellt.

Bei neuen Gräbergruppen wurden 4.740 m fundierte Kantsteinfußeneinfassungen, 5 Abfallbehälter und 25 Wasserbottiche versetzt. Um eine Verwahrlosung der Friedhöfe zu vermeiden, mußten die Grabsteine von 2.406 heimgefallenen Gräbern abgetragen und deponiert werden; 210 weitere Abtragungen waren aus Sicherheitsgründen notwendig. Die Abfuhr des sich auf den Friedhöfen sammelnden Mülls erforderte 6.226 Lastkraftwagen- und 149 Pferdefuhrwerks-Tagesleistungen.

Bei der gartentechnischen Betreuung der Friedhöfe wurden, neben der Anlegung von Grünflächen, 241 Bäume und 1.600 m Hecken neu gepflanzt sowie 42 Bäume und 388 m überalterte Hecken gerodet; außerdem wurden an 1.222 Bäumen und 61.100 m Hecken die notwendigen Schnittarbeiten durchgeführt sowie rund 2 Millionen Quadratmeter Rasenflächen während des Jahres zweimal gemäht, 384.700 m<sup>2</sup> Friedhofswegen von Unkraut freigehalten, 1.215.600 m<sup>2</sup> Grabfelder einer Säuberung unterzogen und 251.000 m<sup>2</sup> Grünanlagen regelmäßig gepflegt.

Überdies wurde im Wiener Zentralfriedhof die Gruppe 23, eine 30.000 m<sup>2</sup> umfassende Fläche, gärtnerisch ausgestaltet. Die ehemaligen Schachtgräbergruppen 26 und 37 mit einem Ausmaß von 28.000 m<sup>2</sup> wurden gerodet und begrünt, und auch in der Gruppe 36 wurden auf einer 17.000 m<sup>2</sup> großen Fläche Rodungsarbeiten vorgenommen. Der Vorplatz der Halle 3 wurde neu gestaltet. In den Friedhöfen Dornbach, Inzersdorf, Kagran, Neustift und Südwest wurden gleichfalls insgesamt 8 Gräbergruppen gärtnerisch ausgestaltet.

Die Gräber einiger verdienter Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber in die Obhut der Stadt Wien übernommen. Am Wiener Zentralfriedhof waren dies die Gräber von: Dr. Max Mell, Schriftsteller; Maria Eis, Kammerschauspielerin; Paula Molden-Preradovic, Dichterin; Prof. Joseph Binder, akademischer Maler und Graphiker, sowie von Prof. Hans Wagner-Schönkirch, Regierungsrat.

Am Friedhof Hietzing wurden Ehrengräber für die Burgschauspielerin Lotte *Medelsky*, Major Karl *Biedermann*, Hauptmann Alfred *Huth* und Oberleutnant Rudolf *Raschke* gewidmet.

Am Friedhof Ottakring erhielt Univ.-Prof. Dr. Robert *Joachimovits* ein Ehrengrab und in der Simmeringer Feuerhalle Stadtrat a. D. *Quirin Kokerda*.

Ehrenhalber auf Friedhofsdauer wurden gewidmet: im Wiener Zentralfriedhof die Gräber von Prof. Oskar *Larsen*, Maler und Graphiker, sowie von Oskar *Wegrostek*, Schauspieler, und im Friedhof Neustift am Walde das Grab von Dr. Theodor *Ottawa*, Schriftsteller.

Die Städtische Friedhofsgärtnerei hatte, in demselben Ausmaß wie im Vorjahr, Aufträge für Grabschmückungen zu erfüllen. Die am 1. Jänner 1971 festgesetzten Kundenpreise wurden beibehalten; sie lagen stark unter dem ortsüblichen Preisniveau. Neben den Grabschmückungen und der Herstellung von Kranzgebinden für Kunden wurde die Aufzucht von rund 2,75 Millionen Stück Pflanzen auf einer etwa 130.000 m<sup>2</sup> umfassenden Kulturfläche betrieben. Außerdem wurden Pflanzendekorationen für Aufbahrungen beigelegt sowie die Gehölz- und Pflanzenbestände auf den Friedhöfen und in den Grabanlagen gepflegt, wobei etwa 13.000 m<sup>2</sup> Rasen- und Blumenanlagen, rund 1.600 Krieger- und Opfergräber sowie ca. 730 Ehrengräber und 15 Ehrengrabanlagen betreut wurden.

Die Städtische Steinmetzwerkstätte konnte ihre Auftragslage gegenüber dem Jahre 1971 verbessern und alle Kundenaufträge sowie die Aufträge der Stadtverwaltung in angemessener Frist zufriedenstellend erledigen.